

1. Kulturpolitik und gesellschaftlicher Wandel

1.1 Kulturpolitik der Weltbeziehungen

»Eine Ahnung oder
Ein Bewusstsein über die Richtung zu haben
Heißt, in einer Erzählung zu leben [...]«¹

Kulturpolitik kommuniziert sich und überzeugt nur dann, wenn sie – wie andere Politikfelder auch – treffende Bilder, Geschichten und programmatische Zuspitzungen ausprägt. »Kulturpolitik der Weltbeziehungen« ist, Bezug nehmend auf Hartmut Rosas Topos der *Weltbeziehung*, solch eine Zuspitzung, die das Feld öffnen soll für Resonanz², nachhaltiges soziales und umweltbezogenes Handeln. Welt als gesamtheitlicher Begriff ist dabei gerichtet auf das Planetare wie auch das Soziale, da nur durch bewusste Einbettungsstrategien eine Haltung erzeugt werden kann, die Wachstum, Verbrauch, Geltungsdrang und Repräsentation, also all jenes, was unser westliches Kulturmodell prägt und auch eine additive Kulturpolitik lange Zeit prägte, überwinden kann, die integrativ, inklusiv und auch ethisch in einem umfassenden Sinne wirksam wird. Diese Kulturpolitik ließe sich aus den gegenwärtigen ungerichtet verlaufenden Transformationsprozessen entlehnen, als Narrativ entwickeln, das eine neue Handlungsrationaltät erzeugen hilft, programmatisch verdichtet und konzeptionell operationalisiert werden kann. Es geht also um einen »kulturellen Paradigmenwechsel«, der auch ein kulturpolitischer Paradigmenwechsel sein muss: »Nicht die *Reichweite*, sondern die *Qualität* der Weltbeziehung soll zum Maßstab politischen wie individuellen Handelns werden. Als Maßstab für Qualität wiederum kann und soll dann nicht mehr die Steigerung, sondern die Fähigkeit und Möglichkeit zur Etablierung und Aufrechterhaltung von Resonanzachsen dienen, während *Entfremdung* (auf der Seite der Subjekte) und *Verdinglichung* (auf der Seite der Objekte) als Seismographen der Kritik fungieren können.« Es ginge also um eine auch kulturpolitisch untersetzte Postwachstumsgesellschaft, die Wiedereinbettung

1 Düffel 2022, S. 22ff.

2 Vgl. Rosa 2016.

der wettbewerblichen, marktorientierten Handlungen in das »soziokulturelle Leben der Gesellschaft«³ sowie seine Sinnressourcen, kreativen Räume und Erinnerungsformen.

Megatrends und Transformationen

Im Fokus steht heute die Frage nach der Gestaltbarkeit gesellschaftlicher Transformationsprozesse, über die in aller Breite diskutiert wird. Führende Agenturen für Zukunftsforschung identifizieren vor allem die folgenden Megatrends, die als Transformationstreiber wirken: (1) Ressourcenknappheit, Umweltbewusstsein und Nachhaltigkeit (Klimawandel, Leben mit der Welt/Begrenzung), (2) Technologischer Fortschritt (Digitalität, Künstliche Intelligenz), (3) Globalisierung und soziale Veränderungen (Wertewandel, Migration), (4) Demographische Veränderungen (Alterung, Segregation) und (5) Urbanisierung (weltweite Verstädterung, Mobilität). Sie begegnen uns in Kulturpraxis wie Kulturpolitik bereits auf unterschiedliche Weise, zunehmend in großer Dringlichkeit.⁴

Diese Trends lassen sich einordnen in das Bild einer Zeitenwende, einer weitreichenden, von Wechselwirkungen und Überlagerungen gekennzeichneten Wandlungskonstellation, die inzwischen als »Great Transformation« beschrieben wird.⁵ Verbunden ist sie mit einer Krise der Demokratie beziehungsweise des westlichen Kulturmodells, denn fortschreitende Individualisierungsprozesse unterminieren die Kräfte und geltenden Vereinbarungen kollektiver Gestaltung, es kommt zu einer veränderten Form der Vergemeinschaftung, die Andreas Reckwitz mit dem Bild einer spätmodernen »Gesellschaft der Singularitäten« charakterisiert hat. Vorherrschende Wachstums- und Wohlstandspfade blockieren zukunftsfähige Entwicklungen. Sie folgen zudem nicht mehr der Idee eines allgemeinen Fortschritts, sondern konzentrieren sich auf die Gegenwart, eine »Affektivität des Jetzt« und die Herstellung individueller Einzigartigkeit.⁶ Bisher gesellschaftlich Marginalisiertes kann so zwar mehr Aufmerksamkeit erlangen, die Zone eines Allgemeinen und die Kraft gesamtgesellschaftlicher Steuerung aber schwinden dahin.

3 Rosa 2016, S. 725/726 (Hervorhebung im Original).

4 Vgl. beispielhaft die Publikationstrilogie der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V. zusammen mit dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe »Kultur in Bewegung«, die sich mit Zukunftsthemen der Kultur befasst. Die Hefte stehen zum Download zur Verfügung unter <http://kupoge.de/kultur-in-bewegung-agilitaet-digitalitaet-diversitaet/>. Vgl. ferner den Blog #neueRelevanz. Eine Kulturpolitik der Transformation unter <https://kupoge.de/blog/> bzw. Reiner, Sievers, Mohr 2023.

5 Vgl. Schneidewind 2018. Als Bezugspunkt und Vertiefung der ökonomischen Voraussetzungen vgl. Polanyi 2021. Für politische Implikationen der letzten Jahrzehnte vgl. Ther 2019.

6 Vgl. Reckwitz 2017, S. 429ff.; Kap. 1.2.

Unser Verhältnis zur Umwelt wird beschrieben als neue erdgeschichtliche Epoche, als Anthropozän. Das vom Menschen Gemachte, von ihm global Beeinflusste, fällt inzwischen so gravierend aus, dass es zur ökologisch treibenden Kraft geworden ist. Die Unterscheidung zwischen Natur und Kultur gerät ins Wanken, der Mensch gibt sich als Naturgewalt.⁷ Zugleich verlagert sich die kulturelle Evolution stärker in die Sphären von Wissen und Technologie. Sie wird inzwischen als eine epistemische beschrieben, indem sich die »Wissensökonomie von einer zufälligen in eine notwendige Bedingung für die Bewahrung, das Teilen und die Weiterentwicklung der Errungenschaften der kulturellen Evolution im globalen Maßstab verwandelt hat.«⁸ Welche Rolle die digitale Transformation im Verbund mit technologischen Folgeentwicklungen und Künstlicher Intelligenz dabei wirklich spielen wird, bleibt abzuwarten, aber die regulatorische Notwendigkeit im Anthropozän ist klar: Der Mensch muss sich begrenzen, sein Verhältnis zur Welt verändern. Selbst von »protektiver Technokratie« wird inzwischen gesprochen, die den Menschen vor den Folgen seiner eigenen Unzulänglichkeiten bewahren könnte, indem er die Entscheidung über zentrale Weichstellungen einer Künstlichen Intelligenz überlässt.⁹

Vom Wachstum zur Anpassung

In Anbetracht dieser Transformationsprozesse und Perspektivierungen deutet sich auch eine Transformation der gesellschaftlichen Erzählung an: Die Wende vom Fokus einer *ökonomischen Entwicklung* (die kontinuierliches Wachstum bedeutet) zur *Nachhaltigkeit*, die als kulturelle Revolution aufgefasst wird, Entwicklung und Umwelt aufeinander bezieht.¹⁰ Sie überwölbt gleichsam alle Veränderungsprozesse und beschreibt den Kern nicht nur der neuen Formation des Diskurses, sondern auch der Dynamik künftiger Politiken. An die Stelle von Wachstum tritt zunehmend Anpassung. Und wo es Wachstum gibt, geht es einher mit der Synchronisierung von Entwicklung und Kontext, versteht sich also als »adaptives Wachstum«¹¹, ferner als resilientes Wachstum, da auch Krisen auf Dauer gestellt sein werden und Widerstandskraft, Lern- und Veränderungsbereitschaft sowie Agilität zum Arsenal künftiger Handlungsfähigkeit gehören müssen.

Der Wachstumsbegriff erfährt damit eine Akzentverschiebung. Weiterentwicklung bedeutet nicht mehr unbedingt Ausdehnung, Reichweitenvergrößerung und selbstreferenzielles Mehren, sondern reflexive Einbettung, Arbeit an den

7 Vgl. Horn, Bergthaller 2019, S. 59ff.

8 Renn 2022, S. 629.

9 Staab 2022, S. 178ff.

10 Vgl. Schneidewind 2018, S. 107ff.

11 Wie beim Wachstum eines Baumes, das man als dynamisches gar nicht direkt beobachten kann: stetige Anpassung an die herrschenden Bedingungen.

Grenzen von Verfügbarkeit¹² und Herstellung neuer Sinnbezüge. Corine Pelluchon beschreibt dies als Einbettung des Menschen in eine Welttotalität, die seine Milieuabhängigkeit anerkennt: »Existieren heißt nicht nur, aus sich heraus- und auf die Welt zuzugehen, ob es sich nun um eine Welt von Werkzeugen handelt, um die soziale Welt oder um die als Sprungbrett für seine [des Menschen] Freiheit verstandene Umwelt.«¹³ Wir sind *mit* der Welt und *durch* die Welt. Unser Verständnis von Kultur muss sich zwischen zwei Dimensionen neu einpegeln: Kultur als liminalem Raum permanenter Veränderung, Aushandlung und Innovation (Kulturpolitik der Transformation) sowie Kultur als resonantem Raum in Hinblick auf Grenzen, Respekt und Einpassung (Kulturpolitik der Adaption). Das Liminale drängt nach Entwicklung, das Resonante bezieht diese aber auf kollektive Bindungen und unser planetares Gebundensein. Resonanz spricht Umwelt im doppelten Sinne an: als soziale Welt und Summe der natürlichen Ressourcen. Erst eine Kulturpolitik, die Transformation und Adaption verbindet, scheint mir wegweisend.

Auf dem Weg zu einem solch zukunftsfähigen Weltverständnis spielt der völkerrechtliche Beschluss der UNO-»Agenda 2030« (2015) mit 17 nachhaltigen Entwicklungszielen oder »SDGs« (Sustainable Development Goals) eine maßgebliche Rolle. Das »Tutzinger Manifest« von 2001 hatte bereits die kulturell-ästhetische Dimension von Nachhaltigkeit als wesentlich herausgearbeitet. Es gilt, sie endlich umfassend zu verfolgen. Betrachtet man vor diesem Hintergrund die Agenda 2030, fällt auf, dass die von der UNESCO als Lebensweise aufgefasste Kultur gar kein eigenständiges Entwicklungsziel (SDG) beansprucht, wenngleich es doch um eine ökonomische, technologische, politisch-institutionelle und zuvörderst wohl kulturelle Wende geht. Zwar kann man Kultur und Kulturpolitik als Querschnittsaufgaben begreifen, doch muss man ihnen unbestritten auch eine spezifische Rolle im Prozess grundlegender Wandlungen zuweisen. Die Stadt Augsburg hat in ihren Zukunftsleitlinien Kultur explizit zu einer Dimension der Nachhaltigkeit erhoben und knüpft damit an die jahrhundertelange Erfahrung mit ihrem Wassermanagementsystem an, das seit 2019 zum UNESCO-Welterbe zählt; zudem erhielt die Stadt im Jahr 2021 den Kulturpolitischen Zukunftspreis KULTURGESTALTEN der *Kulturpolitischen Gesellschaft e.V.* Er würdigt die Stellung der Kultur als vierte Dimension innerhalb der Augsburger Zukunftsleitlinien, die den Rahmen des Nachhaltigkeitsverständnisses setzt, aus dem heraus in den drei anderen grundlegenden Dimensionen (Ökologie, Soziales, Wirtschaft) gehandelt wird.¹⁴

12 Vgl. Rosa 2018.

13 Pelluchon 2020, S. 90.

14 Vgl. Enninger 2023, S. 162ff.

Neue Narration für die Kulturpolitik

Kulturpolitik kann dazu beitragen, Mentalitäten, Denkweisen und Repräsentationen zu verändern. Sie verhält sich auch nicht affirmativ zu den Transformationsprozessen, da diese selbst mit negativen Wirkungen behaftet sind, sondern sie fragt im Sinne Hartmut Rosas, wie »zwischen individueller Selbstwirksamkeit und Selbstwahrnehmung sowie gesellschaftlicher Verankerung nachvollziehbare Zusammenhänge« herzustellen sind.¹⁵ Es geht folglich nicht nur um das Überwinden von Routinen und Pfadbindungen, sondern auch die Einübung eines kritischen Umgangs mit neuen Verhaltensweisen, Technologien oder sozialen Verwerfungen durch Veränderung. So hat die Digitalität massive, aber nicht nur positive Auswirkungen auf die Entwicklung der Demokratie: Sie weitet Teilhabemöglichkeiten sehr stark aus, zersetzt aber auch durch ihre Medien und Formen der Kommunikation den Diskurs, führt im schlimmsten Fall zur Herrschaft der Information ohne Orientierung und Konsens.¹⁶ Daraus ergibt sich nicht zuletzt eine Krise der Narration selbst¹⁷, der mit der Suche nach einer adäquaten kulturpolitischen Erzählung unserer Zeit entgegengewirkt werden soll.

Der Fortschrittsbegriff kommt, wie von Reckwitz beschrieben, nicht mehr dafür in Frage, Zukunft zu projektieren; Philipp Staab spricht aufgrund der starken Subjektivierung unseres Fortschrittsverständnisses vom »halbierten Fortschrittsbegriff der Spätmoderne«.¹⁸ Er plädiert alternativ für eine auf den ersten Blick paradoxe »adaptive Rebellion« und beschreibt die Klimaschutzbewegung als ein Beispiel für Fortschrittsverzicht, das individuelle und kollektive Praxis verbinde und Selbsterhaltungskonflikte herausstelle. Es käme darauf an, ein positives Verständnis von Anpassung zu erzeugen, bei dem die kulturelle Orientierung von Selbstentfaltung auf Selbsterhaltung umgestellt und auch die gesellschaftliche Rason darauf ausgerichtet würde.¹⁹ Angesprochen ist damit die Wohlstands- und Konsumwende. Der eingangs zitierte John von Düffel hat ein poetisches Plädoyer für das Wesentliche artikuliert, Adrienne Goehler legt eine ästhetische Methode vor, Nachhaltigkeit einzuüben und den Kulturbereich für Wandlungsprozesse aufzuschließen, auch zu nutzen.²⁰ Wege, das Denken, Fühlen und Handeln umzuorientieren, zu purifizieren.

Vieles spricht für eine ganzheitliche Perspektivierung von Kultur aus einer ökologischen Sicht. Wir bewerten dann Kultur nach Kriterien eines zukunftsfähigen,

15 Kloppe 2023, S. 75.

16 Vgl. Han 2021.

17 Vgl. Han 2023.

18 Vgl. Staab 2022, S. 104ff.

19 Vgl. Staab 2022., S. 130ff.

20 FÄN, Fonds Ästhetik und Nachhaltigkeit. o.J., <https://www.fonds-aesthetik-und-nachhaltigkeit.de>.

also im Gleichgewicht²¹ befindlichen Ökosystems und verstehen kulturelle Systeme nicht als Überlegenheit gegenüber der restlichen Biosphäre. Wichtige abgeleitete Bewertungsgrößen von »guter« Kultur wären folglich »ihr kreatives Potenzial, ihr Grenzregime, ihre Fehlerfreundlichkeit, ihre Nachhaltigkeit und ihre Vielfalt. Diese Eigenschaften stehen in Wechselbeziehungen zueinander [...]«. ²² Wir erkennen allein in dieser ersten »Entlehnung« ökologischer Prinzipien wichtige Bezüge zu laufenden kulturpolitischen Debatten und Schlagworten. Es gilt jedoch, sie vor allem als System zu denken, Entgrenzungen gegenzusteuern, auch und insbesondere im Umgang mit den eingangs genannten Megatrends. Konkrete Untersetzungen sind freilich erforderlich. Kulturpolitische Programmatik und Planung auf allen Ebenen des föderativen Systems kann dies leisten.

Als maßgebliche Agentur wurde unlängst die *Anlaufstelle Green Culture* etabliert, die Informationen über Aktivitäten zur ökologischen und klimagerechten Transformation anbietet, berät, vernetzt und auch hilft, das Ziel der Klimaneutralität spätestens bis 2045 zu erreichen. Die Schwerpunkte für das Jahr 2024 beispielsweise liegen bei den Themen Energieeffizienz in der Kultur, Klimafolgenanpassung der Kultur sowie Kreislaufwirtschaft in der Kultur. Dabei geht es nicht nur um die Transformation eines gesellschaftlichen Bereichs, sondern auch um die Vorbildfunktion, die das Feld innehat, und die narrative Kraft kreativer Einrichtungen. ²³

Gute Praxis vor Ort, die exemplarisch ist und zum konkreten Nachahmen anregt, scheint mir für einen gelingenden Bewusstseinswandel von außerordentlicher Wichtigkeit. Ein gehaltvolles, zudem hervorragend dokumentiertes Beispiel dafür ist das Klimafestival des *Netzwerks Bayerischer Städte e.V.*, das sich seit 2020 schwerpunktmäßig mit einer »Kultur im Klimawandel« befasst. ²⁴

Heute scheint die Zeit gekommen, die umfassendere Ökologie zur Leitdisziplin zu erheben und die Ökonomie unterzuordnen – die als ästhetischer Kapitalismus gegenwärtig alles kommodifiziert. Damit müssten wir auch manageriale Leitbilder in der Kulturpolitik kritischer bewerten (ohne freilich das Kulturmanagement aufzugeben). Ironischerweise intonierte den ersten radikal reduktiven und adaptiven Appell an die kulturpolitische Steuerung ein Autorenteam, das man vor allem im Kulturmanagement verorten kann, allerdings nicht vor dem Hintergrund der Großen Transformation oder gar einer dezidiert (kultur-)ökologischen Warnung vor den Grenzen des Wachstums, sondern funktional und marktbezogen: als Kritik am

21 Das bedeutet ein ausgeglichenes Abhängigkeits- und Beziehungsgefüge zwischen Produzenten, Konsumenten und Destruenten sowie den abiotischen Faktoren über einen bestimmten Zeitraum.

22 Finke 2003, S. 267.

23 Green Culture Anlaufstelle, o.J.: Homepage, <https://www.greenculture.info/>.

24 Vgl. STADTKULTUR, Fuchs 2023.

»Social Engineering« des Kulturstaates und am Misstrauen gegenüber der Regulationskraft eines mündigen Publikums.²⁵

Kulturpolitische Slogans und praktische Folgen

Eine ganzheitliche, achtsame und in der Praxis vielfältig einzuübende *adaptive Haltung zur Kultur* ließe sich als »Kulturpolitik der Weltbeziehungen« fassen.²⁶ Damit ist die Qualität gemeint, wie wir Welt erfahren und wie wir sie uns aneignen. Dass diese Kulturpolitik auch eine nachhaltige ist, versteht sich von selbst.²⁷ Allerdings scheint mir ein programmatischer Begriff besser geeignet, der die soziale Dimension betont. Schließlich geht es primär darum, das menschliche Beziehungsgeflecht neu zu kalibrieren. Damit ist auch das Ende einer additiven Kulturpolitik eingeläutet, die jedes alternative Bedürfnis mit Zusatz, nicht mit Neuausrichtung der Verflechtungen beantwortet.

Für die Kulturpolitik bedeutet die Grundierung durch ein Narrativ der beziehungsorientierten Adaption nicht nur institutionelle Revision, Begrenzung und Umbau, sondern überhaupt erst einmal eine präzise *Umgebungsbilanz* aller Maßnahmen, Förderpolitiken und Praktiken. Ich stelle mir die Ist-Analyse der kulturellen Infrastrukturen, Angebote und Maßnahmen bei Neu- oder Fortschreibung einer Kulturentwicklungsplanung daher anders als die bisherigen Bestandsaufnahmen vor: als Beziehungs- und Resonanzanalyse im Gemeinwesen, aber auch innerhalb der Kulturlandschaft im engeren Sinne, die voller Bezüge und Kooperationen sein sollte. Indikatoren dafür ließen sich aufstellen, Zielvorgaben anpassen. Grundlage eines Soll-Bildes wäre eine kulturpolitische Rahmenerzählung, die sich in die Gesamtstrategie einer nachhaltigen Kommune einordnet und an den SDGs orientiert, oder gleich in ein Integriertes Stadtentwicklungskonzept mündet, in das alle Fachplanungen auf Basis einer übergeordneten Methodik einfließen. Dies könnte dazu beitragen, mehr Stringenz in das ansonsten schwer objektivierbare Kulturfeld zu bringen, denn sonst gilt weiterhin, was jüngst Opitz pointiert feststellte: »Vorsichtshalber lieber möglichst alles fördern [...]«.«²⁸

Eine neue Narration vermag also auch den Fokus praktischer Kulturpolitik zu verschieben, wenn sie untersetzt und ausgestaltet wird. Es ist an der Zeit, Haltungen einer Kulturpolitik der Transformation zu entwickeln, die beziehungsreich sind und neue Formen der Wiedereinbettung in Umgebungen in Gang setzen.

25 Vgl. Haselbach u.a. 2012.

26 In Anlehnung an Rosa 2016.

27 Vgl. dazu Kröger u.a. 2022.

28 Opitz 2022, S. 401ff.

1.2 Kulturpolitik in der Krise des Allgemeinen

»Die Gemeinschaften der Herausgeputzten brauchen ein Spektakel, das an schlummernde Bedürfnisse rührt, um ansonsten vollkommen disparate Individuen für eine kurze Zeit zusammenzuführen ... Das Spektakel, das diese Gemeinschaften zum kurzen Leben erweckt, verschmilzt die Interessen der Teilnehmer in keiner Weise zu einem ›Gruppeninteresse‹; durch Addition gewinnen die einzelnen Anliegen keineswegs eine neue Qualität, und die Illusion, etwas mit anderen zu teilen, hält nicht länger vor als die Erregung, die durch die Darstellung auf der Bühne vermittelt wird.«²⁹ Besser – und noch dazu mit Hilfe einer künstlerischen Metapher – kann man wohl die Krise des Allgemeinen nicht beschreiben. Sie kündigt sich schon länger an. Das Besondere ist heute zu einer so starken sozialen Norm geworden, dass Soziologen einen Strukturwandel der Moderne darin erkennen. Der derzeit viel rezipierte Andreas Reckwitz hat sein Buch »Die Gesellschaft der Singularitäten« diesem Wandel gewidmet. Zwar konzidiert er, dass das Allgemeine stets strittig und umkämpft gewesen sei, dass insofern Krisen durchaus zur Geschichte der Moderne gehören, doch läuft derzeit vieles auf die Frage hinaus, »ob die Gesellschaft der Singularitäten nach ganz anderen und neuen normativen Maßstäben verlangt«³⁰.

Aber was verschwindet da eigentlich? Und wie hat das Allgemeine in unserem Falle die Kulturpolitik geprägt? Muss es künftig eine kulturpolitische Programmatik der Singularitäten geben, ja wäre diese überhaupt möglich? Nicht »Kultur für alle«, sondern nur noch »Kultur für mich und durch mich«? Nicht erst seit Reckwitz' »Gesellschaft der Singularitäten« beobachten wir Zentrifugalkräfte. Der gesamte Postmoderne-Diskurs lebt von der Dekonstruktion der Gewissheiten und einer »Kultur ohne Zentrum« (Richard Rorty). Wir sind eigentlich schon daran gewöhnt, jenseits alter Ganzheiten oder großer Erzählungen zu denken und einem starken Bild von Vielfalt zu folgen. Wobei die Postmoderne mehr Krisensymptom als neue Antwort war; der Begriff brachte ein Unbehagen am Universalismus der Moderne zum Ausdruck, ohne selbst zu methodischer Kohärenz zu finden. Aber genau das machte ihn so interessant und streitbar. Irgendwie stand er für eine Übergangszeit, die zu beschreiben schwerfiel, und so verwundert es nicht, dass uns Komposita mit »Post-« heute nach wie vor begegnen und hochaktuell sind, beispielsweise zur Beschreibung der Erosion von Demokratie und Politik: Postdemokratie und Postpolitik. Auch hier geht es nicht darum, etwa die Demokratie überwunden zu haben, sondern »am anderen Ende der Parabel der Demokratie« angelangt zu sein – mit »Langeweile, Frustration und Desillusionierung«³¹. Hartmut Rosa begreift demokratische Politik als

29 Bauman 2003, S. 234.

30 Reckwitz 2017, S. 437.

31 Crouch 2008, S. 30.

eine »vitale Resonanzsphäre der Moderne«³², sieht jedoch heute den »Resonanzdraht zwischen Bürgern und Politik« gerissen.³³ Postdemokratie als lädierte Demokratie. Aber immer noch als Demokratie. Für Postpolitik ließe sich ein ähnlicher Befund beschreiben.

Der Übergang – wohin auch immer – scheint gestaltbar zu sein, zumindest spürt man in den einschlägigen Texten zu diesem Thema die Sehnsucht danach. Postdemokratie kann jedenfalls als ein Symptom einer Krise des Allgemeinen gedeutet werden. Die »Kunst der Demokratie« (Carsten Brosda) beginnt zunächst mit der eigenen und unmittelbaren Verwicklung, der starken Identifikation mit dem Gemeinwesen, seiner Gestalt und Gestaltbarkeit. Richard Sennett schrieb dazu: »Die athenische Demokratie legte großen Wert darauf, dass ihre Bürger anderen ihre Gedanken in derselben Weise offenlegten wie die Männer ihre Körper entblößten. Diese gegenseitigen Akte des Offenlegens sollten den Zusammenhalt zwischen den Bürgern festigen.«³⁴ Ist dies aus heutiger Sicht auch eine sehr patriarchale und maskuline Geste, spiegelt sie doch die bis ins Körperliche reichende Betroffenheit vom Gesellschaftlichen wider. Die Agora tritt als räumliche Entsprechung an die Seite des entkleideten Körpers, sie ist der politische Ort, an dem unter aller Augen Entscheidungen oder Wahlen stattfinden. Transparenz und unmittelbare Involviertheit sind seit der Antike also wichtige Bausteine demokratischen Denkens.

Demokratie scheint vor diesem historischen Hintergrund weniger Gabe denn aktive Tat. Jeder und jede von uns erzeugt und trägt sie in Ursprünglichkeit. Demokratie bedeutet Aushandeln; aufgrund ihres prozessualen Charakters ist sie grundsätzlich instabil, formbar. Schließlich geht es stets um Macht auf Zeit und die gemeinsame Gestaltung von Übergängen. Demokratie fußt auf Grundsätzen und Überzeugungen, etwa jenen der Selbstbestimmung und der gesellschaftlich eingehetzten Freiheit des Einzelnen, muss aber immer auch als transformatorisches Projekt *sui generis* begriffen werden, d.h., es gilt, gesellschaftlichen Konsens permanent neu auszutarieren. Das macht sie anstrengend, mitunter mühsam und Missverständnisse provozierend. Nirgends erlebt man das wohl unmittelbarer als in der Kommunalpolitik.

Bei aller Dynamik kann Demokratie außerdem nur in staatlicher Verfasstheit wirksam werden, es gibt keine »Demokratie der Menschheit«, wie dies der Politikwissenschaftler Philip Manow beschreibt.³⁵ Demokratie als Staatsform zwingt uns, immer auch ein Außen zu denken und universalistische Prinzipien auf beides zu beziehen, auf uns und andere. Wir benötigen kritisches Bewusstsein für unsere Begrenztheit und mehr Gefühl für Differenz in der Welt. Mit dem Selbstbewusstsein,

32 Rosa 2016, S. 369.

33 Rosa 2016, S. 375.

34 Sennett 1997, S. 43.

35 Manow 2020, S. 157.

auf dem Königsweg zu sein, ist es nicht getan. Leider müssen wir feststellen, dass weltweit Autokratien zunehmen bzw. schleichende Autokratisierungen geschehen. Wir können Entwicklungsimpulse aber nur setzen, wenn wir selbst eine reflektierte und robuste Demokratie tatsächlich leben. – Aber gelingt uns das? Es mehren sich die Beobachtungen, dass etwas nicht stimmt mit unserer demokratischen Verfasstheit. Von müder Demokratie, simulativer Demokratie, unpolitischer Demokratie, Entdemokratisierung der Demokratie, demokratischer Regression oder Postdemokratie ist die Rede, um nur einige wichtige Buchtitel der jüngeren Zeit zu nennen.³⁶

Aber auch das Prozedurale der Demokratie befindet sich mutmaßlich in der Krise. Einerseits scheinen die Bürger hinter die Verfahren zurückgetreten, ist von einer Expertokratie die Rede (von der Dominanz der Gremien, Beiräte und Ähnlichem), die die Wirksamkeit des Einzelnen verschwinden lasse. Andererseits nimmt Bürgerbeteiligung zuweilen Formen an, die begründete Abwägungs- und Entscheidungsprozesse konterkarieren oder erheblich verzögern. Etwa in Gestalt jener kleinteiligen Bürgerinitiativen, die zu jedem Zeitpunkt eines Verfahrens oder auch noch lange danach wie Partisanen jenes erbittert und ohne Einsicht verteidigen, das ihnen selbst – und nur ihnen selbst – am nächsten ist. Man kann eine zunehmende Tendenz der Vergesellschaftung von Individual- oder Kleingruppeninteressen beobachten, die den eigentlichen *Demos* zum Erfüllungsgehilfen degradiert. *Meine* Demokratie ist dann das, was uns eigentlich aufeinander beziehen soll, Ausgleich schaffen.

Die empathische Sorge ums Ganze tritt zurück, wird zu etwas Abstraktem, das das hyperindividualisierte, singularistische Individuum scheinbar nicht betrifft. Hinzu kommt, dass politischen Parteien tendenziell die Mitglieder ausgehen und sich ihre Willensbildung von den Menschen zu entkoppeln droht. Daraus ergibt sich nicht nur ein Rekrutierungsproblem bei Mandatsträgern, sondern auch ein Mangel an Identifikationskraft: Wenn ich mir selbst der Nächste bin, wozu brauchte ich dann einen Kämpfer, eine Kämpferin fürs Allgemeine? Wie schnell bilden dann Politikerinnen und Politiker eine erbarmungswürdige, um sich selbst kreisende Kaste, die man missachten, beschimpfen und lächerlich machen kann. Wir beklagen also auch eine Krise der Repräsentation.

Die Postmoderne zeigt – wie heute auch die Postdemokratie – eher eine Erschöpfung, nicht das Ende von Entwicklung an. Erschöpfung kann man begegnen, sich auf ihre Erfordernisse einstellen. Ihab Hassan hatte dazu eine Merkmalreihe aufgestellt, die eine Diskussion postmoderner gesellschaftlicher Eigenschaften erlauben sollte. Als konstitutiv beschreibt er etwa Unbestimmtheiten (Ambiguitäten, Brüche, Verschiebungen innerhalb unseres Wissens und unserer Gesellschaft), Fragmentarisierung, Auflösung des Kanons, Verlust von »Ich« und von »Tiefe« (aber

36 Vgl. auch Knoblich 2024.

auch Selbstvervielfältigung, Selbstbespiegelung des Ich), Hybridisierung, Karnevalisierung oder Konstruktcharakter, um einige zu nennen.³⁷ Auf eine Definition lief dies nicht hinaus. Es war eher eine Suchbewegung aus der Moderne, der wir noch immer nicht entwachsen sind. Deutlich wurde indes, dass Bindekräfte schwinden und Unsicherheiten an die Stelle tradierter Rationalitäten und Institutionalisierungen treten. Die »Generalisierungsmaschine« Moderne³⁸ kommt zum Stillstand, das Einzigartige, Inkommensurable bricht sich Bahn. Bis hinein in das Verkürzte der »Infokratie« der Digitalmoderne, in der die Zeit für rationales Handeln schlichtweg fehlt, uns die »Affektkommunikation« prägt.³⁹

Nach Reckwitz kommt es seit dem letzten Drittel des vergangenen Jahrhunderts zu einer »Neukonfiguration der Formen der Vergesellschaftung«, eben zu einer singularistischen: Der Einzelne in seiner Sonderung ist alles, die Märkte – als »Attraktivitätsmärkte« – sind auf ihn ausgerichtet. Und nicht nur Subjekte arbeiten an ihrem unverwechselbaren Profil, auch Objekte oder Institutionen unterliegen diesem Prozess. Alles Verbindende, alles Systemische, das die Moderne hervorbrachte, steht damit tendenziell in Frage. Für Reckwitz bedeutet die heutige Krise des Allgemeinen, das einst als Kern der klassischen Moderne galt, eine Erschütterung von Grundstrukturen und Gewissheiten, die er der Phase der Spätmoderne zuschreibt. Spät scheint dabei sowohl Reife als auch Dekadenz bedeuten zu können. In jedem Fall aber gerate ein konstitutives Element der klassischen Moderne ins Wanken, »nämlich das normative Ideal eines gesellschaftlichen Fortschritts«⁴⁰, also einer gerichteten allgemeinen Bewegung. Die große Erzählung des politischen Fortschritts werde von den »kleinen Erzählungen« des privaten Erfolgs und des guten Lebens abgelöst, die Zeitstruktur sei an der Gegenwart orientiert, das »radikale Regime des Neuen«, das Reckwitz schon in der »Erfindung der Kreativität« beschrieben hatte⁴¹, sei nicht an langfristiger Innovation ausgerichtet, sondern an der »Affektivität des Jetzt«⁴². Für alle diese Diagnosen ließen sich Beispiele aus unserem täglichen Leben finden, auch im Übrigen aus dem Kulturbetrieb. Daraus ergeben sich nach Reckwitz nun *drei Krisen*: eine Krise der Anerkennung, eine Krise der Selbstverwirklichung sowie eine Krise des Politischen. *Anerkennung* heischen jene, die »unmittelbar an der Gestaltung von komplexen Einzigartigkeitsgütern beteiligt sind oder aber deren Arbeit als eine kostbare singuläre Leistung erscheint«⁴³. Vorbei ist damit die Illusion des sozialen Aufstiegs für alle. Zu Recht verweist Reckwitz auf die neue Unterklasse und

37 Vgl. Hassan 1988, S. 49ff.

38 Reckwitz 2017, S. 33.

39 Vgl. Han 2021, S. 31.

40 Reckwitz 2017, S. 431.

41 Vgl. Reckwitz 2012, S. 38ff.

42 Reckwitz 2017, S. 431.

43 Reckwitz 2017, S. 431.

die Entwertung ihres Lebensstils. Im selben Zusammenhang der inzwischen obsoleten Verknüpfung von Demokratie und Wachstum bzw. Fortschritt spricht Oliver Nachtwey sogar von einer »regressiven Moderne«, die zu neuen Abstiegserfahrungen führe.⁴⁴

Die Krise der *Selbstverwirklichung* wird gespeist vom Druck des »Steigerungsimperativ(s) der Selbsttransformation«⁴⁵, der anhaltenden Erwartung an Perfektibilität und Performanz. Wenn Selbstverwirklichung eine permanente Erwartung ist, wird der Grad der Individualisierung beständig gesteigert. Dieser Druck auf die Verwirklichung des Selbst trifft aber auch die Kreativen im engeren Sinne in ganz neuer Qualität: »Um Erfolg zu haben bzw. nicht unterzugehen, muss der Kreative sich einen Namen machen ..., das heißt, er muss seine monetären Gewinnansprüche rechtfertigen, indem er den Wert seines eigenen Namens zur Geltung bringt, der wie eine Marke eingesetzt wird und auch als solche rechtlich eingetragen werden kann.«⁴⁶ Die absolute Selbstvermarktung ist die Konsequenz der Singularitäten. Schließlich besteht die Krise des *Politischen* darin, dass die gesamtgesellschaftlichen Steuerungsmöglichkeiten verloren gegangen seien; Primat beanspruchten an deren Stelle »die Eigendynamiken der Ökonomie, der (Medien-)Technologie und der Kultur der Lebensstile«⁴⁷. Damit würden auch Kulturessenzialismen und religiöse Partikularismen erstarken. Wir leben in einer Gesellschaft also, die sich radikal am Besonderen orientiere und das Allgemeine aus der Politik tilge.

Das betrifft auch die Ausrichtung und Wirkungsmöglichkeiten von Kulturpolitik und führt – wie zu zeigen sein wird – zur Instrumentalisierung des Kulturellen. Das ist ein starker Befund, der bei aller Postmoderne-Erfahrenheit nachdenklich stimmt, aber auch erklärt, warum uns Verständigung zunehmend schwerfällt, das Einkreisen von Schnittmengen und Kompromissen zu endlosen Debatten führt. Oder warum Debatten schnell vergiftet werden können, wenn hinter einer Politik des Allgemeinen – etwa einer europäischen Leitkultur im Sinne Bassam Tibis – der exklusive Mechanismus einer deutschen Leitkultur vermutet oder konstruiert wird.⁴⁸ Können wir keine Richtungsimpulse mehr setzen, die eine Klammerfunktion beanspruchen?

Deutsche Kultur als Dissonanzerfahrung

Die Krise des Allgemeinen hat uns inzwischen voll erfasst und führt zu kulturellen Verwerfungen. So hat die Debatte darüber, wer oder was die deutsche Gesellschaft

44 Vgl. Nachtwey 2016, S. 71ff.

45 Reckwitz 2017, S. 434.

46 Boltanski, Esquerre 2018, S. 602.

47 Reckwitz 2017, S. 434.

48 Vgl. Tibi 2016, S. 133ff.

sei, erheblich an Fahrt gewonnen. Von *radikaler Vielfalt* ist die Rede, von einer postmigrantischen Perspektive, die ein neues Miteinander einfordert, sich von national-ethnischen Bildern der Zusammengehörigkeit abhebt und mit der Fokussierung auf Pluralität die *Differenzen* trotz der Gleichheit aller Menschen stärken soll.⁴⁹ Bisherige Begriffe und Zuschreibungen werden folglich dekonstruiert, etikettiert oder skandalisiert, ja die Art und Weise, wie wir über die Dinge sprechen, welche Haltung wir zu erkennen geben, gerät zum Maßstab des Diskurses, seiner Berechtigung oder gar Unmöglichkeit – bis hin zu Ansätzen einer *Cancel Culture*⁵⁰. Da die Sprache mehr denn je zuvor als Produzentin von Wirklichkeit verstanden wird, erhöht sich die Komplexität aus Gesagtem, Gemeintem, Gewohnheit und generationeller Prägung, auch in Hinblick auf jene, die sich – etwa als Migrantinnen und Migranten oder Vertreter einer Minderheit – sprachlich neu erfinden müssen und Sprache selbstbewusst mit ihren Ansprüchen konfrontieren: »Freies Sprechen bedeutet die Emanzipation von einer Sprache, die uns nicht vorsieht – indem wir sie verändern, anstatt uns zu erklären, indem wir sie anders nutzen, um in ihr zu *sein*.«⁵¹ Hinzu kommt die Tendenz, die postulierte Vielfalt aus einer Privilegierungs-, Diskriminierungs- und Vulnerabilitätsperspektive zu argumentieren, die das Narrativ vom gesellschaftlichen *Ganzen* auf die Füße seiner vermeintlich konstitutiven Vielgliedrigkeit und Uneindeutigkeit stellt. Damit erscheint die (bürgerliche) »Mitte« der Gesellschaft als Dominanzkultur, Wolfgang Thierses Rede von *Normalität* als normative »Cancel Culture des alten weißen Mannes«⁵², werden Vergewisserungs- und Erinnerungsrituale schnell zum Arsenal der Vergiftung einer multiplen Gegenwart, ob völkisch, rassistisch, klassistisch oder gleich nazistisch. Denn jene *Mitte* wird als homogen, weiß und ausgrenzend imaginiert und verworfen, sie ist das Gegenteil konstitutiver Verschiedenheit, von der aus Gesellschaft nun gedacht, die *Machtfrage* neu gestellt werden soll. Autorität ist die Autorität der Andersdenkenden, ein Gravitationsfeld von Gesellschaft wird zunehmend in Frage gestellt.

Die Vielfalt der Kulturen im Sinne dieses Leitbildes begegnet uns als die Vielfalt der Vielen – die Vielen aber sind die *Verschiedenen*, miteinander einzig lose verknüpft als *Verbündete* kraft der Erfahrung zunehmender Selbstperspektivierung, starker Identität. Jenseits jeglichen Assimilations- und Integrationsdrucks scheint sich auch hierzulande eine Politik der Anerkennung herauszubilden, die nicht mehr die Gleichheit der Menschen zuerst betont, sondern eher ihre *gruppenspezifischen*

49 Vgl. Foroutan 2019, S. 216.

50 Vgl. Nida-Rümelin 2023.

51 Vgl. Gümüşay 2021, S. 159.

52 Gennies 2021.

Besonderheiten herausarbeitet.⁵³ Ob Herkunft, Geschlecht oder Behinderung – ausgehend vom sensiblen Umgang mit Differenz entsteht offenbar eine wehrhafte oder distinkte *Diversity*, obwohl dieses Konzept eigentlich auf Gemeinsamkeit, Chancengleichheit und Abbau von Hierarchien zielt. Doch das neue gesellschaftliche Ganze, so eine berechnete Befürchtung, darf nicht mehr sein als die Summe seiner Teile – als bewusste Verweigerung einer Großerzählung oder zumindest auf der Hut vor deren vereinnahmender Ganzheitsbehauptung, etwa einer Nation oder gar einer wertbezogenen (Leit-)Kultur. Nur so kommen offenbar »unterrepräsentierte Minderheiten« zu Gewicht und Geltung, wird erlebte oder als tradiert empfundene Unterdrückung sprachfähig. Kann man so aber Gesellschaft »neu erfinden«? Ist diese Radikalität der »Befreiung« als Geste und Praxis politisch gestaltbar, auch und gerade in demokratischer Hinsicht, oder ist sie Teil einer Überindividualisierung, eben einer »Krise des Allgemeinen«? Wird dabei Kulturpolitik zur Arena der Ideologien, sowohl rechter als auch linker Identitätspolitik? Kulturpolitik (wieder) ein Instrument der Kulturrevolution, zur Klärung der »kulturellen Macht«, der Bilder, Erzählungen, Tabus?

Der Populismus und die Wiederaufladung der Kultur

Es ist weitgehend Konsens, dass wir uns von ererbten, noch immer zirkulierenden Ganzheitsphantasien verabschieden müssen, deren Rückseite Mechanismen der Ausschließung oder Kolonisierung sind. Gegenwärtig aber scheint sich der Diskurs auf eine binäre, ideologisch geprägte Opposition zuzuspitzen, auf deren einer Seite die Neue Rechte bzw. ein Rechtspopulismus mit dem parteipolitischen Filtrat der AfD steht, auf deren anderer eine Linke, deren Gravitationszentrum immer stärker um Fragen der Identität kreist und damit auch die nazistische Totalperspektivierung verstärkt. Es werden dadurch Eindeutigkeiten und Zuschreibungen produziert, die die Debatte nicht eben positiv befördern, sondern vielmehr Frontstellungen verursachen, die eine Neujustierung der Gesellschaft erschweren. Dies läuft der eigentlich geforderten radikalen Vielfalt entgegen und beschädigt auch das errungene Maß an Diversität. Eine oft schon aggressive Viktimisierung von Minderheiten trägt dazu bei, jegliche Positionierung einer bekenntnishaften Klarheit zu verpflichten, die sich möglichst noch von allem distanziert, was durch Prägungen der Mehrheitsgesellschaft entstanden ist. Bis in die (An-)Sprache hinein. Diese verschärfte Ideologisierung spaltet sogar die Partei DIE LINKE, wie man an der Debatte über Sahara Wagenknechts Buch »Die Selbstgerechten« und

53 Vgl. Fukuyama 2018, S. 105ff. In den USA und Kanada, inzwischen auch in Frankreich hat das Thema bereits ein anderes Gewicht. Für Frankreich vgl. aktuell die Streitschrift von Fourest 2020.

ihre Parteigründung »Bündnis Sahra Wagenknecht« (BSW) trefflich nachvollziehen kann.

Nicht nur die Diskussionskultur, die von neuen Geboten und Verboten geprägt ist, belastet also den Diskurs, auch die rigiden Zuschreibungen von links und rechts machen es schwer, zwischen Gesinnung und Imago zu unterscheiden. So gibt es »echte« Rechte (Nazis) und eine Vielzahl von Akteuren, die aus unterschiedlichsten Erfahrungen oder Zuweisungen so bezeichnet werden. Es gibt Linke und ein links-liberales Milieu bzw. »Lifestyle-Linke«⁵⁴. Durch Identitätspolitik, also die Betonung gruppenspezifischer Eigenschaften und den Umgang mit ihnen, werden pauschale Zuschreibungen von links und rechts verfestigt; Containerdenken der Gesinnungen, als gebe es auch sonst nur Fortschritt oder Rückschritt. Die Krise des Allgemeinen wird zur Bühne der Populismen, auf der sich alte Schemata und Konjunkturen des Identitären begegnen.

Dabei war einmal die Rede von einem linken Ansatz, der das populistische Moment geschickt für einen gesellschaftlichen Aufbruch nutzt und produktive Spannung erhält: Chantal Mouffe forderte im Sinne ihres agonistischen Denkens einen solchen Populismus ein, um dem Aufstieg rechter Parteien Einhalt zu gebieten und eine Gegenbewegung zu initiieren, die darauf abzielt, »die demokratischen Forderungen in einem kollektiven Willen zu bündeln, um ein ›Wir‹ zu konstruieren, ein ›Volk‹, das seinem gemeinsamen Gegner die Stirn bietet: der Oligarchie.«⁵⁵ Diese neue Hegemonie unterscheidet sich von der *national(istisch)en* Souveränität der Rechtspopulisten und bindet all jene ein, die diese ausschließt. Zur radikalen Vielfalt kommt also noch die *radikale Demokratie*, die ein Volk konstruiert und das populistische Moment nutzt, einen neuen Common Sense zu erzeugen. Die neoliberale Oligarchie als Gegenbild wird jedoch allein nicht ausreichen, die Menschen alternativ zu verbinden, zumal der Kapitalismus im Verbund mit der Digitalisierung eine verstärkte korrumpierende Wirkung auf den Einzelnen entfaltet. Und vielleicht ist es gerade jene immer häufiger postulierte *Radikalität*, die es zu verderben droht. Folgt man Wagenknecht, bedeuten die Lifestyle-Linken ohnehin das Ende echter linker Politik, da sie ein bestimmtes Milieu der Akademiker und Besserverdiener repräsentierten, eher Haltungsnoten verteilten als echte Sozialpolitik zu betreiben und stärker an Selbstverwirklichung interessiert seien als an realer Veränderung. Daher unterstellt ihnen Wagenknecht auch eine Allianz mit dem Wirtschaftsliberalismus,⁵⁶ sodass der angestrebte Common Sense schon im neuen linksliberalen Milieu unklar sein dürfte. Wagenknecht führt aus, wie dort eine Politik greift, die Identität nicht mehr über die soziale Stellung der Menschen definiert, wie es die traditionelle Linke tat, sondern über individuelle Eigenschaften wie

54 Wagenknecht 2021, S. 25.

55 Mouffe 2018, S. 35.

56 Wagenknecht 2021, S. 44.

Ethnie, Hautfarbe oder sexuelle Orientierung.⁵⁷ Dabei gäbe es in sozialer Hinsicht viel aufzubegehren in der »Abstiegsgesellschaft« der regressiven Modernisierung, in der wir »hinter das in der sozialen Moderne erreichte Niveau an Integration zurückfallen«, Demokratie und Wachstum nicht mehr untrennbar zusammengehören.⁵⁸ Dies im Blick, findet Wagenknecht starke Beschreibungen wie »elitäres Stammesdenken« oder »mimosenhaftes Beleidigtsein«, um die Spaltungskraft eines identitätspolitischen Linksliberalismus zu brandmarken. Dies alles zerstöre »das Zusammengehörigkeitsgefühl der Gesellschaft insgesamt und damit die wichtigste Voraussetzung für gesellschaftliche Solidarität und Sozialstaatlichkeit.«⁵⁹ Das sei auch der Punkt, an dem die linksliberale Erzählung der neoliberalen ähnele.

Wagenknecht berührt mit dem Begriff der *Solidarität* den entscheidenden Nexus, denn die reine Dekonstruktion von Gesellschaft führt zu Ent-Gesellschaftung, also zum Schwinden einer Verbindung zwischen Individuen und Gruppe. Heinz Bude beschreibt Solidarität als »die Basis für den Überbau der Interessengegensätze, der Geschmacksvielfalt und der Glaubenskämpfe. Trotz scheinbar unvereinbarer politischer, kultureller oder sozialer Gegensätze verhindert sie die Auflösung des sozialen Bandes, das alle miteinander verbindet und einander bindet.«⁶⁰ Er führt den Sozialstaat als institutionalisierte Form der Solidarität ins Feld⁶¹, zeigt aber auch die internationale Dimension vor dem Hintergrund sich verschärfender Ungleichheiten auf, die unsere bisherigen Formen von Solidarität herausfordert: »Im globalen Norden müssen wir uns jetzt fragen, ob wir uns im Sinne eines Rassismus der Differenzen zu einem Kampf um Anerkennung zwischen unserem Wir und dem Wir der Anderen verleiten lassen ... oder wir uns mit unserem Begehren nach Anerkennung und Solidarität einer Auseinandersetzung um die Definition eines größeren Wir jenseits eines Wir des Nordens und eines Wir des Südens stellen wollen.«⁶² Diese Suchbewegung verweist nicht nur auf das (globale) Konzept einer *Transkulturalität* im Sinne des Aufgebens kultureller Abschließung und der Betonung von Mischung im Miteinander, auf das ich zurückkommen werde, sondern eben auch auf die Suche nach Verbindendem innerhalb eines von Migration und Pluralität der Lebensstile geprägten Landes wie Deutschland. Folgerichtig widmet sich Sahra Wagenknecht den großen Erzählungen, die Bilder von Gemeinschaft prägen und rechtfertigen, die Orientierung geben. Hier setzt auch ihre Programmatik an, die an dieser Stelle nicht vertieft werden soll und von der Analyse ins Parteipolitische führt.⁶³

57 Wagenknecht 2021, S. 106.

58 Vgl. Nachtwey 2016, S. 75.

59 Nachtwey 2016, S. 123.

60 Bude 2019, S. 35.

61 Bude 2019, S. 45.

62 Bude 2019, S. 159f.

63 Vgl. Wagenknecht 2021, S. 205ff.

Der linke Populismus müsste also zuerst das *Allgemeine* stärken, Verbindungen aktivieren. Wie kann er das praktisch erreichen? Immerhin hebt Mouffe auf die affektiven Energien ab und weist »künstlerischen und kulturellen Praktiken«⁶⁴ eine wichtige Rolle zu. Worin deren Konvergenzversprechen in Hinblick auf das neue Volk besteht, erläutert sie indes nicht. Wir kennen aus der sozialistischen Kulturpolitik jedoch die Hoffnungen, die sich nicht erfüllen: der marxistische Kulturpolitiker Anatoli Lunatscharski (1875–1933) forderte schon seinerzeit, die Theater, Konzerte und Ausstellungen zu nutzen, um neuen Geist zu schaffen, und er bejahte eine proletarische, klassenmäßige Ästhetik.⁶⁵ Sie erst forme die Identität, das Selbstbewusstsein einer Avantgarde, die sich alte Kulturschätze aneignet und zugleich neue Helden generiert. Heute, *antiklassistisch* gestimmt, bleibt gar kein revolutionäres Subjekt mehr übrig, das Avantgarde sein und eine Richtung vorgeben könnte.

Die Neue Rechte lernte zwischenzeitlich von der linken Kulturauffassung Gramscis und fokussiert ebenfalls das Vopolitische: Wer die *kulturelle* Macht hat, kann die Gesellschaft lenken und einen Wandel herbeiführen.⁶⁶ Ein neu aufgelegter Text von Alain de Benoist aus den 1980er Jahren begegnet dem rechten Theorievakuum und versucht, Lehren aus der marxistischen Dialektik zu ziehen, die die gesellschaftliche Wirklichkeit zu mechanisch von der ökonomischen Basis abgeleitet hätte. Die einfache Basis-Überbau-Lehre sieht de Benoist bei Gramsci so weitergedacht, dass sie der Komplexität der bürgerlichen Gesellschaft entspricht und die Kraft der Mentalitäten richtig gewichtet. Es ist auch die Weltanschauung, die konstitutiv wirkt; mit Pierre Bourdieu würde man heute vom *Habitus* sprechen, dem viel mehr eingeschrieben ist als das ökonomische Kapital. Der entscheidende Punkt der Machtfrage ist kein unmittelbarer, sondern eher einer der mentalen Emergenz, die es in Gang zu setzen gilt, denn »in den Gesellschaften, in denen eine spezifische kulturelle Atmosphäre herrscht, ist keine Übernahme der politischen Macht möglich ohne eine vorhergehende Übernahme der kulturellen Macht.«⁶⁷ Die Neue Rechte versucht demgemäß, kulturelle Leitbilder zu aktivieren, die im Sinne der »Verwurzelung« der Menschen⁶⁸ *Heimat* konservativ und exklusiv neu denken, kulturelle Bande an der Stelle verdichten, an der die »Vielfalt der Vielen« die Mehrheitsgesellschaft brüskiert – so vielleicht etwas zugespitzt die Stoßrichtung. Der *Multitude*, also dem neuen internationalen Netzwerk der Vielen⁶⁹, begegnet sie mit der vordergründig

64 Mouffe 2018, S. 91.

65 Vgl. Lunatscharski 1981, S. 73ff.

66 Vgl. Gramsci 1987, S. 7ff., 31ff.

67 Benoist 2017, S. 73.

68 Benoist 2017, 105ff.

69 Vgl. Hardt, Negri 2004. Man könnte – frei nach Ulrich Beck – dieses Netzwerk jenseits der Arbeiterklasse und diesseits der gesellschaftlichen Arbeit als eines jenseits von Klasse und Schicht bezeichnen, das sich selbst als etwas Kollektives schafft: »Da die Menge sich weder durch Identität (wie das Volk) noch durch Uniformität (wie die Masse) auszeichnet, muss die

harmlosen Rede vom *Ethnopluralismus*, der der Konvergenz der Lebensstile im Zuge der Globalisierung scheinbar gegenläufig ist. Das klingt sogar nach mehr Pluralität. Tatsächlich aber errichtet der Terminus tödliche Mauern, denn am Ende geht es schlicht darum, unter sich zu bleiben. Diese Bilder der Abschließung funktionieren in veränderungsresistenten Milieus, weil sie mit Tradition und Brauchtum kurzzuschließen sind und vor allem Verunsicherungen aufgreifen. Die AfD hat dies mehr oder minder geschickt kanalisiert und betreibt eine Kulturpolitik der Verwurzelung – die Wähler und ein Teil der Mandatsträger werden damit leicht und pauschal zu Nazis, doch eigentlich sind sie nur die mehrheitlich unbewusste Schwungmasse einer versuchten *Kulturrevolution* von rechts.

Postpolitik und Postdemokratie

Ein demokratisches Grundproblem scheint, dass die rechte Energie, die Eroberung der Lebenswelt mit Hilfe einer regressiv-nostalgischen Kulturvorstellung, die das Lokale auf das ethnisch Reine, letztlich das Völkische reduziert, auch durch das Erodiere der Parteiendemokratie genährt wird. Das zeigt sich unter anderem am Mitgliederschwund der Parteien (der in Ostdeutschland gar nicht einsetzen musste, da es noch nie eine breite parteipolitische Beteiligung gegeben hat). So haben seit 1990 die mitgliederstärksten Parteien CDU und SPD etwa die Hälfte ihrer Mitglieder verloren, die FDP über 60 Prozent. Noch deutlicher trifft es die LINKE, geht man von deren Mitgliederzahlen in der Wendezeit aus, aber auch unabhängig davon ist sie nach der Vereinigung mit der WASG geschrumpft. Nur die GRÜNEN verzeichnen deutliche Mitgliederzuwächse um 134 Prozent im genannten Zeitraum (allerdings nicht im Osten, da spielen sie quantitativ nur eine marginale Rolle); die AfD existiert erst seit 2013, ihr kann jedoch ein Wachstumskurs bescheinigt werden.⁷⁰ Demokratie lebt davon, dass der Einzelne eine Stimme hat, sich einbringen kann und Resonanz findet. Die Parteien und ihre Organisationen bilden das wesentlich ab und entwickeln ihre Programmatik gemeinsam mit den Bürgern, denn diese sind nicht nur Wähler (früher sprach man ähnlich wie beim Kirchenvolk auch vom Parteivolk⁷¹), sondern erleben Parteipolitik eigentlich auch als soziales Ereignis, als aktives Miteinander. Das setzt Mitglieder, deren Aktivitäten und gesellschaftliche Resonanz voraus, also auch die Sicht- und Erlebbarkeit parteipolitischen Engagements.

Multitude, angetrieben durch die Differenz, das Gemeinsame entdecken, das es erlaubt, miteinander in Beziehung zu treten und gemeinsam zu handeln. Das Gemeinsame, das Kommune, wird dabei allerdings weniger entdeckt als vielmehr produziert« (ebd., S. 11, Hervorhebung im Original).

70 Niedermayer 2020. Aktuell kommt es durch das BSW zusätzlich zur Spaltung und damit wohl zum Niedergang der LINKEN.

71 Heute ist der Begriff selbst Google so unbekannt, dass gefragt wird, ob nicht Partyvolk gemeint sei.

Aber nun bleiben diese Mitglieder weg, die breite Verflechtung der Parteien mit den örtlichen Gemeinschaften fehlt – und der Tanker der »Volksparteien« fährt mit leerem Deck weiter, die Strukturen und Mandatsträger übernehmen die Macht. Dies meint die Rede von Postpolitik – während Postdemokratie nach Colin Crouch die damit verbundene demokratische Simulation⁷² beschreibt und einen Mangel an echter Beteiligung beklagt. Beteiligung ist für die Allermeisten einzig der beziehungslose Urnengang, immer häufiger als Briefwahl. In beiden Fällen läuft etwas alternativlos weiter, der »Resonanzdraht« zwischen Politik und Bürger ist gerissen, wie Hartmut Rosa dies nennt.⁷³ Dies führt in eine »große Regression« – von Intellektuellen vielerorts beschrieben –, die die Demokratie gefährdet und die politische Kultur erodieren lässt: Die große Stunde der Vereinfacher und Demagogen ist damit gekommen und gerät zu einem internationalen Fanal.⁷⁴ Reckwitz spricht von einer »populistischen Revolte«, die das wichtigste Symptom der gegenwärtigen Krise des westlichen Liberalismus sei und sich gegen die liberal geprägten Funktionseliten und deren ökonomische sowie kulturelle Hegemonie im Namen eines imaginierten – man könnte auch sagen: simulierten – Volkes wende.⁷⁵

Die AfD steht dabei nicht für eine neue Resonanz Erfahrung im Sinne Rosas, sie ist das *Dissonanzinstrument* vornehmlich der Frustrierten, deren Stimme zu verstärken nun jemand bereit ist.⁷⁶ Es ist auch ein Hilferuf, dem mehrheitlich mit Stigmatisierung und Ausgrenzung begegnet wird. Diese Erfahrung macht der Bürgermeister einer kleinen Stadt (inzwischen Landrat) in Sachsen in einer Streitschrift deutlich, die er – wie treffend – der Rettung der Demokratie widmet. Dieses Erfahrungswissen sollte uns etwas bedeuten und unterstreicht einmal mehr, wie stark die Parteien mit sich selbst und dem Fingerzeig auf den Gegner (wer ist das eigentlich genau?) beschäftigt sind. Und wie stark die Exekutive, die durch die Schwäche und den Niveauverlust der Legislative an Bedeutung gewinnt, mit der Routine ihrer selbst befasst ist; die berühmte Schwerfälligkeit der Apparate, die Lösungen nach den ihnen vertrauten Mechanismen anbieten und das Postpolitische sowie die Entfremdung von der Bürgerschaft verstärken. Besonders spürbar wird dies an den

72 Vgl. auch Blühdorn (2013), der in Anlehnung an Baudrillards »Zeitalter der Simulation« am Beispiel der Demokratie zeigt, wie »eine Vielzahl flüchtiger Bilder, referenzloser Zeichen, austauschbarer Images und medialer Inszenierungen« authentische Volkssouveränität aufgelöst hat (S. 177).

73 Rosa 2016, S. 375.

74 Vgl. Geiselberger 2017.

75 Reckwitz 2019, S. 239.

76 Genauso wie die Politik der Nationalsozialisten einst keine Antwortbeziehung zur Welt stiftete, sondern nur eine Echokammer für eine imaginierte Volksgemeinschaft inszenierte (Rosa 2016, S. 371).

Grenzen kommunalen Handelns, ja der kommunalen Ohnmacht, wo hier doch das große Wort der Selbstverwaltung herrscht – was blieb davon übrig?⁷⁷

Gemeinsam ist de Benoist und Mouffe, dass sie den Marxismus dekonstruieren und daraus rechts- wie linkskonnotierte gesellschaftspolitische Erkenntnisse ableiten – und mit dem Gramsci'schen Begriff der Hegemonie arbeiten, die es zu erlangen gelte. Kultur also wird offenbar zum Medium einer wie auch immer gelagerten »Revolution«, die unterschwellig die Machtfrage neu beantwortet. Die Kultur soll die Bewegung induzieren, die die Parteiendemokratie nicht erreicht: »Postpolitik« als Kulturpolitik. Allerdings darf man Mouffe nicht darauf reduzieren, da sie viel differenzierter analysiert und etwa an einer multipolaren Weltordnung festhält sowie mit reinem Kosmopolitismus als Zielbild kritisch umgeht.⁷⁸ Den Rechtspopulisten reicht es aus, den Gegner zu diffamieren, sie sind an agonistischer Spannung nicht interessiert.

Während rechts und links um die Kultur im Vorgriff auf politische Macht miteinander ringen, ertönt jedoch der Alarmschrei, dass die alten Bilder von der Ordnung der Welt, ja die gesamte Terminologie und unsere Haltungen in Anbetracht der Klimakatastrophe neu kartografiert werden müssten.⁷⁹ Der »alte Vektor RECHTE/LINKE« habe Mobilisierungen und Verhandlungen behindert,⁸⁰ das gesamte System Erde benötige eine völlig neue Erzählung. Auch Reckwitz stellt fest, dass das seit der Französischen Revolution gängige Schema von »links« und »rechts« obsolet geworden sei und ein genereller Paradigmenwechsel anstehe, der Liberalismus in eine neue Phase eintrete.⁸¹ Die Krise des Allgemeinen ist also ein kultureller Wandel viel größeren Ausmaßes, als es auf den ersten Blick erscheint.

Parallel dazu aber wird durch einen vehementen »Kampf um Anerkennung«, der im Zentrum von Identitätspolitik steht und u.a. die Krise des Allgemeinen charakterisiert, das Lagerdenken absurderweise stetig verstärkt. Für die Neue Rechte spielt Identität eine zentrale Rolle, vor allem beim Beharren auf ethnokultureller Reinheit oder traditionellen Geschlechterbildern. Anerkennung also für jene »Dominanzkultur«, die vermeintlich für das Wesen dieses Landes steht und Kultur mit Nation kurzschließt. Linke Identitätspolitik steht für überzogene Anerkennungs-forderungen bei Minderheiten, wie von Sahra Wagenknecht dargestellt, sowie eine überstarke Fokussierung etwa auf Rasse/Rassismus, Ethnie oder Geschlecht. Eine »Volks-Demokratie als Transformation des postulierten Mehrheitswillens der Un-

77 Vgl. Neubauer 2021, S. 131ff.

78 Vgl. Mouffe 2016.

79 Latour 2018, S. 43.

80 Latour 2018, S. 67.

81 Reckwitz 2019, S. 240ff. Diese Koordinaten beschäftigten schon Beck 1993, S. 85ff. und forderten zu neuen Kontrapunkten des Politischen in der reflexiven Modernisierung heraus.

terdrückten gegen die alten Eliten.«⁸² So werden keine differenzierten Bilder von (guter) Globalisierung und (terrestrischer) Lokalisierung möglich, um in der Terminologie von Bruno Latour zu bleiben, sie werden ideologisiert, auf den absoluten Standpunkt gezwungen.

Wagenknecht konstatiert, dass trotz sozialökonomisch ausgesprochen linker Verortung der meisten Menschen die linksliberalen Haltungen mehrheitlich nicht geteilt würden, was jedoch einen Grundkonsens in wichtigen Fragen der Zeit nicht ausschließe. Es geht offenbar um die *Tragweite* der Schlussfolgerungen, darum, wie konsequent die Menschen ihnen folgen: im Umgang mit der Gender-Theorie, Flüchtlingen, Heimatvorstellungen oder der Kategorie des Nationalen. Die vorherrschende »solide liberale Haltung« würde ins Bild eines rechten Zeitgeistes gesetzt, gegen den nun angegangen und ein Kulturkampf geführt werden könne. »Wenn jeder, der sich die linksliberalen Werte nicht zu eigen macht, ein *Rechter* ist, dann sind *rechte Gesinnungen* tatsächlich weit verbreitet.«⁸³ Diese Zuspitzung führe zu Polarisierung und Spaltung – ähnlich wie die Hetzreden der Rechten. Beides könnte auf die Simulation einer überlebten, unterkomplexen Dichotomie hindeuten, die uns Klarheit vermitteln möchte, obwohl das Framing (Paradigma) nicht mehr stimmt – wir spüren jedenfalls, dass das Vokabular nicht greift, viele falsche Zuordnungen nach sich zieht.

Man kann diese schematische Lagerbildung auch auf den Umgang mit der AfD übertragen, wie es Dirk Neubauer getan hat – der im kommunalen Wahlkampf um das Bürgermeisteramt gegen den AfD-Kandidaten haushoch gewonnen hat, gegenläufig zu Wahlergebnissen dieser Partei auf anderen Ebenen. Er schreibt: »Die Stigmatisierung als rechtsextreme Kraft soll diese Partei daran hindern, weiterzuwachsen. Tatsächlich sorgt dies dafür, dass sich die Basis der AfD weiter festigt. Denn wer eine Partei pauschal bewertet, tut dies auch mit den Menschen, die ihre Stimme dafür abgeben.«⁸⁴ Er sieht die AfD vor allem als Symptom unserer krankenden Demokratie, als Sammelbecken von Unzufriedenheit und Wut, nicht zuletzt unter besonderer Berücksichtigung der Lage in Ostdeutschland.

Was Identitätspolitik offensichtlich verstärkt, ist das Bilden von Lagern, die Zuschreibung eindeutiger Eigenschaften und der Zwang zu eindeutigen Verortungen, aus denen politische Kraft und Legitimation abgeleitet werden sollen. Das emanzipative Potenzial, das Ausbrechen aus alten Rollenbildern und Subalternitäten als gesellschaftsverändernde, produktive Kraft: Diese eigentlich positiven Ansprüche werden damit behindert und teils konterkariert. Identitätspolitik bleibt jedoch ein mehrdeutiger Begriff, wie es eine mehrdeutige Praxis gibt. Die Polarisierung

82 Nida-Rümelin 2020, S. 8.

83 Wagenknecht 2021, S. 198.

84 Neubauer 2021, S. 29.

scheint das Gift. Sie ermüdet die Menschen oder macht sie wütend, indem sie sich provokant unterwerfen: »Dann sind wir eben rechts.«

Gegenwartsbewältigung – Kampf um die Kultur

Die kulturpolitisch relevante Folie im Umgang mit liberalen und exklusiven Gesellschaftsbildern in der Krise des Allgemeinen hat jüngst Andreas Reckwitz bestimmt, indem er den »Kampf um die Kultur« – ein Terminus, der die Sprengkraft einer bipolaren Konfrontation betont, die auch ich sehe – auf zwei Begriffe bringt: den der Hyperkultur und jenen des Kulturessenzialismus⁸⁵. Während der eine die globale Kultur als Reservoir von Ressourcen zur Selbstverwirklichung begreift und Kultur unendlich ausweitet,⁸⁶ grenzt der andere Gruppen und ihre Werte strikt ein⁸⁷. Hyperkultur begegnet uns im Verbund mit Vielfalt und Kosmopolitismus, korrespondierend mit dem Einzelnen, sie de-territorialisiert. Kulturessenzialismus begegnet uns hingegen im Verbund mit dem Eigenen, kollektiver Identität und Gemeinschaft, er territorialisiert. Während Hyperkultur Sache der Aushandlung und der Anverwandlung ist, bleibt Kultur als Essenz unhintergebar, an ihre Herkunft gekoppelt.

Diese Begriffe, die Reckwitz vorschlägt, sind natürlich Grenzwertbestimmungen, Idealtypen, analytische Kategorien. Reckwitz selbst zeigt ihre Turbulenzen im konzeptionellen Extremfall auf. Trotzdem markieren sie die Fliehkräfte unserer Zeit und lassen sich mit politischen Konzepten in Verbindung bringen, die bewusst ein »Kulturalisierungsregime«⁸⁸ verfolgen, also den Kampf um die kulturellen Grundlagen der Gesellschaft austragen. Das ist eine neue Qualität. Unschwer kann man das linksliberale Milieu mit der Hyperkultur und ihrer Weltläufigkeit in Verbindung bringen, essenzialistische Kulturvorstellungen indes mit rechtspopulistischen Akteuren der Heimatverbundenheit und Abschottung gegen fremde Einflüsse. Damit werden die geschilderten rechten und linken »Hegemoniekonzepte« als Kulturalisierungsregime erkennbar.

Max Czollek, der sich exponiert, in einer Reihe flüssig geschriebener Essays die »Gegenwart zu bewältigen«⁸⁹ gehört jener Generation an, die sich für eine *radikale* Neubestimmung einer vielfältigen Gesellschaft ausspricht und sich zunehmend in die mehr oder minder kulturpolitisch zu nennende Debatte einbringt. Er versucht sich an einer Kritik der beiden Kulturalisierungsrichtungen, die Reckwitz beschreibt, und tut dies in einer Weise, die mir für das weitere Verständnis gesell-

85 Reckwitz 2019.

86 Reckwitz 2019, S. 36ff.

87 Vgl. Reckwitz 2019, 42ff.

88 Reckwitz 2019, S. 50.

89 Czollek 2020.

schaftlicher Transformation paradigmatisch scheint. Es ist ein neuer, nicht nur generationeller Grundton in die Debatte gekommen, der freilich auch die Erfahrung und Sprachfähigkeit von Nachkommen Zugewanderter beinhaltet, aber nicht zuletzt ein Selbstbewusstsein widerspiegelt, das die starke Individualisierung westlicher Gesellschaften hervorgebracht hat. Herrschende Denkweisen werden fundamental hinterfragt, neue Maßstäbe für unser Kulturverständnis sehr beherzt eingefordert und reale wie empfundene Formen von Diskriminierung, Ausschließung und Verletzung aufgedeckt.

Was Reckwitz anbelangt, fragt nun Czollek, ob die Gegenüberstellung von »Leit- und Hyperkultur« die Problemlage angemessen erfasse, die ihn beschäftigt: die Frage danach, wer und was – vor dem Hintergrund einer postmigrantischen Gesellschaft – eigentlich zur Kultur dieses Landes gezählt werde.⁹⁰ Weder spricht allerdings Reckwitz von Leitkultur, noch geht es ihm um eine Ideologiekritik, die Czollek in Hinblick auf kulturelle Teilhabe betreibt. Dieser hält es ungeachtet dessen für möglich, dass »diese vielfach gepriesene und ausgezeichnete Anordnung der Gegenwart«⁹¹ durch Reckwitz im Extremfall eine Diskussion über die Ausschlüsse bestimmter Gruppen verhindern könnte. Theorie und kultursociologische Analyse werden kritisiert in Hinblick auf ihre Passfähigkeit für das eigene Gesellschaftsprogramm, ja sie werden aufgrund ihrer Stärke als hinderlich empfunden.

Noch bedenklicher scheint mir aber der generelle Umgang mit dem Begriff der Leitkultur, der sich als *Idée fixe* durch den Text zieht; Czollek ist geradezu besessen davon, eine deutsche oder besser bürgerliche Kulturvorstellung dekonstruieren zu müssen, die noch immer stark mit Realitätsflucht und Überlegenheitsphantasien verbunden ist. Die Freiheit der Kunst betrachtet er mit einem Argwohn, als gebe es keine politische Kunst in Deutschland, als gelte noch jener affirmative, idealistische Kulturbegriff, den die Kulturpolitik im Gefolge Marcuses immer wieder geradezu rituell entzaubert hat. Die gesamte Neue Kulturpolitik⁹² gilt als ihr Gegenentwurf. Die Farce um Gomringers Gedicht an der Hauswand der Alice-Salomon-Hochschule wird Czollek indes zum Diskriminierungsfall⁹³, die Stimme der Studierenden zum allein gültigen Ausdruck von Demokratie, als wäre die Hochschule keine öffentliche Einrichtung. Der Respekt vor dem geehrten Künstler und seiner dedizierenden Geste spielt schließlich gar keine Rolle – wo Respekt heute gerade von jener

90 Czollek 2020, S. 40.

91 Czollek 2020, S. 41.

92 Der Begriff löste in den 1970er Jahren die Rede von der »Kulturpflege« ab. Neue Kulturpolitik steht dezidiert gegen das Elitäre und für einen erweiterten Kulturbegriff, also keine Einengung auf »folgenlose« Kunst und Literatur, und eine Öffnung in die Lebenswelt sowie das Politische. Dazu gehörte auch eine Trägerpluralisierung, die Entwicklung der Zivilgesellschaft im Kulturbereich. Die subversive Facette dieser Neuen Kulturpolitik war die Soziokultur. Vgl. Knoblich 2018b.

93 Vgl. Czollek 2020, S. 74ff.

jungen Generation immer im Munde geführt wird. So bleibt bei Czollek die Diskriminierungskritik von denen, die sie mit Verweis auf die Kunstfreiheit als überzogen zurückweisen, unverstanden, er nimmt sie als Ausdruck der Machtsicherung einer *Dominanzkultur*. Die Kritik der »unpolitischen Kultur«, die Politik noch immer kontrastiere und für deren Abgründe unzuständig sei, verfolgt er bis in die Poetologie Günter Eichs, der in der Tat kein Widerstandskämpfer gegen das Naziregime gewesen ist. Aber zwischen der Biographie Eichs und heutiger Kunst etwa im öffentlichen Raum liegen Welten, denken wir allein an die Aktionen des *Zentrums für Politische Schönheit*.

Der Begriff Leitkultur dient Czollek, als sei er ein gesetzter und von der Kulturpolitik verteidigter Programmbegriff. Der sonst mit Quellen durchaus untersetzte Band des promovierten Politikwissenschaftlers lässt den eigentlich entscheidenden Hinweis auf Bassam Tibi vermissen, der die Rede von einer *europäischen* Leitkultur eingebracht und auch die Reduktion des Begriffs im Diskurs nachgezeichnet hat.⁹⁴ Seine Idee einer europäischen Leitkultur ist kulturübergreifend und als Wertekonsens-Alternative zum »Multi-Kulti-Kulturrelativismus«⁹⁵ gedacht, wie er es etwas polemisch ausdrückt. Der Reduktionismus auf eine *deutsche* Leitkultur wurde viel diskutiert, ist in der Kulturpolitik aber nie konsensfähig geworden und ein provokanter Randslogan geblieben.⁹⁶ Dass neben einigen Konservativen die Neue Rechte ihn aufgreift, belegt seine Randständigkeit. Czollek unterstellt jedoch der »Dominanzkultur«, die gleichsam als Dispositiv von Kulturpolitik ihre regressive Wirkung zu entfalten scheint, einen ungebrochen deutsch-nationalen Grundton, eine Unempfindlichkeit gegenüber Wandel. Dominanz- und Leitkultur scheinen eins zu werden. Das ist evident falsch und auch nicht mehr provokant zu nennen; es passt von der Diktion her zur »populistischen Revolte«, hier aus linksliberaler Intention.

Ein Weiterlesen von Reckwitz übrigens hätte Czollek auch eine Entspannungsoption eröffnet, denn dieser plädiert am Ende des maßgeblichen Kapitels für eine »Kultur des Allgemeinen«, die eine Enkulturation *aller* einfordert, ein »doing universality«, das der Logik der umfassenden Partizipation aller vorausgehen müsse⁹⁷ – etwas, das auch Czollek einfordert. Arbeit also am gemeinsamen Projekt ist Arbeit aller, Stärkung der Gemeinsamkeit, nicht Überspitzung der Differenz. Das »Zerstreuende« der Hyperkultur, das Byung-Chul Han herausgestellt hatte, die »nicht zentrierte Vielheit«⁹⁸ bedarf nämlich der konstruktiven Hinwendung, wenn sie *gesellschaftlich* werden soll, eine Gemeinschaft prägend. Dazu benötigen wir Bilder von

94 Tibi 2016, S. 125ff.

95 Tibi 2016, S. 102f.

96 Vgl. Lammert 2006; de Maizièrre 2017.

97 Reckwitz 2019, S. 58f.

98 Han 2005, S. 32ff.

Gemeinschaft, die Zukunft oder besser *Zukünfte*, vielleicht sogar *Heimaten* kommunizierbar machen. Doch Czollek verneint die Notwendigkeit einer großen Erzählung, es mangle aus seiner Sicht lediglich an Kritik an gefährlichen Denktraditionen und an Antifaschismus.⁹⁹ Sein Programm lautet Desintegration, radikale Vielfalt und komplexe Intersektionalität (also die Aufdeckung der Gleichzeitigkeit verschiedener Diskriminierungen), um postmigrantischen Antifaschismus denken zu können. Es fehle kein Gemeinschaftsgefühl, sondern Mangel an Gefühl, wer zur herrschenden Gemeinschaft dazugehört.¹⁰⁰

Ob dies ein Narrativ sein kann, Menschen für Veränderung aufzuschließen, wäre zu bezweifeln. Minderheiten und Benachteiligte zu stärken und der »Mehrheitsgesellschaft« ihre Prägungen als Unmöglichkeit oder vielmehr strukturelle Schuld vorzuhalten – bis in die das »Völkische« vermeintlich stärkende deutsche Einheit hinein –, ist bei allem Respekt vor Polemik nicht mehr nur forsch. Gerade die deutsche Einheit hat gezeigt, dass das Glücksversprechen einer pluralen Gesellschaft nur schmerzhaft und verlustreich einzulösen ist, als langwieriger Lernprozess. Die eingetretenen Fehlleistungen und Verwerfungen sollten keinesfalls auf das Leitbild einer nationalistischen Identität eingeengt werden, da Ostdeutsche durchaus migrationsähnliche Erfahrungen gesammelt haben und ebenfalls unter Anerkennungs- und Repräsentationslücken leiden, was aufgrund des spezifischen innerdeutschen Assimilationsdrucks oft verkannt wird. Sie fordern folglich nicht kollektiv ein, *mehr* zu Deutschland zu gehören als Migranten, sondern für sie bleibt Einheit vielmehr eine Differenzerfahrung, die stark verunsichert. »Integriert doch erst mal uns!«, so der Buchtitel einer Spurensuche der sächsischen Integrationsministerin Petra Köpping¹⁰¹, ist insofern die Replik auf die Diskrepanz zwischen *Einheitsrhetorik* und realer *Beitritts Erfahrung*; man sollte sie nicht pauschal als »Eastern Germany first!« fehlinterpretieren – bei allen nachweisbaren Formen von Fremdenfeindlichkeit, die es im Osten freilich gibt. Die nationale Identität in Deutschland scheint ohnehin nachhaltig porös; »Deutschland bleibt im Horizont eines nationalstaatlich gegliederten Europas eine Frage«, schrieb einst Helmuth Plessner.¹⁰² An der mentalitären Substanz dieser Frage scheint auch die deutsche Einheit nichts zu ändern, betrachtet man die anhaltenden Ausflüchte ins Verfassungspatriotische. Daran könnte *radikale Vielfalt* gut anknüpfen und neue Geschichten erzählen helfen, die freilich Vergangenheit und kulturelles Gedächtnis nicht ausklammern und Zonen des Gemeinsamen ausweisen. Die Konstruktion von Identitäten muss nicht zwingend der desintegrierenden Dekonstruktion weichen, um zeitgemäße Emanzipation zu ermöglichen.

99 Czollek 2020, S. 30.

100 Czollek 2020, S. 178ff.

101 Vgl. Köpping 2018.

102 Plessner 1974, S. 37.

Die Rede von der »postmigrantischen Gesellschaft« hat ihre heuristische Stärke im Betonen eines Transformationsprozesses von realen und imaginierten Eindeutigkeiten in Ambivalenzen und Ambiguitäten, der eine neue, gewiss fragilere Form von Gemeinschaft nach sich zieht.¹⁰³ Diesen Prozess sollte man nicht als Auflösung der deutschen (Dominanz-)Kultur, sondern eben als ihre Transformation im Wort-sinn, als behutsame *Umformung*, verstehen. Er scheint so besehen weniger dekonstruktiv als konstruktiv. Er benötigt durchaus mehr als die von Czollek genannten Ingredienzien, vor allem eben eine Erzählung von Zukunft, die die Menschen aufschließt und sagbar werden lässt, worin das Versprechen dieser Zukunft besteht.¹⁰⁴ Pfadbindungen geben wir nicht auf, weil radikale Vielfalt angeordnet wird, sondern weil wir uns einer gemeinsamen Vision zuwenden und unser ideelles wie praktisches Gemeinwesen darauf ausrichten, es umformen und unsere kollektiven Erinnerungen, Wegmarken und historischen Daten einbringen, sie in Teilen aber anders interpretieren, nicht wegwerfen. Das wäre das Gegenteil von Kulturkampf. In zeitgenössischer Metaphorik könnte man es auch behutsames *Framing* nennen, das entsprechende Narrative erfordert. Universelle Pluralität zieht freilich plurale Erzählungen nach sich, aber eine breite Überlappung in einer *Zone des Allgemeinen* wäre wohl dennoch erforderlich, sonst bliebe Gesellschaft die Summe ihrer Teile. Es wäre da nichts, das sie überwölbt, was verbindet, Resonanz stiftet und Zugehörigkeit begründet, die Summe mehr als die Addition der Vielen erscheinen lässt. Pluralität bedeutet eben nicht, Vereinzelung zu fördern, sondern Vielfalt gesellschaftlich aufzufangen, sie auf diese Gesellschaft zu beziehen, die damit erst entsteht.

Im heutigen Kulturkapitalismus wird Vielfalt jedoch immer stärker in »kulturelle Singularitätsmärkte« gedrängt. »Auf diesen Märkten konkurrieren Objekte, Subjekte, Orte und Ereignisse, teilweise auch Kollektive darum, als Güter mit kulturellem Einzigartigkeitswert erkannt und anerkannt zu werden. Die Singularitäten gliedern sich so in eine Struktur *kompetitiver Singularitäten* ein.«¹⁰⁵ Der Kulturkapitalismus trägt letztlich zu einem Klima erhitzter Identitätspolitik auf seine Weise bei, er verstärkt den mentalitären Grund der Sonderung (Hyperindividualisierung), wie einst die protestantische Ethik den Kapitalismus beförderte. Die damit perpetuierte Selbstverwirklichung treibt uns in eine »Gesellschaft im Singular«, in die »Idiokratie«¹⁰⁶. Damit ist eine Dysfunktion beschrieben, die Terzić mit Platon grundiert: Das Gemeinwohl hält den Staat zusammen, während das Sonderinteresse ihn zerreißt. Auch unsere *radikale Demokratie* ist nur als Staatsform Garant für etwas, das wir teilen und umformen können, das nicht alle Einzelinteressen zu vermitteln vermag, sich vielmehr über Grenzen definiert. Wie weit lassen sich Grenzen verflüssigen?

103 Vgl. Foroutan 2019, S. 111ff.

104 Vgl. etwa Blom 2020.

105 Reckwitz 2017, S. 106f. (Hervorhebung im Original); vgl. auch Boltanski, Esquerre 2018.

106 Terzić 2020, S. 26.

Beim Kulturverständnis sehe ich großes Potenzial, beim Sozialstaat eher nicht, da er sonst schlicht aufhört.

Transkulturalität statt Kulturkampf

Statt Reckwitz zu ideologisieren, wäre es für Czollek im Übrigen produktiver gewesen, nach regressiven Deutungen innerhalb des kosmopolitischen Milieus zu fahnden oder das noch immer zirkulierende Verständnis von Multikulturalismus zu beleuchten, was auch Tibi schon seit Jahren und vor Sahra Wagenknecht getan hat.¹⁰⁷ Denn wir müssen offenbar die Wiederkehr romantischer Vorstellungen über Kultur und Identität feststellen, die das Verhältnis von Gleichheit und Differenz prägen¹⁰⁸ und eine Abkehr von einem universalistischen Kulturverständnis bedeuten. Gemeint ist die Ganzheitsphantasie des Multikulturalismus, die im Kern von homogenen Kulturen und ihrer Begegnung ausgeht. Hat es in den letzten Jahren Aufbrüche gegeben, mit interkultureller Theorie und Politik das Miteinander und Dazwischen zu betonen, kehrt offenbar die abgrenzende Tendenz der Multikulturalität wieder. Hier begegnen wir mit identitätspolitischer Aufladung Herders Kugelmodell, der jede (National-)Kultur als abgegrenzt und gleichsam in sich selbst vollendet dachte. In dem Maße, in dem diese Kulturen aber geschlossen sind, grenzen sie sich nach außen strikt ab. Nach Herder ist der natürliche Staat ein Volk mit einem Nationalcharakter (man könnte auch von nationaler *Identität* sprechen). Problematisch wäre folglich »die wilde Vermischung der Menschengattungen und Nationen«; in ihr wären alle »zusammengeleimt ... in eine brechliche Maschine, die man Staatsmaschine nennet, ohne inneres Leben und Sympathie der Teile gegeneinander.«¹⁰⁹ Kugeln kann man eben nicht miteinander in Beziehung setzen, sie prallen ab oder gehen zu Bruch. Im Angesicht von Migration und realer Durchmischung scheint ein Rekurs auf eine »natürliche« (gottgegebene) Ordnung oder ihren identitären Wiedergänger nicht nur unzeitgemäß, er führt auch zur Verstärkung kultureller Sonderung, wo es eigentlich um die Herausbildung der Zonen des Miteinanders geht. Dies berührt auch die Debatte über »Kulturelle Aneignung«¹¹⁰, die tatsächlich die Frage aufwirft, welche Symbole und Praktiken von Vertretern anderer Kulturen »angeeignet«, adaptiert oder persifliert werden dürfen, ohne die Herkunftskultur zu verletzen oder auszubeuten. Vorausgesetzt werden muss dabei nämlich eine »reine« Herkunftskultur, auf deren Wissens- und Symbolbestände rekurriert werden kann; Dynamik und kulturelle Fluidität führen diesen Ansatz ad absurdum. Malik spitzt

107 Tibi 2016, S. 154ff.

108 Malik 2017, S. 46.

109 Herder o.J., [Neuntes Buch] S. 137.

110 Vgl. Kap. 2.1.

zu: »Die Politik des Multikulturalismus entwickelte sich nicht als Antwort auf Bedürfnisse von Minderheiten, sondern trug vor allem dazu bei, diese Minderheitsgruppen überhaupt erst zu schaffen, indem sie Menschen Identitäten zuwies und die internen Konflikte ignorierte, die innerhalb von Klassen, Geschlechtern und Religionsgruppen bestehen.«¹¹¹ Wir konstruieren also Reinheit, um Pluralität zu behaupten – eine Pluralität der Widersprüche. Diese Art der Identitätspolitik ist in hohem Maße essentialistisch und damit nicht mehr begründungspflichtig. Sie entzieht sich dem universalistischen Denken und der rationalen Argumentation. Statt abschließender sind vielmehr öffnende Gesten vonnöten, um aufeinander hören, Verletzungen einordnen und Verständigung anstelle von Kulturkampf praktizieren zu können.

Seit Jahrzehnten befasst sich nicht zuletzt die Kulturpolitik damit, wie das Leben in einer multiethnischen Gesellschaft, wie »Integration« oder interkulturelles Zusammenleben in einer Multikulturalität zu gestalten seien. Multikulturalismus betont stärker die Eigenständigkeit und Integrität verschiedener Kulturen und setzt Anerkennung von Differenz gegen Assimilationsdruck. Er kann mit dazu beitragen, Rasse und Ethnie wieder über Gebühr in den Vordergrund zu rücken und andere Aspekte von Ungleichheit zu verdrängen. Heute wird dies, wie aufgezeigt, durch Identitätspolitiken unterschiedlicher Ausrichtungen betont und im Umgang mit »unterrepräsentierten Minderheiten« gelegentlich spürbar; schon immer aber besteht eine Suchbewegung nach dem angemessenen Umgang mit Formen der Koexistenz und Vermischung von Kulturen, konzeptionell wie begrifflich. Thomas Rübke und Bernd Wagner haben in ihrer geradezu enzyklopädischen Einleitung in das noch immer höchst relevante Jahrbuch für Kulturpolitik mit dem Schwerpunkt »Interkultur« darauf hingewiesen, dass zum einen Multikulturalität dennoch kein einheitlicher politischer Begriff ist und viele Bewertungen und Konzepte zulässt, zum anderen das »Dazwischen«, also die Zone des Miteinanders verschiedener Kulturen in der multiethnischen bzw. Einwanderungsgesellschaft mehr Aufmerksamkeit reklamiert. »Notwendig ist zuallererst, die traditionellen Kulturen der Einwanderungsgruppen und die neuentstandenen ›hybriden‹ Kulturen der zweiten und dritten Migrantengeneration als gleichwertige Kultur- und Kunstformen der bundesrepublikanischen Kulturlandschaft wahrzunehmen und als solche auch in den Bereich der Förderpolitik einzubeziehen.«¹¹² Interkultur war also bereits der Begriff einer wirksamen Aufmerksamkeitsverschiebung, die die Kulturpolitik resonanzfähiger werden ließ.

Konnte man nach Erwachen Deutschlands als Einwanderungsland also zunehmend die Betonung des »Dazwischen« der Kulturen beobachten, das auch mit Wolfgang Welschs Konzept der Transkulturalität zu einer Verflüssigung von Multikul-

111 Malik 2017, S. 85.

112 Rübke, Wagner 2003, S. 53.

turalität drängte und mit der Globalisierung korrespondiert, erleben wir nun Tendenzen einer identitätspolitischen Wende, die Differenzen betont und gegeneinander stellt. Was Thomas Meyer schon 2002 hellsichtig unter die Überschrift »Geburt einer Ideologie« gestellt hatte, lässt sich auf heutige binnenkulturelle Ausprägungen übertragen: die zunehmende *Politisierung* kultureller Differenz.¹¹³ Die Skalierung wird immer filigraner, aber am Ende bleibt die Tendenz, unveränderliche Eigenschaften zu fixieren, die Veränderung im Ganzen erschweren.¹¹⁴ Malik bringt es in seinem luziden Text sehr treffend auf den Punkt: »Soziale Solidarität wird immer weniger in politischen Kategorien gedacht und immer mehr in Kategorien wie Ethnizität, Kultur oder Religion. Die Menschen stellen sich immer weniger die Frage, ›In welcher Gesellschaft will ich leben?‹, sondern immer mehr ›Wer sind wir?‹«¹¹⁵

Neue Ordnungsmodelle sind gefragt, Wege aus dem »apertistischen« (öffnenden) Liberalismus (dessen Vielfalt zur Abgrenzung gerät) hin zu einem »einbettenden«, regulativen Liberalismus, wie dies Reckwitz beschreibt. Dieser könne das »linksliberale Modell des Multikulturalismus nicht ohne weiteres fortführen«, sondern müsse zu einem gemeinsamen Grundrahmen finden.¹¹⁶ Hilfreich ist dabei sicher die Feststellung von Wolfgang Welsch – der in der Kulturpolitik leider zu wenig rezipiert wurde –, dass Kulturen nie rein waren und Transkulturalität schon immer herrschte; allerdings sei ihr Ausmaß in den letzten Jahren stark angestiegen.¹¹⁷ Insbesondere durch globale Kommunikationstechnologien und Mobilität würden die Individuen *in sich* transkulturell, auch seien politische und kulturelle Geografien nicht mehr deckungsfähig.¹¹⁸ Welsch spricht sich für »durchlässige Verankerungen« aus, in jedem Fall für die Aufgabe von Homogenitätsvorstellungen in der Kultur. Solch ein Kulturverständnis könnte wesentlich dazu beitragen, einen »Grundrahmen« für ein Miteinander abzustecken und die Basis für eine gesellschaftliche Erzählung zu stellen, deren politische Kultur nicht in Kosmopoliten (Linksliberale) und Heimmattreue (Rechte) zerfällt. Sie wäre auf der Basis einer überzeugenden Kulturpolitik sicher auch abweisend gegenüber identitätspolitischen Konzepten, deren Voraussetzung Ganzheitsphantasien von »Herkunftskulturen« oder Anerkennungsrituale sind, die überstark auf Minderheitenschutz abzielen und Unveränderlichkeit einfordern.

113 Umgekehrt kommt es zur »Kulturalisierung der Politik« (Manow 2018, S. 102); beides sind Anzeichen von Populismus.

114 Meyer 2002, S. 39.

115 Malik 2017, S. 25.

116 Reckwitz 2017, S. 298ff.

117 Welsch 2017, S. 25.

118 Welsch 2017, S. 21.

Kulturpolitik in der Krise des Allgemeinen

Aleida Assmann hat jüngst in einem bemerkenswert klaren Text das Konzept der Nation rehabilitiert.¹¹⁹ Darin hat sie nicht nur darauf verwiesen, dass es einen Unterschied zwischen einer demokratischen Nation und totalitärem Nationalismus gibt, sondern auch darauf, dass kein Verfassungstext die Erzählungen und Erfahrungen der Menschen ersetzen und für sich allein stehen kann. Allen, die in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit von Identität leugnen, weil diese für Unveränderlichkeit und Stillstand stehe – etwa Jullien¹²⁰, auf den auch Assmann ausführlich eingeht – hält sie entgegen: »Identität ermöglicht Selbstreflexion und Orientierung; deshalb ist sie als Selbstbezug und Arbeit des Bewusstseins und der Imagination als Entwurf, Angebot, Projekt oder Rahmen für Individuen wie für Gruppen unverzichtbar.«¹²¹ Man solle den Begriff daher nicht den Identitären überlassen, sondern die Veränderlichkeit, die der Nation (genau wie der Kultur) innewohnt, dafür nutzen, auf der Grundlage unserer Erfahrungen eine »zivile Nation« zu schaffen.

Den konstruktiven Charakter von Nation hatte einst Benedict Anderson herausgearbeitet, genauso wie er auf die Entstehung von Nationalismen einging – die eben nicht die logische Folge des Nationalen sind und ihm nicht immer folgen müssen.¹²² Nation muss eben keine ethnisch bestimmte, am Ende militant-defensive oder gar invasive Einheit sein, sondern kann ein *zuwachsöffnender*, immer wieder auch auszuhandelnder *Wertekosmos* sein – wenn Demokratie herrscht.

Demokratie ist abermals das Stichwort, sie kam bereits als geschwächte, von Zerfallserscheinungen geprägte Regierungsform zur Sprache. Hier zeigt sich, wie wichtig sie auch für den gesellschaftlichen Identitätsrahmen ist. Demokratie ist nicht universalisierbar und als kosmopolitische Ordnung einfach weltweit umsetzbar, sie bleibt notwendig begrenzt und bedarf des (National-)Staates. »Diese Verbindung mit ihrer nun mehr als zweihundertjährigen Geschichte lässt sich nicht verlustfrei aufkündigen.«¹²³ Weiter stellt Manow fest, dass wir keine moderne Demokratie kennen, die nicht eine staatliche wäre.¹²⁴ Was sich allerdings entgrenzt und die Staatlichkeit herausfordert, sind die Märkte. Dies gerade vor dem Hintergrund der Informations- und Netztechnologien, die global mit den Finanzmärkten korrespondieren und eine neue Ära des digitalen Kapitalismus eingeleitet haben.¹²⁵ Universell sind also die Märkte, die Demokratie jedoch bedarf der Einhegung und

119 Assmann 2020.

120 Jullien 2017, S. 45ff.

121 Assmann 2020, S. 98.

122 Vgl. Anderson 1996, S. 72ff.

123 Manow 2020, S. 159.

124 Manow 2020, S. 162.

125 Vgl. Vogl 2021, S. 82.

der Identität.¹²⁶ Das Staatsvolk, das nicht ethnisch homogen sein muss, aber auch nicht »desintegriert« funktionieren dürfte, benötigt ein Wir. Zwischen radikaler Vielfalt und biodeutschem Wir dürfte es mehr geben als die Lücke der Missverständnisse, Klischeeerwartungen und Integrationszumutungen. Hier gilt es, Gesellschaft als fortlaufende Wertedebatte zu begreifen und die Gravitationskräfte rechter wie linker Kulturalisierungsregime zu überwinden. Kulturpolitik in ihrer heutigen gesellschaftspolitisch aktiven Form ist nicht die Handlangerin ideologischer Systeme oder Agens der Umsetzung von Hegemonieansprüchen; wenn etwas die Hegemonie erringt, ist es der Informations- bzw. Finanzkapitalismus. Kulturpolitik steht für eine antihegemoniale Geste, sie lässt Trägerpluralität, Diversität und Selbstorganisation nicht nur zu, sondern fördert diese. Kulturpolitik findet jenseits staatlicher Wirkungs doktrin statt, sie ist vielstimmig. Ihr Ziel bleibt einzig die Sicherung eines Möglichkeitsraumes der Emanzipation, Bildung und Utopie, als Instrument einer Kulturrevolution kommt sie allenfalls in diesem Spektrum in Betracht. Eher bliebe ihr die Evolution im Sinne eines kulturellen Ökosystems (bezogen auf die kulturelle Infrastruktur), alles Instrumentelle und Totalitäre sollte von ihr ferngehalten werden.

Im *Allgemeinen* verbirgt sich auch das durchschnittliche Subjekt, das sich an allgemeinen Erfordernissen ausrichtet oder das von Kanonisierungen geprägt ist. Liest man etwa die Geschichte des europäischen Bildungs kanons, geht es zunächst um die Perspektive einer bestimmten, nämlich der bürgerlichen Oberschicht. Diese hat aber wiederum die sozialdemokratische Teilhabepolitik und damit ein bestimmtes Menschenbild geprägt. Wir haben uns von der bürgerlichen Kultur emanzipiert, aber zehren von ihrem Erbe in unseren Bildungsvorstellungen, Institutionen oder ästhetischen Aneignungsweisen. Und wir schaffen auch nachbürgerliche Formationen kultureller Überzeugungen, deren Einordnung und Tradierung nicht nur mit unserem Ordnungssinn zu erklären sind. Wenn wir uns heute gegen Kanons (des Wissens, der künstlerischen Werke) stellen, muss uns bewusst sein, dass die berechtigte Kritik und Dekonstruktion von Privilegien und Machtformationen nicht darin aufgehen kann, alles zu nivellieren und die gesellschaftliche Produktion von Bedeutung stillstellen zu können.

Ich muss gestehen, dass mich Manfred Fuhrmanns Forderungen – so unzeitgemäß sie auf den ersten Blick erscheinen mögen – überzeugen, nämlich dass wir eines elementaren Bildungs kanons bedürfen.¹²⁷ Ohne Schnittmengen, ohne die Anstrengung, sich auf gemeinsame Ziele zu verständigen, kann eine Gesellschaft nicht bestehen. Es ist kein Zufall, dass es eine umfassende Suchbewegung zu *Commons* im Sinne von Gemeingütern gibt. Hier geht es nicht nur um natürliche Ressourcen und den gerechten Umgang mit ihnen, sondern ebenso um immaterielle Gü-

126 Damit ist nicht gesagt, dass die Einhegung der Finanzmärkte nicht auch sinnvoll wäre.

127 Vgl. Fuhrmann 2004, S. 229ff.

ter und ihren Einsatz in der Wissensgesellschaft. Und es geht aus meiner Sicht um eine Denkfigur der Gegenläufigkeit. Felix Stalder kontrastiert in Hinblick auf den digitalen Wandel Postdemokratie und Commons.¹²⁸ Erweiterte Beteiligungs- und Entscheidungschancen müsse man nutzen, Beteiligung auch wirklich mit Entscheidung zu koppeln. Hier kämen also die Vielen und das Allgemeine neu zum Zuge, wenn wir zur Digitalität eine entsprechende politische Haltung entwickeln. Es liegt eben nicht im Wesen von Technologien, Gesellschaft nach ihrem Bilde zu formen, sondern Technologien entstehen als kulturelle Veränderung. Dass sie Einfluss auf Dynamiken gesellschaftlicher Entwicklung nehmen, ist unbestritten, aber sie sind kein Schicksal, dem man sich ergibt. Und so lese ich auch Reckwitz, dessen Analyse man als Appell begreifen kann, über Grenzen der Individualisierung nachzudenken und Angebote zu schaffen, die Menschen von ihrer Selbstüberhöhung entlasten, ihnen neue Formen kollektiven Erlebens ermöglichen, und zwar auch über die eigene Lebenszeit hinaus: Commons tragen nicht zuletzt eine intergenerationelle Balance in sich, sie fragen sowohl nach den Leistungen jener, die Güter erzeugen, als auch nach dem treuhänderischen Umgang mit ihnen, nehmen uns also nicht als »finale singuläre Verwerter«, sondern als eine Etappe im gesellschaftlichen Prozess wahr. Auch kulturelle Infrastrukturen können wir als Commons verstehen, die wir mit einem entsprechenden Habitus in die Gesellschaft der Singularitäten einbringen und gegen die Abwertung des Verbindenden stark machen sollten. Eine Kulturpolitik jenseits des Allgemeinen kann es nicht geben; Kulturpolitik ist auf Verbindungen angewiesen, wenngleich wir Verschiebungen erkennen und insbesondere die veränderten Rezeptions- und Geltungsbedürfnisse der Menschen aufnehmen müssen. Interessant ist ja, dass Reckwitz Krisen identifiziert, die die Gesellschaft der Singularitäten verursacht, Krisen, die wir bewältigen müssen. Sie betreffen die Individuen wie das Kollektiv gleichermaßen, das heißt, von Problemlösungen profitieren beide Seiten.

Ein wichtiger Beitrag der Kulturpolitik könnte zunächst darin bestehen, das Krisenbewusstsein zu stärken, denn oft gewinnt man den Eindruck, dass die Hyperindividualität – bestärkt durch den Markt und den »ästhetischen Kapitalismus« – als Heilsversprechen betrachtet wird. Genau das ist sie nicht. Die Emanzipation des Einzelnen endet dort, wo er mit sich alleingelassen wird und die Gesellschaft unterminiert. Hier ist auch die Schattenseite der Digitalisierung angesprochen, die auf einer »zunehmende(n) Atomisierung und Narzifizierung der Gesellschaft« aufsetzt und algorithmisiert die Filterblasen der Netzidentitäten verstärkt und den demokratischen Diskurs gefährdet¹²⁹. Denn Demokratie lebt von Gemeinschaftserfahrungen, nicht von Fragmentierung und Rückzug aus einer *geteilten Lebenswelt*.

128 Vgl. Stalder 2016, S. 245ff.

129 Han 2021, S. 45.

»Kulturpolitik für mich« wäre dann der programmatische Ausdruck einer talkkapitalistischen Zuspitzung auf den einsamen Konsumenten oder Smartphon-Identitären. Oder – die andere Seite des Extrems – die Ausgestaltung der Safe Spaces jener, die die »rassifizierten Kultureinrichtungen« verlassen und von institutionellem Rassismus unbelastete Orte fordern, wie das Kollektiv Schwarzes Haus in Düsseldorf, ausgehend von den Verwerfungen am dortigen Schauspielhaus Anfang 2021. Natürlich ist es nicht damit getan, die Kultureinrichtungen lediglich für jene zu *öffnen*, die unterrepräsentiert und/oder migrantisiert sind, sie müssen sich auch *verändern*. Und natürlich müssen wir an strukturellen Problemen von Kulturbetrieben arbeiten. Unsere Kulturpolitik ist gleichwohl geprägt von einer kollektiven Wohlfahrt, von einem Gewinn an Allgemeinem und der Robustheit in der Verhandlung von Disparatem, vor deren möglichen Verletzungen man nicht warnen kann, ohne den zivilen Habitus einzubüßen. Ulrike Guérot meint in diesem Zusammenhang der Verschiebung von Freiheit zu Sicherheit: »Die aufgeklärten, erwachsenen mündigen Bürger*innen wissen, worauf sie sich einlassen, sie haben prinzipiell kein Anrecht auf Schutz und müssen auch nicht geschützt werden, weil sie selbstverantwortlich sind: Sie sind wehrhaft.«¹³⁰ Davon zeugt auch der Anspruch, Kulturpolitik sei Gesellschaftspolitik, oder die Rede von einer kulturellen Demokratie. Daran festzuhalten, bedeutet gemeinsame Arbeit an etwas Gemeinsamem, nicht Rückzug in Schutzräume oder die digitale Filterblase der Selbststabilisierung durch algorithmische Bestätigung. Unser Denken und Handeln ist gerichtet auf gesellschaftliche Kohäsion, nicht auf den singulären Verwerter oder das bloße Rückzugsgefecht. Hier muss auch eine aktualisierte Narration für Kulturpolitik in der zurückgewonnenen liberalen Demokratie ansetzen und den Diskurs neu entfachen, wo der Gemeinsinn verlorengegangen scheint¹³¹ und wir eben auch in einer narrativen Krise stecken¹³².

Wer entscheidet am Ende über das Maß an Zusammenhalt in einer Gesellschaft, den Bedarf an Bindekräften, Traditionen, Trägermedien kultureller Identität oder Toleranzkorridoren für das je Andere, Minoritäre, wer entscheidet über die Wirksamkeit neuer Konzepte von Identität und kosmopolitische Strategien der Öffnung? Die Menschen in ihrer Praxis, indem sie sich unterscheiden, binden, einander tolerieren, Wege des Miteinanders finden, aber sich auch abgrenzen. Kultur bleibt dabei ein Differenzbegriff (der auch Mehrheiten und Dominanten enthält), der Zonen von Verbindungen untrüglich markiert, aber auch separiert (ob uns das gefällt oder nicht). Kultur ist nie nur das, was wir wollen, sie ist primär das, was Menschen können und einfach tun. Das müssen wir beachten, wenn wir über die Kraft der Imagi-

130 Guérot 2021, S. 72.

131 Han 2021, S. 50.

132 Han 2021, S. 78.

nation nachdenken. Kulturpolitik ist nicht technokratisch, sondern nur kommunikativ und reflexiv umsetzbar; gleichwohl:

Entwirft auch die Kulturpolitik wieder Bilder von Zukunft?

1.3 Transformatorische Kulturpolitik und adaptives Kulturmanagement

Die Corona-Pandemie und die weitreichenden Maßnahmen der Bundesregierung sowie der Landesregierungen, die die Kultur über Gebühr einschränkten, waren nicht nur Auslöser von Krisen, sondern ließen wie in einem Brennglas schon länger bestehende strukturelle Schiefen des Kulturbereichs sichtbar werden. Wir leben in einer Zeit umfassender Transformationen, die wir auch in neue Konzepte von Kulturpolitik und Kulturmanagement übersetzen und fruchtbar machen müssen. Gerade der Kulturbereich ist schließlich in der Lage, Kommunikation zu organisieren, Wertedebatten zu führen und sich mit überkommenen Beständen, Repertoires, Kulturgütern, Techniken und Usancen ihrer Aneignung auseinanderzusetzen. Kultur bedeutet permanente Arbeit am Selbstbild einer Gesellschaft. Kultur ist aber auch das Band, das Regionen, Nationen und Sprachbarrieren überwinden und Beziehungen knüpfen kann; dafür stehen nicht zuletzt die großen Mittlerorganisationen wie das *Goethe-Institut* oder das *Institut für Auslandsbeziehungen (Ifa)*. Gerade das *Goethe-Institut* hat in den letzten Jahrzehnten immer wieder seine kulturpolitische Strategie verändert, um in einer multipolaren Welt optimal wirken zu können; mit der Koalitionsvereinbarung von 2005 wurde Kulturpolitik wieder als dritte Säule der Außenpolitik proklamiert. Neben der Stärkung bestehender Schwerpunkte und Strukturen sowie dem Ausbau der multilateralen Zusammenarbeit sowie der Förderung von Deutsch als Fremdsprache ging es auch um die Unterstützung von Projekten der Kultur- und Kreativwirtschaft und eine engere Verzahnung von Kulturarbeit und Entwicklungszusammenarbeit.¹³³ Das Verhältnis von Innen und Außen ändert sich in einer globalisierten Welt dabei zunehmend, die Politiken beider Wirkungsbereiche müssen stärker aufeinander bezogen und möglicherweise sogar wechselseitig integriert werden.¹³⁴

Vielleicht sollte die Kulturpolitik Wandel besonders aktiv gestalten, um Medium gesamtgesellschaftlicher Lernfähigkeit und Verständigung sein zu können. Gerade Kultureinrichtungen sind am Ende doch stets Sedimente gesellschaftlicher Bewegungen, die auf längere Zeit Gemeinschaft stiften und erneuern, weil sie Podien darstellen, Aktionsräume, aus denen gezielt, kulturpolitisch gesteuert oder motiviert, Neues entstehen, durch gute Governance Bewusstseinswandel unterstützt werden

133 Vgl. Lentz 2021, S. 213.

134 Vgl. Grätz, Hilgert 2021.

kann, wie etwa Julius Heinicke am Beispiel des Theaters und seiner Beiträge für Vielfalt zeigt.¹³⁵ Solche Orte der ästhetischen Kultur (re-)produzieren zwar Normalität, zeigen aber immer auch Wege aus dieser heraus, antizipieren, bieten Räume und Instrumente für Alternativerkundungen. Ihr Personal, ihre kreativen Partnerinnen und Partner, ihre Techniken sind auf Exploration spezialisiert.

Die »Krise des Allgemeinen« ist der gesellschaftlich wohl spürbarste Ausdruck von Wandel und prägt Mentalitäten; sie steht aber in Beziehung mit anderen Transformationen und macht es schwer, Kräfte auf die Gesamtgesellschaft zu fokussieren, um etwa die transnationale, globale Klimakrise zu bewältigen. Carsten Brosda hat begonnen, »Notwendige Debatten nach Corona«, so der Untertitel seines Buchs »Ausnahme/Zustand«, anzustoßen. Für die Kulturpolitik ist er noch vorsichtig und fokussiert auf die Leistungen der Kultur für die Gesellschaft, aber auch ihre Zweckfreiheit. Wichtig sei zudem auch künftig die Sicherstellung der notwendigen Rahmen- und Förderbedingungen.¹³⁶ Im Besinnen und Konsolidieren verbirgt sich aber der Nukleus, letztlich die Kompetenz für Veränderung.

Wandel erkennen und gestalten

Brosdas Hinwendung zum tragenden Gefüge von Kultur traf den Ton in einer gerade für Künstlerinnen und Kulturakteure schwierigen postpandemischen Zeit. Ich möchte diesen Impuls aufnehmen und bestärken. Kulturpolitik sollte spätestens jetzt anfangen, die bekannten Großtrends des Wandels zur Setzung neuer Rahmenbedingungen für ihr Wirkungsgefüge aktiv zu nutzen. Wir werden nicht komplett in den Zustand vor der Pandemie zurückkehren können, nicht nur im Kulturbereich. Allein die Publikumsentwicklung hat das gezeigt. Vielmehr beschleunigt die Pandemie die längerfristige Veränderung der kulturellen Infrastrukturen, und wir sind gut beraten, nach einer resilienten Kulturlandschaft zu fragen bzw. Konzepte für deren Herstellung zu entwickeln. Folgende Fragen stellen sich aus meiner Sicht gegenwärtig: Was vermissten die Menschen im Kultur-Shutdown tatsächlich elementar, wofür setzten sie sich ein? Welche Kultureinrichtungen oder Künstlerinnen schafften es, den Draht zu ihren Nutzern zu halten? Welche Bedingungen dafür gab es, welche Methoden waren erfolgreich? Was hat das mit Resonanz und Innovation zu tun? Welche Modelle oder Rollenbilder wirkten oder versagten? Wie waren die wirtschaftlichen Bedingungen und rechtlichen Rahmensetzungen beschaffen, um reagieren zu können? Überhaupt: Ist Reagieren nicht das entscheidende Element in dynamischen Zeiten? Wie ist das Verhältnis zwischen Tradieren und Erneuern?

Hinter diesen Beobachtungen, die in gewisser Weise auch einem Feldversuch entspringen, verbergen sich bekannte Forschungsfragen nach Besucherorientie-

135 Vgl. Heinicke 2019, S. 160ff.

136 Vgl. Brosda 2020b, S. 120.

rung, Vermittlungsformen, Dialog und Beteiligung, institutionellem Eigensinn und Pfadbindungen oder aber Entwicklungs- und Innovationsfähigkeit. Auch nach Hemmnissen im Zuwendungs- oder Gemeinnützigkeitsrecht. Diesen Fragen sollten wir uns jetzt verstärkt zuwenden, ohne freilich Corona zum Maß der Wirkungsdinge zu erheben. Aber die Krise hat mehr als einen heuristischen Wert, sie zwingt uns, beherzter Zukunft zu antizipieren.

Transformationen – die »Große Transformation«

Gehen wir also einen Schritt weiter. Es gilt, auf ein ganzes Bündel an Transformationen zu reagieren: eine fortschreitende Globalisierung, einen sozial-ökologischen Wandel, den die EU als »Green Deal« ausgerufen hat und mit dem wohl endgültig das Ende der auf Wachstum programmierten Industriegesellschaft eintreten wird, schließlich die Digitalität als Modus der Weltwahrnehmung und -gestaltung, nicht nur als technologische Innovation von Digitalisierung, wie sie etwa in der Künstlichen Intelligenz (KI) als neuer »Allzwecktechnologie«¹³⁷ zum Tragen kommt, die den Status von Innovationen, wie es einst die Dampfmaschine oder der elektrische Strom waren, beansprucht, sowie weltweite Migrationsbewegungen. Schließlich transformiert sich auch die Kreativität: Sie gerät zur allgegenwärtigen, treibenden Kraft und ist nicht mehr nur Sache der Künste, der Künstlerinnen und Künstler oder eines erweiterten Kulturbegriffs. Kreativität wird ubiquitär, Treiber von Entwicklung und Wertschöpfung.

Die Coronakrise wirkt insofern katalytisch, als sie uns zwingt, neue Relevanzen für unser Wirkungsfeld zu erkennen und uns auf Veränderungen einzustellen. Dabei gilt es, ein fatales Wahrnehmungsmuster zu überwinden. Die Corona-Pandemie wurde oft nur als Unterbrechung des »Laufs der Dinge« aufgefasst: Nach deren Ende – auch der Begriff der »Übergangshilfen« stützt dieses Bild – kehren wir zur Normalität zurück. Die gesellschaftliche Wirklichkeit aber ist eine andere: Wir erleben radikale Wandlungsprozesse; Andreas Reckwitz spricht vom »Ende der Illusionen«¹³⁸, d.h., unser bisheriges westliches Fortschrittsmodell gelangt an sein Ende.¹³⁹ Wir können und sollten auch nicht mehr an alle Routinen der Vor-Corona-Zeit anknüpfen, sondern den Riss im Alltagshandeln als kognitive Weitung begreifen.

137 KI verändert also auch den Kulturbereich und fordert sowohl die Definition von Kreativität heraus als auch den Schutz der Kreativen, und sie stellt besondere Herausforderungen an die Bildung, die Schulung des Umgangs mit ihr. Wenn KI so funktioniert, dass sie das/ein System aufgrund von Erfahrungen verbessert (Prinzip der Rückkopplung) und insofern lernt, müssen wir lernen, sie einzusetzen und zu steuern, ihre Wirkungsweise sinnvoll auf uns zu beziehen. Vgl. grundlegend Rosengrün 2021, S. 59ff., 159ff.

138 Vgl. Reckwitz 2019.

139 Ingolfur Blühdorn hat diesen Befund aktuell untersucht und unter dem Topos »Unhaltbarkeit« gefasst. Vgl. Blühdorn 2024, S. 38.

Normalität, zu der wir zurückstreben, ist nichts Gegebenes, sondern etwas Gemachtes, wie Stephan Lessenich herausarbeitet. Der »Prozess der Produktion und Produktivität von Normalität lässt sich als Normalisierung bezeichnen«¹⁴⁰, er enthält normative, empirische und evaluative Dimensionen, die Lessenich für die Erfahrung und Akzeptanz von Normalität ausmacht. Und normal ist offenbar auch die restaurative Tendenz, gerade weil die Dimensionen des Wandels und der notwendigen Veränderungen, die wir selbst daraus ableiten und gestalten müssen, noch nicht vollständig erkannt, akzeptiert und politisch operationalisiert worden sind. »Die modernen Vorstellungswelten ökonomischen Wachstums, technologischer Naturbeherrschung, nationaler Souveränität, sozialer Integration und kultureller Dominanz sind nach wie vor lebendig.«¹⁴¹ Über das Maß ihrer Veränderung muss gesellschaftlich und politisch verhandelt werden. In Hinblick auf kulturelle Identität zum Beispiel reicht die Spannweite der Proklamationen von völliger Infragestellung bis zur Affirmation der Kulturnation als Rechtsgut.¹⁴² Veränderungen reiben sich an unserer gefühlten Normalität, die sich im bislang Gewohnten einzupegeln strebt, wir beobachten eine neue Qualität von Wandel:

	<i>Veränderungsbeispiel</i>	<i>Modus</i>
Reform	Sozialliberale Reform (Willy Brandt)	Korrektur der Ordnung/alten Pfade
Integration/ Assimilation	(temporärer) Zuzug Gastarbeiter Beitritt der DDR	} Wiederherstellung der Ordnung
Transformation/ Revolution	Digitalität, Nachhaltigkeit	
		Genetischer Wandel/neue Pfade

Bestimmte Trends führen dazu, die Zentrifugalkräfte zu stärken, von denen moderne Vorstellungen von integriertem Wachstum schon länger erfasst sind: Individualisierung, Verlust oder auch Negation des Bildungskanons¹⁴³, Pluralisierung der Lebensstile und Weltdeutungen, Medialisierung, Ökonomisierung und Entstehung neuer Märkte, Globalisierung, Migration und Regression¹⁴⁴ (Populismus bzw. Krise der Demokratie und Erstarken des Autoritarismus) sowie Klimawandel und Knappheit von Ressourcen. Es ist diese Mischung aus Persönlichkeitsmerkmalen, westli-

140 Lessenich 2022, S. 26.

141 Lessenich 2022, S. 120.

142 Vgl. Jullien 2017 bzw. Wagener 2021, S. 85ff.

143 Vgl. Fuhrmann 2004.

144 Im Sinne von Geiselberger 2017.

chem Kulturmodell und internationalen Interdependenzen, die es kompliziert und schwer steuerbar macht.

Möglichkeiten des Kulturbereichs – Reaktionen der Politik

Dem Kulturbereich ist von seiner Konstitution her große Reaktionsfähigkeit und Agilität eingeschrieben: Die kommunale Selbstverwaltung (Art. 28 GG, Länderverfassungen) erlaubt ihm vielfältige, weitgehend autonome Entscheidungen und Entwicklungsmöglichkeiten, die sich lokal einfügen und subsidiär durch Förderpolitiken verstärkt werden können. Die örtliche Gemeinschaft kann partizipativ entscheiden und erlebbare Wirksamkeit entfalten. Es herrschen kaum gesetzliche Normierungen vor, Kultur als freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe folgt keinen staatlichen Pflichten oder wird nicht – wie andere Aufgaben – für den Staat vollzogen (übertragener Wirkungskreis). Natürlich gelten auch übergeordnete Gesetze (z.B. Urheberrecht), aber wenn man etwa den Kanon des Baurechts (Bundesrecht) mit dem des (kommunalen) Kulturrechts¹⁴⁵ vergleicht, wird der qualitative Unterschied und Gestaltungsgrad der örtlichen Gemeinschaft evident. Der Kulturbereich, die örtliche Kulturpolitik, ist Ausdruck lokaler bzw. regionaler Besonderheiten, Prägungen, Traditionen, Innovationen; jegliche Gestaltung kann die Menschen unmittelbar dort abholen, wo sie wurzeln, ihre »Normalitätsbedürftigkeit« leben. Es gibt eine Vielfalt an Umsetzungsmöglichkeiten (dauerhaft institutionell, projektbezogen, kooperativ, fördernd/begleitend) und schließlich auch die Option, spezielle Förderinstrumente zu entwickeln (Ortsrecht).

Gleichwohl reproduziert Politik im Kulturbereich noch zumeist dieselben Normalitätsbedürfnisse, die die Menschen generell regelmäßig prägen, obwohl sie Veränderungsbedarf erkennen und darauf reagieren können sollte. So kommt es häufig zur Verteidigung der Bestände und geförderten Akteure (»gewachsene Kulturlandschaft«), wird Neues allenfalls hinzugenommen (additive Kulturpolitik), gibt es auch indirekt kaum Einfluss auf die Programme der Kultureinrichtungen und geförderten Akteure (weites Autonomieverständnis). Das Verteilen öffentlicher Mittel für kulturelle Zwecke wird oft im Sinne von Beschenken und Interessenausgleich vollzogen, da man sich um Kriterien und den eingestandenermaßen oft undankbaren Versuch drückt, Konzepte und echte Antragsplanungen einzufordern bzw. zu entwickeln, und Kultur für inkommensurabel, kurzerhand für subjektiv erklärt. Kultur verklärt sich so als das Immer-Gute, das tendenziell bedroht ist – daher wird der förderstrategische Zugriff als Zumutung, Angriff, unbotmäßige Einmischung abgewehrt. Es sei denn, man hat Beiräte oder Expertengruppen berufen, die eine Erwartungshaltung an kriteriengeleitetes Entscheiden im politischen Raum entfalten, was in größeren Städten überall der Fall ist. Es bleiben aber genügend Entschei-

145 Vgl. etwa Scheytt 2005; Lenski 2013.

dungsvorlagen oder Anträge aus dem politischen Raum, die befriedend, klientelorientiert oder explizit wahlkampforientiert ausfallen. Dennoch ist Kulturpolitik traditionell und noch immer ein schwaches Politikfeld, das kaum eine Profilierung von Politikerpersönlichkeiten erlaubt; Stadt- und Gemeinderäte oder Landtagsabgeordnete mit dem Prädikat »Kulturpolitischer Sprecher« gelten oft als minder bedeutsam mandatiert, ihre Auswahl gilt »innerhalb der Fraktionen eher [als] Strafversetzung [denn] als Vertrauensbeweis«,¹⁴⁶ wie man es pointieren könnte.

Haltungen entwickeln, Zielbilder diskutieren

Am Bild der reaktiven, auf Ausgleich und Absicherung orientierten Kulturpolitik wäre zu rütteln, der gelingenden Zukunft halber. Herausforderungen müssen wir annehmen, eine Lust auf Gestaltung entwickeln, Pfadbindungen in Frage stellen, Dinge neu denken: Kultur ist keine »Ablagerung«, sondern Konstruktion von Wirklichkeit. Die alten Avantgarden verfolgten die Utopie, Kunst und Leben zu verbinden, Entkoppelungen zu überwinden. Die Wirksamkeit eines erweiterten, als Lebensweise aufgefassten Kulturbegriffs trägt dazu bei, diese Entkoppelung abzutragen, allerdings kippt die gewonnene Kraft des Ästhetischen für die Gesellschaft in ein überbordendes Verwertungsinteresse der Kreativität, den »ästhetischen Kapitalismus«.¹⁴⁷ Dabei verschwistern sich die einst das Bildungsbürgertum konstituierende Geschmacksästhetik und die ästhetische Ökonomie.¹⁴⁸ Mit anderen Worten: Ein elaborierter Markt der Distinktion und der Selbsterfahrung ist entstanden, dessen inhärentem Individualisierungsfetisch neue kollektive Zielbilder nur schwer zu entleihen sind.

Dabei kommt es auf neue Zielbilder, neue Geschichten an. Ohne Narration, die uns verbindet, mitnimmt, aufbrechen lässt, ist eine transformatorische Kulturpolitik so wenig umzusetzen wie jegliche andere Änderung des Verhaltens in einer Welt, die unter der Last des westlichen Kulturmodells und seiner Verwertungsansprüche leidet. Philipp Blom unterstreicht die Lesbarkeit der Welt durch Geschichten; »erst wenn sie dramatisiert werden, wenn sie Teil eines leidenschaftlichen Kampfes werden, wenn sie einprägsame Bilder schaffen, können Ideen zu Geschichten werden, die Haltungen und Handlungen schaffen«.¹⁴⁹

Eine andere Schwierigkeit, neue Geschichten zu erzählen, besteht darin, dass die Transformationen nicht zielgerichtet verlaufen, wir erst geben ihnen Profil, entleihen ihnen Modelle des guten, nachhaltigen, am Ende wohl glücklicheren

146 Burstein 2022, S. 40.

147 Vgl. Böhme 2016.

148 Vgl. Böhme 2016, S. 80 und S. 101.

149 Blom 2020, S. 77.

Lebens. Momentan herrscht vor dem Hintergrund der zurückweichenden Verfügbarkeit und Verteuerung von Welt ein Bild der Verknappung, des Verzichts oder des entmutigenden Umbaus (etwa des Energienetzes) und der beängstigenden, zunächst auch teuren Technologien (etwa Geothermie).

Wenn wir beim Diktum bleiben, dass Kulturpolitik Gesellschaftspolitik sei, müssen wir die Identifikationskraft der Menschen stimulieren mit Zielbildern, die aus Wandel Kraft beziehen und Transformation als Chance begreifen, sich neu einzurichten und die Welt unter einigen veränderten Prämissen zu betrachten. Transformatorische Kulturpolitik ist zunächst dieser Wille, Sprache und Bilder für die Zukunft zu finden und Entwicklungspfade bewusst in Frage zu stellen, Agilität als Haltung und Methode der Ansatz, Entwicklung anders aufzunehmen als bisher. Zu beidem gehört die Ehrlichkeit, dass Transformation wirklich Veränderung heißt, und sie beginnt mit der bewussten Infragestellung aller Routinen, die wir bis jetzt zur Anwendung gebracht haben. Dies nicht als Verlust, Gefahr, Scheitern, Entwurzelung zu erleben, müssen die neuen Bilder erst evozieren.

Transformatorische Kulturpolitik ist noch kein Konzept, eher ein Richtungsimpuls, eine Aufforderung, gemeinsam zu gestalten und Ziele zu definieren, Leitbilder, Thesen zur Kultur in der Stadt, im ländlichen Raum, in der Region, und in der Definitionsarbeit auch sprachfähig zu werden. Wir müssen dabei deutlich die Perspektiven weiten (inter-, trans- und multidisziplinär, öffentlich, an Vielfalt und Diversität orientiert) und Kulturpolitik in integrierte, ein Gemeinwesen ganzheitlich in den Blick nehmende Planungen einbringen. Konzeptbasierte Kulturpolitik bleibt der Schlüssel zum Beziehen von allgemeinen Trends und Prozessen auf die Anforderungen und Zielbilder im Kulturbereich.

Veränderungsbereite Kulturlandschaft – Kulturmanagement

Eine resiliente, also widerstandsfähige, lernfähige, veränderungsbereite Kulturlandschaft erlebt eine Krise als Chance des Umbaus, der Anpassung an neue Verhältnisse und Interessen. Sie lebt also nicht mehr von Wachstum und anderen Verteilungsgesten, sondern wohl künftig stärker von der Konzentration auf Wesentliches und Agilität. Sie setzt nicht einfach Routinen fort, sondern prüft deren Bedeutung und Akzeptanz heute. Sie ist kritisch und selbstkritisch. Förderpolitiken werden nicht extensiviert, sondern intensiviert, auf Wirkungen und Resonanz ausgerichtet. Kulturförderung bedeutet Verpflichtung zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung; so gibt es auch keine »Antragslyrik« mehr, die als Platzhalter echter Konzepte dient und lediglich den Antragsteller formal legitimiert. Einer resilienten Kulturlandschaft liegt ein politisches Bekenntnis zugrunde, das ihre Gestalt sichert und nicht nur zulässt, was ohnehin geschieht. Kulturpolitik wird nur dann in dynamischen Zeiten größere Bedeutung erlangen, wenn sie selbst dynamisch ist, tatsächlich entscheidet, gewichtet und nicht in der Geste des

Gutgemeinten erstarrt, weil man schlechterdings alles braucht, was sich regt und etabliert hat, wie es sich etabliert hat. Die derzeit vorherrschenden Realien einer Kultur(förder)politik blockieren die Gestaltung des notwendigen Wandels. Auch braucht es ein adaptives Kulturmanagement, das Methoden entwickelt, die neue Narrative in der praktischen Kulturorganisation wirksam werden lassen.

Armin Klein hat vor fast zwanzig Jahren bereits Exzellenzkriterien für den Kulturbetrieb aufgestellt, wiewohl sein Denken damals noch stark vom etwas instrumentellen Kulturmanagement geprägt war, das betriebswirtschaftlich-manageriale Zielvorstellungen und Methoden adaptierte. Dennoch traf sein Buch wie kein anderes den Kern einer sich abzeichnenden Wende von einer Wachstums- und Versorgungspolitik hin zu mehr Relevanz, Wirksamkeit und Veränderungsbereitschaft, die sich auch mit staatlichen Images kritisch auseinandersetzt. Seine im Detail explizierten Kriterien sollen hier kurz in Erinnerung gerufen und als essenziell für eine transformatorische Kulturpolitik hervorgehoben sein – freilich bedürfen sie der Untersetzung durch Maßnahmen, die auf die eingangs beschriebenen Trends Bezug nehmen.

Klein hob mit einem Bild an, das für die Zeit nach dem Lockdown bemüht und förderpolitisch genutzt worden ist: Neustart. »Neustart Kultur« war ein von der *Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien* finanziertes Förderinstrument mit etwa 60 Teilprogrammen, die bis Mitte 2023 liefen. Es sollte als spartenübergreifendes Rettungs- und Zukunftsprogramm die Zukunftsfähigkeit der deutschen Kulturbranche sicherstellen und auch Mittel für pandemiebedingte Investitionen und die Digitalisierung ausschütten. Bei Klein ging es hingegen um die Frage, wer künftig die Bilder von Zukunft entwerfen würde, der kommerzielle oder der öffentliche Sektor. Für ihn waren es noch nicht die Megatrends, geschweige denn die Sorge um die Auswirkungen einer Pandemie, sondern die Befürchtung, eine falsch verstandene Auffassung des staatlich und kommunal getragenen und geförderten Kulturbereichs könne die Innovationsfähigkeit und Finanzierbarkeit wirksamer öffentlicher Kulturangebote behindern. Er stellte fest: »Der öffentliche Kulturbetrieb der Zukunft braucht tatsächliches »Entrepreneurship.«¹⁵⁰ Und er forderte zur Umsetzung dessen einen Neustart. »Die Strukturen zu überprüfen, die Werte zu hinterfragen und die Strategien zu reflektieren – das werden die zentralen Aufgaben von Kulturmanagement und Kulturpolitik in Zukunft sein«¹⁵¹, so Klein weiter, und er sollte damit recht behalten.

Als Aufgaben definierte er eine Verknappung kulturpolitischer Ziele (also Auswahl, Förderwürdigkeit, Konzentration), die Überwindung der Angebotsorientierung (hin zur konsequenten Besucherorientierung – und nicht Nachfrage, was eine

150 Klein 2007, S. 57.

151 Klein 2007, S. 59.

entscheidende Differenz darstellt), die Überwindung der bürokratischen Organisation von Kultureinrichtungen in lernende Organisationen, effizienten Mitteleinsatz, also eine wirtschaftliche Steuerung bzw. die Überwindung der Kameralistik, die Überwindung der Orientierung am öffentlichen Kulturbetrieb (Selbstfixierung) und schließlich die konsequente Evaluation und Wirkungsmessung. All das setzte er an die Stelle des üblichen »Weiter so!«. ¹⁵²

Die damit aufgezeigten Entwicklungsdynamiken sind nach wie vor aktuell, vielerorts uneingelöst oder lediglich teilweise umgesetzt und hilfreich auch für die Bewältigung von Transformationsaufgaben. Gerade die lernende Organisation, die sich gegen die Persistenz von Routinen stellt, wäre von entscheidender Bedeutung.

Die hier formulierte kulturpolitische Idealvorstellung bleibt noch in weiten Teilen Utopie; doch was steht ihr entgegen? Zunächst einmal die Statik des Systems, die Gewissheiten, Organisationsformen und Routinen. Dann die häufig artikuliert Erwartung auf zusätzliche Einlösung all dessen, was sich aus der fortschreitenden Individualisierung ergibt: dass Pluralität und Diversität zu neuen Ausdrucksformen und Institutionen führen werden, die weiterer Mittel bedürfen und nichts verdrängen dürften. Dieses Bild additiver Kulturpolitik sollte durch eine evolutive Auffassung abgelöst werden. Kultur ist gleichsam ein Ökosystem, das sich innerhalb seiner Grenzen fortentwickelt, ausbalanciert.

Rote Liste bedrohter Kultureinrichtungen

Daher auch ist es kontraproduktiv, wenn nicht zynisch, eine »Rote Liste bedrohter Kultureinrichtungen« zu führen, obschon sie »nur« auf den Wert einzelner Kultureinrichtungen und Initiativen hinweisen möchte. Allein das oberflächliche Prüfverfahren und die Suggestion, alles sei unverzichtbar, stehen in starkem Kontrast zu Veränderungsdynamiken heute, sie können lokale Kulturpolitik konterkarieren, da sie diese von vornherein nicht respektieren. Umbau wird als Skandalon an sich gebrandmarkt, wenn die begleitende Rhetorik in Absolutheit davon ausgeht, dass »um jede einzelne Kultureinrichtung gekämpft« werden müsse. ¹⁵³

Der *Deutsche Kulturrat* führte von 2012 bis 2018 Rote Listen, 2020 wurde das Instrument im Zuge der Corona-Pandemie reaktiviert und präsentiert heute Einrichtungen, die aufgrund der Pandemie bedroht seien. Darunter befinden sich etwa von Schließung bedrohte *Goethe-Institute* – die bekanntermaßen mit Reformen, nicht nur mit den Folgen von Corona konfrontiert sind, wie immer man dazu stehen mag. Ursachentransparenz besteht hier nicht wirklich. Die Listen wurden anfangs ein

152 Vgl. Klein 2007, S. 61ff.

153 Deutschlandfunk 03.07.2012: Interview mit Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrats, <https://www.deutschlandfunk.de/zimmermann-mit-roter-liste-um-jede-einzelne-100.html>.

Jahr lang administriert, das heißt, der jeweilige Gefährdungsstatus wurde in dieser Zeit überprüft und aktualisiert. Unterschieden wurden fünf Kategorien von 0 = geschlossen bis 4 = Gefährdung aufgehoben. Inzwischen finden sich keine Angaben mehr über den Novellierungsmodus auf der Webseite. Die Absicht des Unterfangens erklärt der *Deutsche Kulturrat* selbst so: »Mit der Roten Liste bedrohter Kultureinrichtungen, einer Analogie zu den bekannten Roten Listen bedrohter Tier- und Pflanzenfamilien, werden gefährdete Kulturinstitutionen, -vereine und -programme vorgestellt. Ziel der Roten Liste ist es, auf den Wert einzelner Kultureinrichtungen und Initiativen hinzuweisen.«¹⁵⁴ So weit, so verständlich das Anliegen, hinter dem sich allerdings die Überzeugung zu verbergen scheint, dass jedes Kulturangebot für alle Zeiten ein Gewinn und etwas Unverzichtbares sei. Veränderung wird pauschal als Verlust aufgefasst und angeprangert, die Wiederherstellung des Ursprungszustands soll erreicht werden – in der Regel die auskömmliche Finanzierung oder Weiterbetreuung. Menschliches Fehlverhalten bedroht also nicht nur Flora und Fauna oder gefährdet Biotope, deren Eigenwert unzweifelhaft auch jenseits einer Bedeutung für den Menschen besteht, sondern offenbar auch unsere kulturelle Infrastruktur. Dieser Gestus scheint nicht nur ausgesprochen alarmistisch, er blendet zudem den gesamten Kontext der gelisteten Kulturangebote aus. Diese haben keinen Selbstzweck, sondern sie werden von Menschen für Menschen gemacht. Natürlich gibt es auch Einrichtungen, die unverzichtbar und besonders geschützt sind, oder den überzeitlichen Auftrag des Sammelns in Museen, aber diese Statusbestimmungen kann man nicht auf jedes Angebot erweitern oder als Verbot institutioneller Entscheidungen benutzen. Kulturpolitik kann nur transformativ funktionieren, indem sie nicht nur Bestehendes um jeden Preis schützt, sondern auch umbaut, neu Entstehendes fördert, alternative Zugänge schafft und die Angebotskulisse vor Ort im Ganzen in den Blick nimmt. Und hier kann es auch sinnvoll sein, Angebote einzustellen, obwohl das Schließen einer Kultureinrichtung noch immer oft als Sakrileg verstanden wird und politisch schwer durchhaltbar ist. Zumindest aber verlangt die »Gefährdungsklage« den Blick auf das Umfeld des gelisteten Falles, doch der bleibt komplett aus. Erst eine Abwägung von Entscheidungen und das Aufzeigen unterschiedlicher Perspektiven lassen erkennen, ob kulturpolitisch angemessen agiert wurde. Lediglich Gefährdung auf dürftiger Datenbasis anzuzeigen, bleibt eine bisweilen anmaßende Geste.

Was zudem nicht hinreichend bekannt ist und in der Maschinerie des Lobbyismus für Kultur verschwiegen wird: Die Rote Liste wird durch die Gremien des *Deutschen Kulturrats* weder behandelt noch bestätigt. Sie entsteht gleichsam urwüchsig durch Meldungen all jener, die einen Verlust zu beklagen haben oder diesen fürchten. Der Zufall generiert eine Momentaufnahme und die Verstärkung entsprechen der Ansichten. Das kann im Falle eines Kulturvereins, der um seine öffentliche För-

154 Deutscher Kulturrat o.J.: Die Rote Liste, <https://www.kulturrat.de/thema/die-rote-liste/>.

derung bangt, hilfreich sein, da er große Aufmerksamkeit erlangt und so stärker für seine Arbeit mobilisieren kann. Der Zuwendungsgeber, der nicht gehört wurde, sieht das sicher anders, vor allem wenn sich hinter seiner Entscheidung objektive Gründe verbergen, die mitdiskutiert werden müssten. Oder der Rechtsträger eines Museums, der seine kulturpolitische Entscheidung ungefragt auf der Roten Liste wiederfindet und sich mit fehlerhaften oder tendenziösen Argumenten konfrontiert sieht.¹⁵⁵ Jeder kann eine Kultureinrichtung, ein Kulturangebot melden, das gefährdet ist (was immer das im Einzelfall auch heißen mag); die Prüfung erfolgt ohne feste Kriterien und ohne zwingende Anhörung des Rechtsträgers durch die Redaktion der Zeitschrift »Politik & Kultur«. Dennoch entsteht der Eindruck – und so verläuft die gesamte Kampagne –, es handle sich um ein offizielles und valides Dokument des *Deutschen Kulturrats*, das etwas über die Entwicklung der kulturellen Substanz in Deutschland aussagt. Die Presse vor Ort unterscheidet keinesfalls zwischen Kulturrat und Redaktion einer Zeitschrift, sie zitiert die vermeintliche Autorität aus Berlin.

Anders die Rote Liste für Pflanzen und Tiere, wo Expertengruppen streng wissenschaftlich alle zugänglichen Daten auswerten, um letztlich eine Aussage über den Status der Biodiversität zu erlangen, also eine systemische Aussage, die es kulturpolitisch nicht minder braucht. Nicht nur bezogen auf Tier- und Pflanzenfamilien mutet die Analogie der Roten Liste anmaßend an, sondern auch verglichen mit den tatsächlich notwendigen und ernsthaften Roten Listen des Kulturgutschutzes (ICOM), wie sie etwa für Syrien oder den Irak vorliegen. Diese enthalten im Übrigen keine Auflistung einzelner Einrichtungen oder Kunstgüter, sondern versuchen, über Kategorien und Beispiele auf den Handel mit Raubkunst aufmerksam zu machen und zum Erkennen von wertvollem, für den Handel nicht bestimmtem Kulturgut beizutragen. Hier geht es – anders als bei der möglichen Schließung etwa eines Museums in Deutschland – tatsächlich um eine Bedrohung des kulturellen Gedächtnisses und der Identität ganzer Regionen, die Gefährdung von Kultur durch massives Fehlverhalten von Menschen, die hasserfüllte Feldzüge gegen kulturelle Systeme unternehmen. In Anbetracht dieser Gefährdungslage, für die paradigmatisch der Fall des UNESCO-Welterbes Palmyra stehen kann, das durch die Terrororganisation IS zerstört worden ist, erscheint die Listung des Kulturrats geradezu

155 Ich selbst habe das im Prozess der Nutzungsänderung der Erfurter Peterskirche erlebt, die baulich ertüchtigt und von einem musealen zu einem flexibler und breiter genutzten Ort werden sollte. Dabei verzichtete die Stadt auf die Fortführung ihres Forums Konkrete Kunst; die einst als Leihgabe überlassenen Kunstwerke stellte sie nach Rücksprache mit den Künstlerinnen und Künstlern der Stadt Jena zur Verfügung, die Möglichkeiten ihrer Einbeziehung in spezielle Kunstaussstellungen erblickt und Interesse signalisiert hatte. Freilich lief dieser Prozess nicht konfliktfrei ab. Eine Meldung für die Rote Liste durch den Förderverein führte zur pauschalen Listung, falschen Rechtsträgerangaben und einer einseitigen Bestärkung der Bewahrer, die kulturpolitische Strategie hingegen wurde skandalisiert bzw. nicht dargestellt.

zynisch. Der Fall des ermordeten Archäologen Khaled al-Asaad, der die Altertümer von Palmyra verwaltet und jahrelang erforscht hatte, rief weltweit Erschütterung hervor; er hatte sich noch unter der Folter geweigert, die von ihm in Sicherheit gebrachten Kunstwerke herauszugeben, die die Terroristen zu verkaufen trachteten. Paul Veyne hat ihm ein nachdenkliches Buch gewidmet, das Entstehung und Wert dieses Kulturerbes verdeutlicht.¹⁵⁶

Auch gibt es eine Liste des UNESCO-Welterbes in Gefahr (ebenfalls eine sogenannte Rote Liste), die tatsächlich einer kulturpolitischen Unterstützung bedarf, wenngleich es sich hier um ein Thema der Auswärtigen Kulturpolitik handelt. Denn im Gegensatz zur Fortschreibung der Welterbeliste kommt deren Gestaltung »nur schleppend« voran. »Eine Eintragung in die Liste des Welterbes in Gefahr ist von vielen Vertragsstaaten unerwünscht und wird als Sanktionsmittel interpretiert. [...] Die Schutzmechanismen der Konvention kommen nicht zum Greifen.«¹⁵⁷ Die Liste wird folglich kaum genutzt. Aber im Gegensatz zur Roten Liste des *Deutschen Kulturrats* gibt es Kriterien für eine Listung¹⁵⁸ und damit nachgewiesene echte Gefährdungen für unikale Kulturzeugnisse.

Deutschland verfügt über eine reiche Kulturlandschaft, bei deren Veränderung sich ein Vergleich mit weltweiten Gefährdungslagen, die auch in Roten Listen zum Ausdruck kommen, geradezu verbietet. Der Bund hat mit seinem Kulturgutschutzgesetz einen wichtigen Beitrag geleistet, den Handel mit Raubkunst besser verhindern oder verfolgen zu können. Für das Welterbe und seine Erhaltung setzt sich Deutschland in den UNESCO-Gremien ein. Hinter all dem verbirgt sich eine verbreiterte Expertise. Analogien haben ihre Grenzen, eine Lobbyisierung der Indikation echter Kulturgutgefährdung sollte vermieden werden.

Warum aber arbeitet der *Deutsche Kulturrat* – oder genauer: der Herausgeber der Zeitschrift »Politik & Kultur« – mit dieser Roten Liste? Warum blieb sie bisher kaum kritisiert? Der Aufschrei bei jeder Form tatsächlichen oder vermeintlichen Kulturabbaus ist das stärkste Instrument des Lobbyismus. Es wird von allen verstanden – auch von jenen, die als »kulturfern« gelten, aber aufgrund von Parallelen aus ihrem Alltag die Malaise nachempfinden können – und es wird von den Medien in seiner Undifferenziertheit unmittelbar aufgegriffen und verstärkt. Dadurch steigert sich vor allem der Wert der Sendeinstanz: Da ist jemand, der für die Kultur kämpft und den Finger in die Wunde legt. Zugleich wird ohne nähere Begründung der Wert der bedrohten Kultureinrichtung oder des Angebots gesteigert, denn es entsteht der intendierte Eindruck, man verliere durch Nachlässigkeit etwas Einmaliges – was si-

156 Vgl. Veyne 2016.

157 Metzger 2022, S. 177f.

158 Deutsche UNESCO-Kommission (o.J.): Kriterien für die Einschreibung auf die Liste des gefährdeten Erbes der Welt, <https://www.unesco.de/kultur-und-natur/welterbe/welterbe-sein/welterbe-gefahr#kriterien-in-gefahr>.

cher auch zutreffen, aber isoliert, plakativ und pauschal betrachtet wiederum kulturpolitisch falsch und kontraproduktiv sein kann.

Im *Deutschen Kulturrat* als Spitzenverband der zahlreichen Bundeskulturverbände versammeln sich jene, die für das Setting an Einrichtungen und Organisationen kämpfen. Ihr Kernauftrag besteht in der Existenzsicherung, letztlich der Interessenvertretung ihrer Mitglieder. Die Grauzone, die sich durch die rein redaktionelle Speisung der Liste ergibt, schützt Sprecherrat oder Mitgliederversammlung des Kulturrats vor unangenehmen Fragen und Debatten; ja, eine Verhandlung über eine Rote Liste anhand von Fakten, Belegen oder Einsprüchen wäre in den Gremien gar nicht durchführbar. Es kann die Rote Liste nur geben, weil sie an den Gremien vorbei als lobbyistischer Impuls gewissermaßen wild wachsen kann und den Kulturrat als Wissensinstanz und Gewissen der Kultur in Deutschland stabilisieren hilft. Aber die Öffentlichkeit wird damit getäuscht, die starke Analogie ist unangemessen. Es darf und soll gern ein Format geben, das vor Kulturabbau warnt, aber es muss anders benannt sein und sollte nicht den Eindruck einer offiziellen Kulturratsliste erwecken. Und es muss eine zeitgemäße kulturpolitische Haltung einnehmen, gerade weil wir in Zeiten des Umbaus unserer Gesellschaft leben und das pure Festhalten am Bestehenden kaum helfen wird. Die Geste also ist falsch, sie kann ernsthaftes Gestalten vor Ort behindern, weil sie Debatten verkleistert. Für den Fortbestand bestimmter Einrichtungen soll man durchaus kämpfen, aber differenziert, faktenbasiert.

Kritisiert wurde bislang das Format kaum, weil es die Wärme einer Gemeinschaft verströmt, die das Gute will (rot ist auch das Feuer, das wir symbolisch für die Kultur schüren). Und das Gute hat Kontinuität und soll immer größer werden und nichts an Glanz und Bedeutung einbüßen. Idealität und Realität erfolgreich zu vermitteln, bleibt wohl die größte kulturpolitische Aufgabe.

Transformation als Arbeit gegen Widerstände

Schließlich – und das ist die schlimmste und reaktionärste Dimension – wird eine konservative populistische Politik von rechts¹⁵⁹ den Umbau des Kulturstaats als dessen Niedergang brandmarken und den unbedingten Erhalt bestimmter Bestände einfordern: Statik des Überkommenen versus Dynamik lebendiger Kulturentwicklung. Sie wird Begriffe wie Heimat, lokale Identität, Verwurzelung und deutsche Leitkultur als Normierungen setzen, die gegen Umbau, kulturelle Vielfalt und Diversität als kosmopolitische Störungen in Stellung gebracht werden. Damit korrespondiert ein weiterer Großtrend: die Erosion von Demokratie, Liberalität und Rationalität. Alles dynamische Begriffe der Aushandlung, der Toleranz und Erkenntnisgewinnung.

159 Vgl. Kapitel 3.4.

Die transformatorische Kulturpolitik, die hier im Sinne dieser Dynamik angesprochen wird, soll der lustvolle und auch tatsächlich notwendige Versuch sein, Wandel zu gestalten, ihn produktiv zu machen und ihm eine Kulturlandschaft zu entringen, die nachhaltig trägt und wirkt – in einer real schon veränderten Gesellschaft. Sie zielt auf ein lokales oder regionales Gesamtsetting von Kultur, das verantwortungsvoller Kulturpolitik und adaptivem Kulturmanagement entspringt.

Die Akteure im Kulturbereich erlebten die Corona-Pandemie in zwei scheinbar miteinander in Konflikt stehenden Dimensionen: einerseits als existenzielle Krise im Kontext eines zum Stillstand gezwungenen Kulturlebens, andererseits als ein reflexives Moment des selbstvergewissernden Lernens. Die Krise offenbarte dabei schonungslos die schon vor Corona existierenden strukturellen Defizite. Es scheint also die Zeit gekommen, um ernsthaft über Transformationsfragen im Kulturbereich zu sprechen.

Die *Kulturpolitische Gesellschaft* als Diskursmotor für eine reflektierte Kulturpolitik in Deutschland startete deshalb einen Dialog über die Zukunftsfähigkeit kultureller Infrastrukturen, auf den an dieser Stelle hingewiesen sein soll¹⁶⁰ – freilich ohne die negativen Effekte der Krise für Kultureinrichtungen, Künstlerinnen und Kulturnutzer zu bagatellisieren. Natürlich setzte auch sie sich für staatliche Hilfen ein oder kritisierte das Maß des Lockdowns, der die Kultur in der analogen Welt komplett zum Erliegen brachte und uns den Eindruck vermittelte, dass Kultur tatsächlich nur etwas für den Normalmodus unserer Gesellschaft sei. Kultur erschien nicht als Grundrecht, zugespitzt formuliert: Wir schalten sie wieder zu, wenn der Markt für Unterhaltung erneut anlaufen kann. Diese Fehlleistung wird uns noch länger beschäftigen müssen.

Doch der heuristische Akzent ist ein anderer: Die *Kulturpolitische Gesellschaft* fragt nach den Impulsen, die uns die Pandemie für die Gestaltung des Wandels gegeben hat, der durch die Krise vielleicht sichtbarer, in Teilen noch beschleunigt zu werden scheint. Die Reihe *#neueRelevanz* dient als Plattform, sich zu positionieren und miteinander ins Gespräch zu kommen, sich gemeinsam für eine nachhaltige, resiliente Kulturpolitik einzusetzen, da Kultur nicht nur durch Übergangshilfen gesichert werden kann, die sich am Status quo orientieren. Kultur und damit auch kulturelle Infrastrukturen müssen dynamisch aufgefasst werden, sie sollten Bestandteile des gesellschaftlichen Wandels sein, nicht starre Gegebenheiten, um die herum sich Wandel ereignet.

Mein Auftakttext »Kultur ist mehr als Freizeitgestaltung, Vergnügen und Unterhaltung«¹⁶¹, den ich dafür geschrieben hatte, geht dabei vom Unbehagen einer Nivellierung all dessen aus, was in der Krise still gestellt worden war. Im Kern hieß

160 Kulturpolitische Gesellschaft o.J.: Essays zu *#neueRelevanz*, <https://kupoge.de/essays-zu-neue-relevanz/>.

161 Abgedruckt in Knoblich, Sievers, Mohr 2021, S. 184–193.

meine Botschaft: sowohl die Krise als auch den Wandel *mit* Kultur gestalten, also differenzieren, abwägen und zulassen, was essenziell ist. Kultur bleibt nur dann eine gesellschaftlich privilegierte Zone, wenn sie mit den Problemen der Gesellschaft Kontakt hält, eine Krise mit durchläuft und Verluste mit erleidet, ohne Immunität einzufordern oder sediert zu sein.

Längerfristig blicken wir auf gesellschaftliche Veränderungen, denen durch Weitblick und gute Konzepte begegnet werden kann, die gestaltet, nicht katastrophisch erlitten werden müssen. Von Anfang an steht die *Kulturpolitische Gesellschaft* für reformorientierte Kulturpolitik; heute nennen wir sie transformatorisch. Ob Re- oder Transformation, eine adaptierte, zeitgemäße »Formation« der Kulturlandschaft verbirgt sich in beiden Begriffen. Immer geht es um Relevanz, aktive Mitgestaltung, lediglich die Tragweite fällt unterschiedlich aus.

Die von vielen postulierte Systemrelevanz (oder Systemimmanenz) der Kultur bezieht sich daher nicht auf den Bestand kultureller Infrastrukturen, sondern auf ihre generelle konstitutive Bedeutung für unsere Gesellschaft. Maß und Ausrichtung der Infrastrukturen indes bleiben Aufgaben von Kulturpolitik, die am Puls der Zeit wirkt und Megatrends auf ihr Feld bezieht. Wir müssen Veränderung deshalb neu denken, weil sich die gesellschaftliche Realität massiv verändert. Außerdem überlagern sich Effekte wechselseitig und entfachen eine beschleunigte Dynamik. Spätestens jetzt sollten wir das ernst nehmen. Um nur zwei kulturpolitische Auswirkungen zu nennen, denen wir uns stellen müssen: Durch die Globalisierung und weltweite Migrationsströme werden nationale Politiken herausgefordert. *Kulturelle Vielfalt* wurde zur völkerrechtlich verbrieften Norm, die wir auszugestalten haben und die von Menschen auch eingefordert wird, die zu uns kommen. Kulturerbe konstituiert sich unter dem Emanzipationsdruck *postkolonialer Aufarbeitung* möglicherweise künftig ganz neu und supranational als Polyphonie aller Stimmen, also jenseits errungener Kanons und Bewertungsinstanzen.¹⁶² Unser eurozentristischer Blick wird vollends obsolet. Diversität beginnt bei der Adressierung von Geltungsansprüchen und Mitsprache: Neue Ordnungslogiken, Umsortierung bisheriger Ordnungen des Wissens und Erinnerns, Emanzipation als »Welt-Druck«, dem wir uns stellen müssen. Dies fordert gerade die großen Institutionen und ihre Arbeitsweisen heraus, aber auch unsere Förderpolitik.

Kulturförderung im Wandel

Eine Entscheidung steht an: Erdulden wir den Wandel (auch an Aufmerksamkeit und veränderten Rezeptionsmustern) als Schicksal, stemmen uns ihm entgegen mit oft begrenzten Mitteln oder entlehnen wir ihm kulturpolitische Geschichten von

162 Vgl. Savoy 2018, S. 52ff.

Aktion, Aufbruch und kritischer Bewertung des Gegebenen, wählen aus und gestalten tatsächlich neu? Heißt nicht auch Pflege des Erbes, dieses mit jedem Zuwachs, jedem generationellen Blick und gemessen an unseren begrenzten Handlungsmöglichkeiten neu zu bewerten, auch einzugrenzen? Heißt Freiheit hier nicht auch, Spielräume zu erzeugen, statt Lasten in Kauf zu nehmen? Es gibt viele Grundsatzfragen, die wir uns stellen sollten – gerade in der Krise, die uns in den nächsten Jahren mit ihren Folgen konfrontieren und zu klugem Handeln herausfordern wird. Das Ziel besteht in einer möglichst breit akzeptierten, resonanten Kulturlandschaft, die sich vermitteln und erleben lässt. Zu dieser gelangt man nur durch die Formulierung neuer Zielbilder, Partnerschaften, Selektion und – im Falle der Museen – auch durch die Enttabuisierung von Deakzession und Profilierung. Es ist die große Stunde der Konzeptarbeit, um Entfaltung und Finanzierbarkeit gleichermaßen zu gewährleisten.

Auch im Feld der Kulturförderung schlagen sich die Ambivalenzen einer bislang stark additiven Kulturpolitik nieder, produzieren aber ungleich krassere Unauskömmlichkeiten. Wo die öffentliche Hand fördert, sollte dies strategisch und substanziell, aber auch selbstkritisch erfolgen. Dabei müssen altbekannte (und in der Pandemie teilweise großzügig außer Kraft gesetzte) zuwendungs- und haushaltsrechtliche Grenzen überwunden werden, aber auch spezielle Fördererkenntnisse fruchtbar gemacht werden.¹⁶³ Ohne Anspruch auf Vollständigkeit und Systematik einige Aspekte, die es zu vertiefen lohnte. Es käme aus meiner Sicht – unter den Auspizien einer konzeptbasierten Kulturpolitik – an auf:

- Evaluation bisheriger Förderpolitik, Förderpraxis und Trägerschaften
- Konzeptförderungen, die Veränderung vorbereiten und umsetzbar werden lassen
- eine Unterscheidung von Innovations- und Konsolidierungsförderung, um Experiment wie Nachhaltigkeit gleichermaßen gezielt zu unterstützen
- die Möglichkeit überjähriger Förderungen
- die Profilierung von konzeptbasierten Förderbedingungen/-kriterien (vs. Antragslyrik, Förderung als rein soziale Geste)
- bessere Abstimmung zwischen Zuwendungsgebern und Zuwendungsebenen
- Aufgabe von Projektförderung als verdeckte institutionelle Förderung
- institutionelle Förderung mit Evaluation und Laufzeitbegrenzung/Option der Verlängerung
- ein Maß in Hinblick auf ehrenamtliche Arbeit und Professionalisierung/Institutionalisierung

163 Vgl. dazu die online verfügbaren Evaluationen und die aus ihnen resultierenden Empfehlungen der Neustart-Programme etwa des Fonds Darstellende Künste e.V. oder des Fonds Soziokultur e.V.

- angemessene investive Förderungen
- Schaffung der haushalts-, zuwendungs-, steuer- und ggf. beihilferechtlichen Voraussetzungen für neue Förderpolitiken sowie für mehr Eigenwirtschaftlichkeit freier Kulturträger
- landesgesetzliche Sicherung von freiwilligen Leistungen auf kommunaler Ebene (ohne sie zu Pflichtaufgaben zu erheben)/Kulturfördergesetze in allen Ländern
- Stärkung der Fachlichkeit bei der Mittelvergabe durch Beiräte/Partizipation bzw. durch unabhängige Förderinstanzen
- Schaffung von Transparenz durch Förderberichte (der Kommunen und der Länder)
- thematische/konjunkturelle Förderungen, die Kooperation anstiften, bei gleichzeitigem Ausbruch aus den überbordenden Erinnerungswellen (etwa Reformationsdekade)
- eine Debatte über das Verhältnis zwischen Autonomie¹⁶⁴ und gesellschaftlicher Wirksamkeit von Kulturarbeit: Was fördern wir warum genau?
- Sicherung und Ausbau von Beratung und Weiterbildung (auch für Kulturpolitiker/innen)
- Gewährleistung von kultureller Vielfalt (UNESCO-Konvention) und Diversität bzw. Multiperspektivität in der Förderpolitik

Vieles davon gibt es schon in unterschiedlicher Qualität – allerdings bei Weitem nicht überall. Die Pandemie könnte auch auf diesem Gebiet helfen, aus Pfadbindungen auszubrechen und eine ehrliche Debatte darüber zu beginnen, was dem Gemeinwesen weiterhin wichtig ist, was es zu stärken oder aufzugeben gilt – im Sinne einer pluralen, leistungsfähigen Trägerlandschaft.

Ein weiteres Beispiel: Die sich herausbildende *Kultur der Digitalität* verändert die Entstehungsbedingungen und Resonanzräume kultureller Produktion, Distribution und Rezeption, sie bedeutet nicht nur eine Medien-, sondern eine Kulturrevolution. Sie ändert unser Denken und Handeln ebenso wie die Funktionsweise der Institutionen. Schließlich pluralisiert sich mit ihr unsere Gesellschaft immer weiter, erodieren bisherige Milieus und Bildungsbestände, vor allem im Kontext traditioneller Kunst- und Gedächtnisformen (Oper, Museum), und es entstehen neue Formen von Co-Creation.¹⁶⁵ Die Reaktionen darauf fallen bisher unterschiedlich, keinesfalls hinreichend aus.¹⁶⁶

Oder: *Kreativität* wird zum Imperativ immer kürzerer Innovationszyklen in allen Bereichen, die »geschützte« Zone des Kulturbereichs wird zusehends entgrenzt; ästhetische Imperative bestimmen unsere Lebenswelt – was heißt das künftig für

164 Hier ist nicht die verfassungsmäßige Kunstfreiheit gemeint.

165 Vgl. Jagla, Knoblich 2020, S. 1–22.

166 Vgl. Heid, Pfaff, Sievers 2024 (im Erscheinen).

das Schöne der Kunst, die Zuständigkeits- und Regulierungsbereiche der Kulturpolitik? Ändert sich nicht auch das Kunstverständnis, die Typologie der Künstler und ihrer Ausdrucksformen, indem verstärkt durch künstlerische Interventionen auf gesellschaftliche Transformation direkt Bezug genommen wird oder der Computer künstliche Kreativität hervorbringt?¹⁶⁷ Schließlich der Rahmen: Wohin steuert die *Demokratie*, mit der viele Aktionsformen der Zivilgesellschaft und breitenkulturelle Akteure besonders eng verbunden sind? Kommunikation und Diskurs bilden die Basis demokratischer Aushandlungsprozesse; nicht nur beim Journalismus beklagen wir jedoch eine massive Krise des Diskurses, eine Ermüdung jener Austauschformen, die uns Liberalität, Meinungsbildung und Mitgestaltung sichern.

Wir benötigen Kulturakteure und Kultureinrichtungen, die Wandel als Normalität begreifen, sich auf ihn einstellen. Auch Krisen gehören zweifelsohne zum Setting dessen, was vor uns liegt. Wenn wir sie als systemimmanent begreifen, werden wir robuster. Eine Kulturpolitik, die dies reflektiert, auch schmerzliche Veränderung aktiv gestaltet, nenne ich resilient. Sie bewahrt folglich nicht nur, sie baut um, verwirft, erfindet neu und erklärt ihren Bestand nicht für per se unverzichtbar. Wir sollten sie jetzt in Gang setzen, statt lediglich zurückzublicken auf eine verklärte Zeit des Wachstums, die übrigens schon tief von Widersprüchen gezeichnet war, blicken wir allein auf die Klimafrage und den sozial-ökologischen Wandel, den wir auch ins Kulturpolitische wenden müssen.

1.4 Das Soziale in der Kulturpolitik. Zur Transformation des Sozialstaats

Eine »Kulturpolitik der Weltbeziehungen« rückt das Soziale in den Fokus von Transformation. Die soziale Frage in der Kulturpolitik ist eng geknüpft an das Kunstverständnis. Je weiter der Kulturbegriff, desto größer auch der soziale Radius und die Notwendigkeit sozialstaatlicher Regulation. Mit der Neuen Kulturpolitik hielten geltungs- und teilhabebezogene Leitformeln Einzug in die Debatte, sie sorgten für die Etablierung neuer Ausdrucksformen, Institutionen und Förderpolitiken: »Bürgerrecht Kultur«, Soziokultur oder »Kultur für alle«. Nicht nur die traditionellen Trägerschichten von Kultur wurden aufgebrochen, auch der mäzenatische Gestus von Kulturförderung stellte sich damit infrage. Das die Nachkriegszeit lange überlebende Narrativ der *Kulturpflege*, das einen idealistischen Hortus conclusus der schönen Dinge imaginierte, wandelte der Realismus einsetzender gesellschaftlicher Brüche ziemlich abrupt in ein Narrativ aktiver, pluraler *Kulturgestaltung*. Kultur als Lebensweise, Kultur als das Alltägliche kragte nun deutlicher und immer weiter in die soziale Welt. Während Kultur im engeren Sinne einst Abstand genommen hat-

167 Vgl. Rauterberg 2021.

te zu dieser Sphäre und Handlungsinstanz¹⁶⁸, erwies sich der erweiterte Kulturbegriff geradezu als ihr Agent und Vermittler – und veränderte auch die ästhetischen Praktiken. Für die Wandlungen des Kunstverständnisses genügt allein der Verweis auf Joseph Beuys.

Zugang zur Kultur – soziale Lage der Kreativen

Kulturpolitik – die überhaupt erst Politik werden musste – war damit plötzlich für den Umgang mit gesellschaftlichen Verwerfungen zuständig und benötigte adäquate Instrumente. Sie fragte nicht nur neu nach Zielgruppen kultureller Angebote, Teilhabechancen, Zugangsbarrieren oder den Möglichkeiten eigenen kreativen Ausdrucks aller Menschen (jeder Mensch ist ein Künstler im Sinne der »Sozialen Plastik«), sondern zunehmend auch nach der sozialen Lage sowie den Entfaltungsmöglichkeiten der kreativ Tätigen selbst. Die großen empirischen Untersuchungen von Karla Fohrbeck und Andreas Johannes Wiesand in den frühen 1970er Jahren setzten sich nicht nur mit Vorstellungen darüber auseinander, was ein Künstler sei und wie er zwischen Selbst- und Fremdbild, Autonomie und Profession einzuordnen wäre, sie bildeten auch das Reservoir ganz konkreter sozialstaatlicher Forderungen, die heute zwar nicht vollständig, aber doch in wesentlichen Bestandteilen umgesetzt sind. Die wichtigste ist wohl zweifelsohne die nach mehrjährigen legislativen Etablierungsversuchen 1983 erfolgte Einführung einer Künstlersozialversicherung, deren Grundrisse auf die Künstler-Enquete bzw. den Künstler-Report 1973/74 zurückgehen.¹⁶⁹ Dass dies für die Kreativen nicht nur mehr Sicherheit, sondern auch Einpassungsvermögen bedeutete, belegt etwa die folgende, inzwischen kaum mehr nachzuvollziehende Reflexion zum »Berufsfeld« der Schriftsteller: »Autoren ist es zwar oft peinlich, mit anderen Berufsgruppen dieser Gesellschaft verglichen zu werden, mit ›bürgerlichen Berufen‹ zumal – sie ziehen da eher Vergleiche mit Kellnern und Prostituierten vor, falls sie nicht überhaupt die Bezeichnung Beruf für ihre Tätigkeit ablehnen. Dennoch ist es in diesem Kontext nicht ganz zu vermeiden, auch den ›Autorenberuf‹ an vorhandenen Professions-Kategorien zu messen.«¹⁷⁰

Diese Rebellion gegen bürgerliche Traditionen und der eher linke Gestus jener Zeit bilden wie so oft die gängige zeitgeschichtliche Perspektivierung, die uns aber primär zeigt, wie groß die Verwerfungen in der jungen Bundesrepublik waren.

168 Zumindest in Hinblick auf die dominante höfische und bürgerliche Tradition; natürlich gibt es die Traditionen lebensweltnaher Kulturarbeit der unterbürgerlichen Schichten (vgl. Groschopp 1985) oder auch der Kirchen (vgl. Walz 1964). Und es gab natürlich auch vorher schon Kunst, die sozialkritisch ausgerichtet war. Gemeint ist hier vor allem der politische und institutionelle Habitus der jungen Bundesrepublik.

169 Vgl. Fohrbeck, Wiesand 1975, S. 377ff.

170 Fohrbeck, Wiesand 1972, S. 370.

Doch es lohnt durchaus auch der Blick auf die benachbarte DDR, in der die Künstler bereits deutlich mehr Aufmerksamkeit und Zuwendung erhielten, gerade als Berufsstand. Durch Mitgliedschaft in Kunstverbänden waren Status und Professionalität bestimmt, öffentliche Aufträge und Vermittlungstätigkeiten sicherten das finanzielle Auskommen. Allerdings führte das Höchstmaß an Einbindung in das kommunistische Gesellschaftsprojekt auch zu Abhängigkeit, Bevormundung und Parteilichkeit. Gleichwohl trug das System nicht nur Staatskünstler oder Konformisten, es erlaubte innerhalb seines Toleranzrahmens und seiner organisatorischen Strukturen etwa der Betriebskulturarbeit weitaus mehr an künstlerischer Betätigung und Entfaltung, sowohl im professionellen als auch im Laienschaffen. Dass wir heute, nahezu 40 Jahre nach Einführung des Künstlersozialversicherungsrechts, über die Markierung von Honoraruntergrenzen, Ausstattungsvergütungen oder die Kompensation von Versorgungslücken in ohnehin brüchigen Erwerbsbiografien reden und noch immer nur ein Bruchteil der Künstlerinnen und Künstler von ihrer Tätigkeit *als Beruf* tatsächlich gut leben kann¹⁷¹, steht in krassem Kontrast zur wohlfahrtsstaatlichen Erweiterung der Kulturpolitik – und zur meist noch pauschalen Einordnung der DDR-Kulturpolitik als Ideologie ohne differenzierte Praxis, aus der sich keine Impulse gewinnen ließen.¹⁷²

Vom Sozialstaat zur Kulturgesellschaft

Vieles also ist unerledigt geblieben, während sich die kulturelle Praxis weiter ausdifferenziert hat und auch neue soziale Problemlagen generierte. Allein das prosperierende Feld der Klein- und Kleinstunternehmen in der Kultur- und Kreativwirtschaft täuscht trotz der Absicht einer Gewinnerzielung nicht darüber hinweg, dass prekäre Berufsfelder neu entstanden sind.¹⁷³ Während Kreativität zum ubiquitären Innovationsmerkmal des Kapitalismus aufgewachsen ist, bleiben viele der kulturellen Teilmärkte angewiesen auf Selbstausbeutung oder Subventionspolitik.

Zudem hat sich abermals das Verständnis von Kulturpolitik geweitet: Waren es zunächst primär gemeinwesenorientierte Akteure und die Künstler, deren

171 Zuletzt umfassend betrachtet im Rahmen der Enquete-Kommission »Kultur in Deutschland« 2007.

172 Dass inzwischen differenzierte Annäherungen an die Kulturpolitik der DDR erfolgen, ist erfreulich. Vgl. Mandel, Wolf 2020, S. 203ff.

173 Rund 2,5 Mio. Menschen waren 2019 in einem kulturelevanten Wirtschaftszweig tätig, davon allerdings nur 1,3 Mio. in einem tatsächlichen Kulturberuf. Das Einkommen Letzterer fällt mehrheitlich geringer aus als jenes anderer Berufe. Der Anteil an Selbstständigen und Frauen ist zudem wesentlich höher. Vgl. Weißmann, Liersch 2021 (https://www.destatis.de/DE/Methoden/WISTA-Wirtschaft-und-Statistik/2021/05/kultur-kreativwirtschaft-052021.pdf?__blob=publicationFile).

sozialer Impact an Bedeutung gewann und die folglich auch sozial- und förderpolitisch mehr Aufmerksamkeit reklamieren konnten, ist Kultur als Wirtschaft entideologisiert und neu verhandelbar geworden. Wir betrachten das Feld also sektorenübergreifend, aber auch im Hinblick auf seine Überschneidungen: die Rolle der Kreativen zwischen Staat, Markt und grenzenloser Selbstverantwortung. Zwar werden ihnen immer wieder und verstärkt wichtige ökonomische Beiträge zuerkannt, spätestens seit wir von einer »kreativen Klasse« (Florida) reden, doch bleibt es bei strukturellen Schieflagen und Ambivalenzen, zumal in Zeiten fundamentaler Wandlungsprozesse. Auch die Erhöhung der Teilhabechancen an Kultur scheint trotz differenzierter Förder- und Tarifpolitiken sowie eines durchaus entwickelten Systems von Vermittlung und kultureller Bildung im Horizont von Migration, Diversität und Vielfalt eine fortdauernde, schwierige Aufgabe. Kultur bleibt für die Nutzer wie die Akteure über weite Strecken – vor allem bezogen auf Macht- und Führungsstrukturen sowie ihre institutionelle Reproduktion – milieuverhaftet oder gar elitär, in jedem Fall ist ihr Gefüge noch immer zu inflexibel. Dies vor dem Hintergrund der proklamatorischen Öffnung, Diskursfreude und »Weltverbesserungsgesten« des Kulturbereichs eine in der Praxis nicht immer gleich wahrnehmbare Diskrepanz.

Die Fluchtlinien der »Zwischenzeiten«, in denen wir leben, formte vor einigen Jahren bereits Adrienne Goehler zu vagen Zielbildern einer neuen Kulturgesellschaft. In die Vielzahl der Handlungsstränge mischt sich *auch* die soziale Frage, deren Beantwortung davon abhängt, wie wir Transformation in Zeiten schwindender Gewissheiten gestalten: »Offene Denk- und Handlungsräume brauchen Umgangsformen, die das Plurale sozialer und ethnischer Zugehörigkeiten, die Heterogenität von Generationen und das Erschließen verschiedener gesellschaftlich und ökonomisch wirksamer Arbeitsfelder ermöglichen, die nicht nach dem Muster üblicher politischer Großlösungen erstellt werden können.«¹⁷⁴ Dabei setzt Goehler bewusst die Kulturgesellschaft an die Stelle des Sozialstaats, da es nicht nur um Instrumente für Zielgruppen oder etablierte Erwerbsformate geht, sondern um neue Formen der Kollaboration, des Lebens, Arbeitens und Zonierens von Gemeinsamkeit. Dieser Gedanke scheint mir heute von noch größerem Gewicht.

Die rein sozialstaatlichen Handlungsoptionen in der Kulturpolitik sind nicht zuletzt auch deshalb erschöpft, weil die stetige Ausweitung der Angebotskulisse und der öffentlichen Förderungen zu einer kaum beherrschbaren Fülle an Entwicklungsaufgaben geführt hat. Das heißt, die Breite der Förderung anstelle zielgenauer, heute sagen wir »konzeptbasierter« Steuerung hat eine strukturelle Unauskömmlichkeit bei den meisten Akteuren, selbst bei großen Kultureinrichtungen¹⁷⁵ begünstigt,

174 Goehler 2006, S. 233.

175 Beim größten kulturpolitischen Projekt der Bundesrepublik, dem Humboldt-Forum in Berlin, kann man das gut verfolgen – vor allem hinsichtlich der Interdependenzen mit anderen

da in der Regel Haushaltsansätze bestenfalls fortgeschrieben, nicht aber an reale Bedarfe angepasst werden können und Schwerpunktsetzungen oft scheitern. Immer mehr Geförderte teilen sich also die begrenzten Finanzmittel. Zudem ist es außerordentlich schwierig, nachträglich Kriterien einer zielgerichteten Kulturförderung einzuführen und Bestehendes zu evaluieren.

Die soziale Aufgabe der Kulturpolitik kann dennoch nicht darin bestehen, all jene Felder und Schaffensbedingungen abzusichern, die sich auf diese Weise herausgebildet haben. Die Kulturgesellschaft im Sinne Goehlers muss man wohl heute als jenes zivilisatorische Projekt begreifen, das die kulturelle Wende hin zu einer nachhaltigen Entwicklung, ein »Great Turning«, gestaltet. Es verfolgt vor allem einen zivilgesellschaftlichen Ansatz, der von Einsicht, Umdenken und Gestaltung geprägt sein muss, nicht vom Perpetuieren des Bestehenden, sondern gerade von seiner Hinterfragung.¹⁷⁶ Es verlangt nach neuen Ideen, Bündnissen und Aktionsformen. Greift es, wird Kulturpolitik vermutlich abermals »von unten«, als soziale Bewegung, verändert. Charmanter allerdings wäre es, kollaborativ in wirkliche Reformen einzusteigen, statt das Bestehende lediglich zu »überplanen«, wie es die öffentliche Hand in der Regel tut.¹⁷⁷ Das größte Missverständnis dabei ist wohl, das Soziale als permanent ausdehnbar aufzufassen, während eigentlich das ganze System – freilich unter sozialen Auspizien – verändert werden muss.

Die Möglichkeiten sozialer Gestaltung mit den Mitteln der Kulturpolitik hängen also sehr stark davon ab, wie wir mit Kulturbetrieben, Förderpolitiken und wohl zuvörderst mit unserer Programmatik umgehen: Worin besteht der gesellschaftliche Auftrag von Kulturpolitik? Von welchen Voraussetzungen und Zielbildern geht er aus? Wer sind die Akteure, wie gelangen sie zu Emanzipation und Entfaltung? Wie können wir die Institutionen anpassen und durchlässiger gestalten? Welche förderpolitischen Instrumente erlauben uns Steuerung in einem veränderlichen, komplexen System? Das Soziale in der Kulturpolitik beschränkt sich schon längst nicht mehr auf die Lage der Künstlerinnen und Künstler, die Stabilisierung zivilgesellschaftlicher Akteure oder Tarifpolitik. Grundfragen heute ranken sich um Bilder einer gerechten Gesellschaft, Macht-, Geltungs- und Identitätspolitik sowie damit verbundene Ansprüche auf Repräsentation, Vielfalt und Diversität. Und um ein *adaptives* Wachstum im Horizont einer Postwachstumsgesellschaft; Umbau statt Erweiterung lautet also die Devise.

Alte Fragen sind neu zu stellen, aber wohlfahrtsstaatliche Puffer wirken künftig deutlich beschränkter. Wir müssen an einem kulturellen Ökosystem der Wirksamkeit, Verträglichkeit und Nachhaltigkeit arbeiten. Das heißt: neue Konzepte, Verän-

Finanzierungsgegenständen, obwohl der Bundeskulturretat immerhin abermals gewachsen ist. Doch das dürfte nicht die Perspektive der nächsten Jahre sein.

176 Vgl. Schneidewind 2018, S. 301ff.

177 Vgl. Terkessidis 2015, S. 27ff.

derung und Verlassen bekannter Entwicklungspfade. Eine zeitgemäße Antwort auf die soziale Frage hängt wesentlich am Vollzug des gesellschaftlichen Wandels.

1.5 Weltkultur: Kulturgüter, Monumente, Bräuche

Postkolonialer Diskurs

Eine »Kulturpolitik der Weltbeziehungen« wird auch durch den globalen Umgang mit Kulturgut, völkerrechtliche Beziehungen und die aktuellen Debatten über das Erbe der Menschheit bestimmt. Vieles ist in Bewegung geraten, vor allem infolge des postkolonialen Diskurses und der Frage danach, wie wir die unglaubliche Ausbeutung, Beraubung und Beschädigung jener wiedergutmachen können, die durch die einstigen Kolonialmächte gezeichnet sind, deren identitätsstiftende Güter in Europa gelagert, ausgestellt und als Grundstock ethnologischer Museen verwertet wurden – und damit auch als Bestandteil einer westlichen Erzählung. Es ist dies ein maßgebliches Resultat unserer zunehmend pluralen, durch Migration von Menschen bestimmten offenen Gesellschaft, das darauf verweist, dass sich etwas Systemisches verändert, Gewohnheiten und selbstverständliche Aneignungsprozesse hinterfragt und mit neuen normativen Ansprüchen unterlegt werden.

Stuart Hall hat sich mit dem Konstrukt des »Westens« auseinandergesetzt und seine strukturierende Kraft herausgearbeitet.¹⁷⁸ Der Westen ist demnach nicht nur eine Idee oder ein Setting, er wirkt auch reflexiv als Repräsentationssystem. Er expandierte, unterwarf andere, die ihm minderwertig schienen, und prägte freilich auch die Mentalität und Handlungsweisen derer, die in ihm und aus seinem Selbstverständnis wirkten und wirken. Die »diskursiven Strategien« in Hinblick auf »die Anderen« charakterisiert Hall als »1. Idealisierung; 2. die Projektion der Wunsch- und Erniedrigungsphantasien; 3. die Unfähigkeit, Differenz zu erkennen und zu respektieren; 4. die Tendenz, europäische Kategorien und Normen aufzuzwingen, die Verschiedenheit durch die Wahrnehmungs- und Repräsentationsweisen des Westens hindurch zu sehen.«¹⁷⁹ Im Zuge der Wirksamkeit dieser und weiterer vergleichbarer kognitiver Prägungen und zudem auch geopolitischer Strategien entstand ein Kulturtransfer (»Translokationen« von Artefakten und Human Remains im größten Stil) aus kolonialen Kontexten, der von diesen Haltungen geprägt war und unterschiedliche Bedürfnisse befriedigte: das Bedürfnis nach Selbstvergewisserung, Exotismus, Unterhaltung, kultureller Überlegenheit, aber auch (naiver) Schönheit, denn das unbekannte, unerkannte Kulturgut, dessen Funktion oder (ritueller) Ge-

178 Vgl. Hall 2012, S. 137ff.

179 Hall 2012, S. 166.

brauch nicht oder missinterpretiert überliefert ist, traf auf die Autonomieästhetik, die vor allem die bürgerliche Rezeption von Kunst geprägt hatte.

Die Kehrseite der »westliche(n) Wissens- und Kulturtradition ... (ist) geprägt durch reale und symbolische Gewalt«¹⁸⁰, die wir heute versuchen zu entflechten, neu zu bewerten und in ein Bild der globalen Gerechtigkeit einzuordnen. Dabei spielt der Umgang mit den erfolgten Translokationen eine maßgebliche, teils erhitzt diskutierte und juristisch ausinterpretierte Rolle. Dennoch bleibt dies ein Thema von großer emotionaler Tragweite und oft subjektiver Involviertheit¹⁸¹, in dem sich auch tradierte Diskriminierungserfahrungen spiegeln. Ob Theoretiker mit Migrationshintergrund wie Stuart Hall oder Nachgeborene einstiger Betroffener: Die Debatte reicht weit über eigentums- oder völkerrechtliche sowie kulturpolitische Strategien hinaus und bedarf eines methodisch anspruchsvollen Umgangs im Kontext erlebten und auch (in einem metajuristischen Sinne) nicht vergangenen Unrechts. Während aber die einen auf Restitution pochen, allein weil der Begriff in der Vergangenheit empört zurückgewiesen und durch andere harmlosere Begriffe ersetzt worden ist¹⁸², halten die anderen dies mit konzisen rechtsstaatlichen Argumenten für »reparative Nostalgie«¹⁸³ oder verwirktes Recht.

Die lange Praxis der Ausblendung einer Handlungsnotwendigkeit hält etwa Bénédicte Savoy für so empörend, dass sie – bestärkt durch Emmanuel Macrons öffnende Rede Ende 2017 von der beabsichtigten Rückgabe geraubter afrikanischer Kunst Frankreichs – die Restitution strikt einfordert: »Museen mit außereuropäischer Kunst im Herzen Europas sind begehbare Schaufenster kolonialzeitlicher Aneignungspraktiken – an diesem Faktum führt kein Weg vorbei. Sie fordern uns als Gesellschaft regelrecht dazu auf zu entscheiden, ob, in welcher Form und wie lange noch wir im 21. Jahrhundert mit diesen Institutionen weiterleben wollen angesichts der in Afrika seit 50 Jahren geäußerten Wünsche nach teilweisen Rückgaben. Die Herren, die die Museen in den 70er und 80er Jahren erfolgreich verteidigten, taten dies vielfach aufgrund eines offen vorgetragenen, mit rassistischen Vorurteilen gepaarten Kultur- oder Wissenschaftsnationalismus. Wir sollten uns rasch und demokratisch darüber verständigen, ob wir an solch fragwürdigen Konzepten festhalten wollen. Wollen wir anstelle von Restititionen erneut Dauerleihgaben und Museumskooperationen in Aussicht stellen, wohl wissend, dass

180 Savoy 2018, S. 28.

181 Die familiären Verflechtungen liegen freilich auch auf der Seite der Täter, deren Aufarbeitung allerdings immer auch kritisch zu lesen bleibt, weil sie oft vom unbedingten Willen zu Aufklärung und Beweis getrieben ist. Vgl. als vielfach diskutiertes Beispiel Aly 2021.

182 Vgl. Savoy 2021, S. 196.

183 Schönberger 2021, S. 34ff.

diese schon in den 70er Jahren als ›Täuschungsmöyer‹ (›subterfuge‹) und als Versuch galten, sich vom Restitutionsdruck zu ›befreien‹?¹⁸⁴

Natürlich bleibt dies auch ein Gestus, Vergangenheit heilen zu wollen, zu dem Entschädigungszahlungen genauso gehören wie die dingliche Restitution. Schaut man nüchtern auf die Rahmenbedingungen unseres legitimen Handelns, muss man erkennen, dass Recht sich anders verhält als Moral, es schreibt sich unbeeindruckt fort: »Vergangenes Recht bestimmt deshalb die Gegenwart so lange, bis es ausdrücklich geändert wird. Anders als bei moralischen Wertungen erfasst allerdings auch eine solche Änderung des Rechts normalerweise nur Gegenwart und Zukunft. Die Vergangenheit wird hingegen weiter nach dem vergangenen Recht beurteilt, sofern das neue Recht nicht ausnahmsweise ausdrücklich auch die Vergangenheit erfassen soll.«¹⁸⁵ Bei Letzterem kommt es auf den Umbruch, den Systemwechsel an, der die juristischen Grenzen verschiebt – doch der ist hier längst geschehen und wurde, anders als etwa die deutsche Einheit, nicht mit speziellen Rechtsnormen belegt. Schließlich sind auch die nationalen Regelungen des Kulturgutschutzgesetzes nicht auf koloniale Güter anwendbar; die Herausgabe kann allenfalls freiwillig erfolgen, wobei dies mit Blick auf haushaltsrechtliche Regelungen der öffentlichen Hand auch kein problemloses Unterfangen ist. Das Völkerrecht folgt ebenfalls dem intertemporalen Prinzip, nach dem Sachverhalte nach dem geltenden Recht zum Zeitpunkt der Geschehnisse bewertet werden. Und seien diese noch so perfide: »Die koloniale Aneignung indigenen Landes begann oft mit der pauschalen Behauptung, Jäger und Sammler lebten im Naturzustand und deshalb gehörten sie zum Land, hätten aber keinen juristischen Anspruch auf dessen Besitz.« Sie arbeiteten auch nicht wirklich, »sondern nutzten lediglich das Land, um ihre Grundbedürfnisse mit minimaler Anstrengung zu befriedigen.«¹⁸⁶

Den Museen bliebe nach der rechtlichen Lehre die Aufgabe, den moralischen Wandel und das neue Geschichtsverständnis aufzubereiten und adäquat zu erzählen¹⁸⁷ – mit den Artefakten und Zeugnissen, über die sie verfügen. Und es bliebe kulturpolitisch der Weg, ohne Anerkennung einer rechtlichen Verpflichtung (und damit auch nicht restituierend) die Rückgabe von Gütern mit den Herkunftsgesellschaften zu vereinbaren und so zu gestalten, dass Beziehungsarbeit möglich wird. Der Vorteil besteht vielleicht gerade darin, keiner »Rechtsverpflichtung« einfach nachkommen, sondern Wege im Einvernehmen und im echten Interesse einer »Wiedergutmachung« (was immer das bedeuten kann) finden zu müssen, die das Thema von einer juristischen auf eine soziale Ebene hieven. Schließlich war die

184 Savoy 2021, S. 197.

185 Schönberger 2021, S. 47.

186 Graeber, Wengrow 2022, S. 171.

187 Vgl. Graeber, Wengrow 2022, S. 98ff.

Beraubung bei aller Legitimation, die man seinerzeit dafür fand, primär ein sozialer Akt der Überheblichkeit, der Anmaßung, der nicht vorhandenen Augenhöhe. Dieser Ansatz ist auch sinnvoll vor dem Hintergrund, dass die heutige Situation der betreffenden Kulturen und nunmehrigen Staaten unterschiedlich ausfällt und entsprechend angepasst reagiert werden kann; dennoch ein diplomatischer Drahtseilakt.

Der Umgang mit dieser Bewegung bleibt in Deutschland weiter einzuüben. Zunächst waren geeignete Maßstäbe zu finden, für deren Entwicklung die neue Kulturministerkonferenz am 13.03.2019 eine Diskussionsgrundlage einbrachte: »Erste Eckpunkte zum Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten der Staatsministerin des Bundes für Kultur und Medien, der Staatsministerin im Auswärtigen Amt für internationale Kulturpolitik, der Kulturministerinnen und Kulturminister der Länder und der kommunalen Spitzenverbände«. ¹⁸⁸ Die vereinbarte Etablierung einer »Kontaktstelle für Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten«, getragen von der *Kulturstiftung der Länder*, ist erfolgt, sie vernetzt, sammelt Informationen, berät und unterstützt die weitere Umsetzung und Qualifizierung der Ersten Eckpunkte. Und sie setzt sich für den Dialog mit den Herkunftsgesellschaften ein, was die wichtigste und alle weiteren Entwicklungen maßgeblich fördernde Aufgabe sein dürfte. Für die betreffenden Museen und ihre Rechtsträger heißt das, sich als kommunikative und politische Akteure zu profilieren, die normative Identität der bisherigen Arbeitsweise zu verlassen – ein spannender Akt, der gerade nicht darin kulminiert, Umbenennungen der Häuser vorzunehmen und damit unter anderem die historische Unterscheidung zwischen Volks- und Völkerkunde, die schon eine Bedeutungsdrift transportiert, unsichtbar zu machen. Völkerkunde in der Weltkultur aufgehen zu lassen, kann ein neuer Ansatz ethnologischen Erzählens sein, retrospektiv und sammlungsbezogen ist damit zunächst nichts gewonnen, auch wenn es kosmopolitisch und nach einem kulturellen Universalismus klingt. Vielmehr geht es jetzt darum, an der kulturellen Identität unseres Landes zu arbeiten und die Museen als ein (durchaus wichtiges) Gefäß dieser Aufgabe zu begreifen. Die volkswissenschaftlichen Wurzeln bleiben bestehen, doch die Fragestellungen werden komplexer: Welche kulturellen Einflüsse prägen unsere Einwanderungsgesellschaft? Wie entstehen heute kulturelle Identitäten? Wie stark sind die Wurzeln von Migranten oder wie können neue kulturelle Gemeinschaften entstehen? Hierfür können kulturwissenschaftliche Museen wichtige Podien sein und Debatten bereichern. Ihr Wandel korrespondiert in reflexiver Weise mit dem der Gesellschaft.

Dieter Rossmeißl hat in seinem jüngsten Buch sehr pointiert festgehalten: »Kultur ist die Wirkung von Kunst in der Gesellschaft. Wenn sie nur Vertrautes variiert, stabilisiert sie Wahrnehmungsgewohnheiten und damit die gesellschaftliche

188 Kulturministerkonferenz (2019), https://www.kmk.org/fileadmin/pdf/PresseUndAktuelles/2019/2019-03-25_Erste-Eckpunkte-Sammlungsgut-koloniale-Kontexte_final.pdf.

Stellung derer, die diese Gewohnheiten für sich erworben haben. Sie wirkt dann affirmativ.«¹⁸⁹ Was für die Kunst bzw. hiesiges künstlerisches Schaffen, das er zweifelsfrei meint, gilt, muss das nicht für die Präsentation und Aneignung kolonialer Kulturgüter ebenso gelten, wenn sie durch heutige Kuratoren arrangiert und zur Rezeption angeboten werden? Ob teilweise entfernt (den Blicken entzogen wie Human Remains) oder neu kontextualisiert: »Rezeption« bedeutet Auf- oder Übernahme fremden Gedanken- oder Kulturguts; wir müssen erkennen, wie viel *Eigenes* in diesem Fremden, als fremd stilisierten liegt, wie es uns selbst repräsentiert, und es dann als das Fremde neu lesen lernen, verbunden mit der Scham über das Ausmaß der Plünderung anderer, vermeintlich primitiver Gesellschaften. Und dies unabhängig davon, wie genau wir wissen, zu welchen Konditionen und in welchen Konstellationen die Güter einst zu uns gelangten. Jenseits der Affirmation gewinnen wir den Mut, Pfade des Tradierens radikaler in Frage zu stellen, koloniales Erbe als Möglichkeit von Ausgleich, Anerkennung und Demut zu begreifen. Dazu gehört auch das rechte Maß zwischen Aufarbeitung in situ und Rückgabe, Kooperation, Austausch. Koloniales Unrecht kann heute nur gemeinsam als Beziehungsarbeit gelingen – und selbst das niemals vollständig; das Beharren auf einem gewissermaßen pararechtlichen Restitutionsbegriff scheint mir problematisch.

Eingeübt werden muss auch das Verhältnis zwischen nationalen und globalen Formen der Geschichtsarbeit, denn zweifelsohne geht es bei der postkolonialen Aufarbeitung um Kulturgüter, die weitreichende Beziehungen verkörpern und unser Verständnis europäischer Kultur dekonstruieren, wenn man das Paket ihrer Geschichte mit dem Vorsatz einer Neuerzählung aufschnürt. Relativierend in Hinblick auf den Ort der Präsentation jener Beutekunst wirkt indes schnell die Rede von Relikten der »Menschheitskultur« oder eines »Erbes der gesamten Menschheit«; Götz Aly vermutet dahinter häufig den Versuch, die historischen Translokationen anstelle einer Rückführung der Kulturgüter zu konservieren, denn Menschheitskultur könne man schließlich überall zeigen.¹⁹⁰ Bénédicte Savoy sieht die »Zukunft des Weltkulturerbes« gerade darin, Objekte mit den Geschichten ihrer Herkunft wieder zu verbinden, sie stärkt also genau jene räumlich-geografischen Bezüge und politischen Topographien, von denen andere das Erbe aller abheben, es gewissermaßen vorschnell universalisieren.¹⁹¹

Der Umgang mit historischem Unrecht kann mit weiteren Verschiebungen unserer gesellschaftlichen Wertebasis auch andere Aspekte (etwa Straßenumbenennungen, Formen des Gedenkens) und Themen (etwa die Rehabilitierung von Frauen, die in der frühen Neuzeit als Hexen verfolgt wurden) beinhalten. Damit touchiert

189 Rossmeissl 2021, S. 97.

190 Vgl. Aly 2021, S. 16f.

191 Vgl. Savoy 2018, S. 54. Mit Weltkulturerbe meint sie in diesem Kontext freilich nicht jenes Welterbe der UNESCO-Konvention von 1972.

die Debatte unter anderem die Frage nach einer zeitgemäßen Erinnerungskultur und Geschichtspolitik. Da dies an dieser Stelle nicht weiterverfolgt werden soll, sei lediglich auf die umfassende aktuelle Befassung damit im Rahmen des Kulturausschusses des *Deutschen Städtetags* verwiesen, an deren Ende ein Positionspapier mit zahlreichen Empfehlungen für die Praxis stand. Darin wird die »Integration von Debatten beispielsweise um die deutsche Kolonialvergangenheit oder von Diskursen um die Geschichte des Rassismus, die Ungleichbehandlung von Frauen, die Unterdrückung von Menschen mit nichtheterosexuellen Identitäten ebenso wie den Antiziganismus« in die kommunale Erinnerungskultur empfohlen.¹⁹²

Welterbe und immaterielles Erbe

Unstrittiges Erbe der Menschheit ist auf Basis der 1972 verabschiedeten Welterbekonvention der UNESCO nach strengen Kriterien gelistet – angeführt allerdings vom überrepräsentierten Europa, das auf diese Weise seine historische kulturelle Dominanz prolongiert. Über 470 der insgesamt rund 1.200 Welterbestätten, also ein reichliches Drittel, befinden sich in Europa, in Deutschland sind es 52. Zuletzt (2023) erlangte das Jüdisch-Mittelalterliche Erbe Erfurts diesen Status. Maßgeblich für die Anerkennung als Welterbe ist der außergewöhnliche universelle Wert (Outstanding Universal Value, kurz: OUV) der baulichen Zeugnisse, es geht also um Monumente, materielle Kultur.

Diese Fokussierung auf die materielle Kultur privilegiert jene Gesellschaften, die über entsprechend reiche Zeugnisse der Vorzeit verfügen (zum Beispiel die megalithischen Strukturen von Göbekli Tepe/Türkei oder die Felsritzungen des Valcamonica/Italien) oder hoch entwickelte Bauwerke der Herrschafts- und Religionswelt vorweisen können (zum Beispiel das Prunkschloss Château de Chambord/Frankreich oder den Kölner Dom).¹⁹³ Nicht berücksichtigt werden Kulturformen, die ausschließlich im lebendigen Agieren der Menschen liegen, also Rituale, Bräuche, intergenerationell vererbte Verhaltensformen, die ebenfalls Gemeinschaft konstituieren, aber nicht der baulichen oder dinglichen Sicherung¹⁹⁴ bedürfen. Hier könnte – ähnlich dem kolonialen Verständnis des legitimen Besitzes von Land, nur als unbewusste Hypothek – auch ein wenig der Geist mitschwingen, dass

192 Vgl. Deutscher Städtetag 2023, <https://www.staedtetag.de/files/dst/docs/Publikationen/Positionspapiere/2023/positionspapier-erinnern-ist-zukunft-2023.pdf>.

193 Es handelt sich freilich um ein Abkommen zum Schutz des Kultur- und Naturerbes. Hier wird aufgrund der kulturpolitischen Fokussierung das Naturerbe vernachlässigt.

194 Dingliche Sicherung ist im deutschen Recht auch ein Pfandrecht, das als Kreditsicherheit zum Einsatz kommt. Als dingliche Sicherheiten werden Sachbürgschaften und deren Verwertungsrechte benannt. Wenn der Kreditnehmer seiner Zahlungsverpflichtung nicht nachkommt oder zahlungsunfähig ist, kann die Bank ihre Forderung decken, indem sie über das verwertbare Eigentum verfügt.

das Menschheitserbe den »Naturzustand« der oralen Weitergabe von Wissen und Können überwunden und sich materialisiert haben muss wie die »richtige« Arbeit, die eine Produktivität entwickelt hat und nicht lediglich der Subsistenz dient.

Ohne den unbestritten wichtigen Fokus auf die materielle Kultur aufzugeben, gelangte die Weltgemeinschaft vor etwa zwanzig Jahren zu der Auffassung, dass es auch eine Würdigung der immateriellen Kulturen geben müsste. So wurde im Jahr 2003 ein *Übereinkommen zur Erhaltung des Immateriellen Kulturerbes* geschlossen, was aus luziden Gründen zunächst einmal zu begrüßen ist. Angestrebt wurde primär, dass Erhalt und Förderung des Bewusstseins für diese Art von Erbe unterstützt und in Form regionaler bzw. nationaler Verzeichnisse katalogisiert werden soll. Weltkultur heute kann eben nicht mehr nur jenes sein, was materiell geronnen und vielleicht über Jahrhunderte unter spezifischen Bedingungen normativ verteidigt worden ist, sondern gerade auch jenes, dessen Fasslichkeit anders, vulnerabler ausfällt, aber von Gemeinschaften praktiziert und damit authentisch sowie nachhaltig zu kultureller Bedeutung gebracht wird.

In Deutschland fiel die Reaktion gleichwohl verhalten aus, »entstand aus der Breite der Gesellschaft heraus im Grunde wenig Handlungsdruck. Viele Akteure waren der Meinung, es genüge, der UNESCO-Welterbe-Konvention (1972) bzw. auch der UNESCO-Konvention zur kulturellen Vielfalt (2005) beigetreten zu sein.«¹⁹⁵ Außerdem tat man sich zunächst schwer mit einem Verständnis des Gegenstandes. Nachdem Deutschland im Jahr 2013 dem *UNESCO-Übereinkommen zur Erhaltung des immateriellen Kulturerbes* schließlich beigetreten war, wuchs jedoch schnell ein bundesweites Verzeichnis solchen Erbes heran. Vielerorts beschäftigt man sich seither mit Bräuchen, performativen Ausdrucksformen, handwerklichen Traditionen oder Festen. Aus der Diskursgemeinschaft der Länder speist sich eine inzwischen 150 Kulturformen umfassende Liste (Stand 2024) bemerkenswerter Praxisformen in Deutschland. Diese müssen, um Anerkennung und diesen neuen Status reklamieren zu können, intergenerationell weitergegeben werden, gewissermaßen Brücken zwischen dem Gestern und einem noch fernen Morgen schlagen und möglichst viele Akteure sinnstiftend einbinden. Im Gegensatz zur Welterbe-Konvention geht es, wie bereits umrissen, nicht um Monumente, also bauliches Erbe, sondern Formen des Wissens und Könnens, die für die Kreativität und Identität der Menschen von herausragender Bedeutung sind. Sie reichen in Deutschland von der ostfriesischen Teekultur bis zum Blaudruck, von den sächsischen Knabenchören bis zur Berliner Technokultur. Eine zeitgemäße, ja überfällige Idee, Kulturen nicht nach ihren Palästen, Gotteshäusern oder Siedlungen zu beurteilen und damit weiterhin – wie beim Weltkulturerbe – Schieflagen zugunsten Europas zu produzieren, sondern nun auch nach *lebendigen* Traditionen, spezifischen Usancen, dem kollektiven Gedächtnis eingeschriebenen Umgangsformen und ästhetischen Präferenzen zu

195 Hanke 2024, S. 225f.

fragen, die oftmals keiner Schriftsprache oder anderer Abstraktionen bedürfen und gleichsam durch das Tun der Menschen fortleben, wie etwa ein Initiationsritual in Gambia.

Das bundesweite Verzeichnis ist nicht schon gleichbedeutend mit dem immateriellen Kulturerbe, es verkörpert die nationale Vorstufe; aus ihm speisen sich die Vorschläge, die die Bundesrepublik regelmäßig international einbringt. Der erste und auch erfolgreiche Vorschlag Deutschlands war die Genossenschaftsidee. Sie überzeugte die Weltgemeinschaft und wurde denn auch Ende November 2016 in die Repräsentative Liste des immateriellen Kulturerbes aufgenommen. Staatsministerin Maria Böhmer betonte seinerzeit, dass es Genossenschaften auf der ganzen Welt gebe und dass die deutsche Nominierung auch für Völkerverständigung stehe. Vor allem konzidierte sie einen Lernprozess in Deutschland, der etwas mit der Entfaltung der Zivilgesellschaft, der Anerkennung und Förderung von Selbsthilfe, Selbstverantwortung und schließlich Selbstorganisation zu tun habe. Genossenschaften stehen für bürgernahe Projekte, Gemeineigentum. Die meisten Neugründungen widmen sich dem Thema Energiegewinnung. In diesem Licht der mündigen Bürgerinnen und Bürger muss man wohl auch die Novelle des Genossenschaftsgesetzes von 2006 sehen, die jetzt auch Sozial- und Kulturgenossenschaften ermöglicht und deren Sinnhaftigkeit bereits durch viele Praxisbeispiele belegt werden kann. Sie ist Resultante eines weitgreifenden Mentalitätswandels, der Traditionen kritisch wendet und nach Erneuerung, Partizipation und Selbstverwirklichung jenseits alter Institutionen fragt, obwohl die Genossenschaftsidee an sich nicht neu ist, sich aber breiter reformulieren lässt.

Hätte es diese UNESCO-Konvention allerdings Anfang der 1970er Jahre schon gegeben, wäre der Bund niemals so weit gegangen, mit einer letztlich linksliberalen sozialen Idee an die Weltgemeinschaft heranzutreten, obwohl Willy Brandt schon 1969 feststellte, dass die junge parlamentarische Demokratie bewiesen habe, zum Wandel fähig zu sein, aber man (noch) mehr Demokratie wagen wolle. Damals hätte sich kulturpolitisch – die großen Debatten und Programmschriften standen im Wesentlichen noch bevor – nur das Theater- und Orchestersystem angeboten, das noch heute eine Tradition reklamiert, die Wandel eher als Bedrohung, wohlfahrtsstaatliche Slogans als Verwässerung künstlerischer Sendung begreift – oder diese einfach adaptiert und sich einverleibt. Von der Theaterpädagogik bis zum Montagscafé für Geflüchtete öffnen sich Theater heute der gesellschaftlichen Wirklichkeit – wollen aber »die Landschaft«, die sie ausmachen, als immaterielles Kulturerbe der Menschheit verstanden wissen. Schon das ist ein Widerspruch. Und dennoch wurde dies der zweite – erfolglose – Vorschlag Deutschlands.

Was aber ist überhaupt immateriell und völkerverbindend an der Theater- und Orchester*landschaft*, die aus Häusern, Tarifen und Finanzierungsstrukturen besteht, die höchst reformbedürftig sind? Diese Landschaft ist vielerorts Gegenstand von Strukturpolitik, weil die öffentlichen Kulturhaushalte unter der Dichte dieser

Landschaft auch leiden und sie an heutige Produktions- und Nutzungserwartungen anpassen müssen. Und sie wird inzwischen – das ist zu begrüßen, zeigt es doch im Rückblick auf die Nominierung, dass sie alles andere als glücklich war – in einen notwendigen »ethisch konnotierten Transformationsprozess« gestellt.¹⁹⁶ Am Ende ging und geht es also um *Kulturbetriebe*, die das Erbe einer historischen Landschaft verwalten und sich doch wohl neuen Gegebenheiten – von der Mobilität des Kulturpublikums bis zur Digitalität – einerseits anpassen müssen, andererseits auch Bestandteil einer Gesamtkulturlandschaft sind und nicht neben dieser stehen. Angekündigt wurde indes tatsächlich, dass Staatsministerin Monika Grütters im Einvernehmen mit der Kultusministerkonferenz im Jahr 2019 den zweiten Vorstoß in internationale Gefilde mit den Theatern und Orchestern als Landschaft unternehmen wolle. Die UNESCO als Rettungsanker für beharrliche Kulturbetriebe? Es ist interessanterweise nicht das Repertoiresystem oder das Mehrspartenprinzip, die als Ideen durchaus verhandelbar gewesen wären, es ist die deutsche Theater- und Orchesterlandschaft, die unter Schutz gestellt werden und für die die Weltgemeinschaft bürgen sollte. Jedem halbwegs kulturpolitisch Beschlagenen wird damit klar, dass dies keine öffnende, brückenbauende Nominierung sein konnte, sondern eine der historischen Sonderung, der infrastrukturellen und institutionellen Beharrung, die nach internationaler Bestätigung strebte. Ein kritisches System, das die öffentlichen Haushalte – neutral formuliert – mindestens vor große Herausforderungen stellt und dessen Lern- und Kooperationsfähigkeit ausbaufähig sind, sollte mit dem Nimbus globaler Schutzwürdigkeit und dem Stempel der Unveränderbarkeit versehen werden.

Das schien mir damals vor dem Hintergrund aktueller kulturpolitischer und kulturmanagerialer Debatten ein Skandal. Leider wurde er kaum verhandelt, da der Nimbus der Theater und Orchester nicht erst seit ihrer Nominierung eine eingeschworene Gemeinschaft der Großen produziert, die im Kulturbereich noch immer den Reflex der Unterordnung auslöst. Jeder Minister, der einmal den Aufstand gegen Intendanten oder kommunale Rechtsträger probte, hält sich hier zurück, weil es bei den Theatern und *Kulturorchestern* (bis 2019 gebräuchlicher Begriff) tatsächlich um die Tanker deutscher Kulturpolitik mit starker Lobby und nicht zuletzt vielen Arbeitsplätzen geht. Also um alles andere als Immaterielles. Allein im Begriff *Kulturorchester* verschwisterten sich über achtzig Jahre inhaltliche, finanzielle und gewerkschaftliche Interessen. Und schließlich die ästhetische Idee, dass das Theater die Welt und das menschliche Leben verhandelt, Michael Schindhelm lässt sie, Foucaults Begriff der Heterotopie als Gegen-Ort sezierend, sausen, denn »je länger man in diesem Beruf tätig ist, umso deutlicher wird einem, dass das Theater nur in den allerseltensten Fällen diesen Auftrag erfüllt. Für gewöhnlich spiegelt es nichts als

196 Vgl. Schmidt 2024, S. 491ff.

sich selbst«. ¹⁹⁷ Es ging und geht hier also kulturpolitisch um Institutionelles, nicht Immaterielles.

Während Wissenschaftler wie Thomas Schmidt das Theater mit Begriffen wie Krise und Reform schon länger ausführlich und überzeugend sezieren ¹⁹⁸, brachten Autoren im Kontext des *Deutschen Musikrats* ihre Forderung nach Bundesförderung der Theater und Orchester mit der UNESCO-Nominierung in direkte Verbindung. ¹⁹⁹ Diese werden als die großen Hüter der kulturellen Identität und Wertevermittlung gefeiert – entspricht das aber der Wirklichkeit, ihrer tatsächlichen gesellschaftlichen Resonanz? Haben nicht andere, oftmals viel kleinere Akteure wesentlich mehr zur interkulturellen Öffnung beigetragen und die Menschen dort abgeholt, wo sie waren? Wer hat den Diskurs der kulturellen Öffnung überhaupt ins Werk gesetzt, die Theater? Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass es primär darum ging, *pro domo* zu handeln und den Status quo zu konservieren. So liest sich auch bei aller ursprünglichen Rhetorik über den Einbezug des Freien Theaters und der Laienkultur der Einstieg in die Listung: »Aus etwa 300 deutschen Kleinstaaten entwickelte sich die heutige Theater- und Orchestervielfalt.« ²⁰⁰ Weiterhin ist von der deutschen Theater- und Orchesterszene die Rede, von Freien Theatern explizit nicht, sodass der dominante Eindruck der historisch determinierten (gebauten) Landschaft bleibt. Ein Thema, das in Thüringen nunmehr in Gestalt der als protoföderal aufgefassten Residenzkultur, also einer als Strukturvorbild geadelten Kleinstaaterie, zum materiellen Weltkulturerbe geführt werden soll, als *Residenzlandschaft* – und im ersten Anlauf auf die Tentativliste scheiterte. ²⁰¹ Was ist nun Landschaft, Ideelles oder Materielles? Welche Welt spiegeln die Theater tatsächlich wider?

Die Welterbe-Konvention von 1972 ist das wichtigste und wirksamste Instrument der UNESCO, bei aller Dominanz der materiellen Kultur. Man muss ihren Wert und ihre große Bedeutung vom Schutz der Kulturgüter her denken, wie er im *Übereinkommen zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten* (Haager Konvention) bereits 1954 Gestalt gewann. Initialer Impuls für das Welterbe-Instrument allerdings war der Aufruf der UNESCO vom 8. März 1960, die Denkmale in Nubien für die Nachwelt zu retten, da sie durch den Bau des Assuan-Staudamms vom Nil bedroht waren. Die ab dem 2. Jahrtausend v. Chr. von den Pharaonen erbauten Tempel von Abu Simbel und Philae wurden daraufhin abgetragen und 180 Meter landeinwärts an einer höher gelegenen Stelle wieder aufgebaut. Die Monumente zu sichern,

197 Schindhelm 2017, S. 77

198 Vgl. Schmidt 2017.

199 Vgl. Masopust 2016, S. 35.

200 Deutsche UNESCO-Kommission 2023, Bundesweites Verzeichnis Immaterielles Kulturerbe, S. 38, https://www.unesco.de/sites/default/files/2023-06/IKE_Verzeichnis_2023_web.pdf.

201 Vgl. Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten o.J.; <https://www.thueringerschloesser.de/auf-dem-weg-zum-welterbe/>.

zu schützen und unter die Aufmerksamkeit der Weltgemeinschaft, gleichsam einen völkerrechtlich verbrieften Schutzschirm, zu stellen, ist der große Wurf dieser Konvention, deren Umsetzung inzwischen aufwändig und kriteriengestützt betrieben wird.²⁰² Vom Nominierungsdossier bis zum Managementplan sind umfassende Forschungen, Vorbereitungsmaßnahmen und Beschlüsse im Bereich des Ortsrechts erforderlich, vor allem der Aufbau eines Netzwerkes, das fachliche, administrative, exekutive und lokalpolitische Aufmerksamkeit beansprucht. Natürlich werden auch weiterhin, trotz der Überrepräsentanz, Nominierungen aus Deutschland erfolgen, aber alle Interessenten sind gut beraten, der Strategie »Filling the Gaps« zu folgen, also die strategischen Lücken im Portfolio der Welterbestätten zu suchen und vor allem auch international zu kooperieren, etwa in Form von seriellen oder Arrondierungsanträgen.

Das immaterielle Kulturerbe hat eine veränderte Wahrnehmung des Welterbes bewirkt. Eine entsprechende Befürchtung, dass dies so kommen könnte, hegte das *Auswärtige Amt* von Beginn an.²⁰³ In der gegenwärtigen Kulturpolitik der Kommunen und Länder hat der Ansturm auf die bundesweite Liste des immateriellen Kulturerbes, die verfahrensgestützt über die Bundesländer bestückt wird, eine Flut von Nominierungen und Listungen erzeugt. Positiv ausgedrückt: die Anerkennung von Bräuchen, Festen und gelebten Traditionen hat dieses Feld erreicht, seine Vielfalt und Lebendigkeit unter Beweis gestellt. Weltweit sind in der kurzen Zeitspanne der Wirksamkeit des Abkommens bereits über 700 Einträge vorgenommen worden, was mehr als der Hälfte des Weltkultur- und -naturerbes entspricht, das über Jahrzehnte heranreifte. Deutschland ist mit bisher drei Einträgen (0,6 Prozent) nicht eben dominant vertreten²⁰⁴, ebenso etwa Frankreich und Spanien. Überhaupt hat sich eine andere globale Verteilung ergeben als beim Welterbe.²⁰⁵ Das ist natürlich zu begrüßen, war es doch ein wichtiges Anliegen, die europäische Dominanz zu nivellieren und die Wahrnehmung des Kulturerbes der Menschheit zu verbreitern. National indes wurden in Deutschland, wie oben genannt, bereits 150 Kulturformen anerkannt – was die Aufmerksamkeit erhöht und Missverständnisse provoziert. Es ist für Menschen, die über keine differenzierte Kenntnis verfügen – also die breite Öffentlichkeit –, der Eindruck entstanden, als seien (materielles) Welterbe und immaterielles Kulturerbe rangähnlich, vergleichbar oder gar identisch, zumal in der Berichterstattung oft gar nicht zwischen Welterbe und Kulturerbe unterschieden

202 Vgl. Albert, Ringbeck 2015.

203 Vgl. Hanke 2024, S. 318.

204 Neben »Idee und Praxis der Organisation gemeinsamer Interessen in Genossenschaften« (2016) sind dies »Orgelbau und Musik« (2017) sowie »Die Praxis des modernen Tanzes in Deutschland« (2022).

205 Vgl. UNESCO o.J.: Intangible Cultural Heritage: Lists of Intangible Cultural Heritage and the Register of good safeguarding practices, [https://ich.unesco.org/en/lists?multinational=1&type\[\]=00002&display1=countryIDs&display=stats#tabs](https://ich.unesco.org/en/lists?multinational=1&type[]=00002&display1=countryIDs&display=stats#tabs).

wird; auch nationale und globale Listungen werden häufig nicht auseinandergehalten. So korrespondiert eine Vielzahl nationaler, teils skurril anmutender Kulturformen mit vergleichsweise ausgewählten Monumenten, die tatsächlich Welterbe verkörpern.

Es ist durchaus kritisch anzumerken, dass das Welterbe infolge dieses Prozesses, dessen Dynamik ungebrochen anhält, nicht eben aufgewertet, sondern tendenziell eher diskursiv verwässert wird. Der Erbebegriff wird inflationär, die gefühlte Aufwertung der mit ihm versehenen Praktiken beansprucht einen Nimbus, der falsche Erwartungshaltungen in Hinblick etwa auf staatliche und kommunale Unterstützungsleistungen erwecken könnte, zugleich könnte er das Bemühen um unikale Kulturgüter, schmälern. Dazu ein Beispiel: Als im Jahr 2016 die Genossenschaftsidee auf die weltweite Liste des immateriellen Kulturerbes fand, fuhr durch Erfurt eine von einer Wohnungsbaugenossenschaft vollständig beklebte Straßenbahn: »Wir sind Welterbe!« Immerhin gelang es der Kulturverwaltung, eine Zusatzbeschriftung mit dem Claim »Welterbe werden!« für das Jüdisch-Mittelalterliche Erbe zu platzieren, das sich schließlich auf der Tentativliste befand. Für die Bürgerinnen und Bürger war die Verwirrung perfekt. Man kann diesen Prozess auch als einen der Folklorisierung des Welterbes bezeichnen, da er kommunikativ schwer beherrschbar scheint. Es wäre zu überlegen, wie die bundesweite Liste des immateriellen Kulturerbes zu drosseln, die Schwelle einer tatsächlichen Listung anzuheben wäre. Bei der gegenwärtigen Geschwindigkeit könnte es in einigen Jahren möglicherweise keinen größeren Brauch, keine Tradition von einiger Reichweite geben, die nicht als Kulturerbe aufgefasst würden. Hierin drückt sich nicht zuletzt das zu überwindende additive, wachstumsorientierte Kulturpolitikverständnis aus, das im unbedingten Mehren eine Qualität erblickt. Positiv bleibt freilich die breite Partizipation und die Erarbeitung eines Bundesweiten Verzeichnisses als Bottom-up-Prozess, d. h. Bürgernähe, Selbstwirksamkeit und Identifikation werden gefördert, das immaterielle Erbe betrifft viele Menschen unmittelbar, es ist gewissermaßen barrierearm.²⁰⁶

1.6 Kulturpublizistik und Resonanz

Streitschriften als zugespitzte, provokante Texte haben in der Kulturpublizistik an Bedeutung gewonnen, seit der aufklärerische Grundton in der Kulturpolitik etwas verbraucht ist und das Kulturmanagement zur allzu starken Versachlichung der Debatten beigetragen hat. Zu dieser Form der Kulturpublizistik zähle ich auch Schrif-

206 Vgl. Hanke 2024, S. 399ff.

ten wie die von Max Czollek²⁰⁷ oder Moshe Zuckermann²⁰⁸, obwohl sie nicht explizit kulturpolitisch ausgerichtet sind.

Eine »Kulturpolitik der Weltbeziehungen« benötigt klare, kritische Impulse, echte Resonanz, die aus Betroffenheit, auch Empörung und Courage gespeist wird. Sie muss den Harmonie und Konsens präjudizierenden Weiheduktus von Grußworten und Wahlprogrammen verlassen und ihre Domäne beherzt vermessen, bevor sie Leitformeln gewinnen, programmatische Verbindungen herstellen und Wirksamkeit entfalten kann.

Als vor zehn Jahren die Streitschrift »Der Kulturinfarkt« erschien, war die Empörung groß. Dabei enthält sie ernsthafte, natürlich zugespitzte und überzeichnete Beobachtungen sowie weitreichende Schlussfolgerungen, wohin unser System von Kulturpolitik entwickelt werden könnte. Mit großer Verve war erstmals ein unerschrocken reduktiver Ansatz von Kulturentwicklung auf die politische Bühne getreten und hatte sich gegen die unter den Auspizien der Demokratisierung forcierte permanente Ausweitung des Kulturbetriebs sowie der Förderpolitik positioniert – um Kunst und Kulturpolitik zu stärken. Er warf der bestehenden Form von Praxis Plan- und weitgehende Wirkungslosigkeit vor, aber auch Misstrauen gegenüber der Kraft des Marktes, da Kulturpolitik als »Social Engineering« aufgefasst und die tatsächlichen Interessen der Menschen damit abqualifiziert würden: Zuviel Regulation, zu wenig Mündigkeit.

»Von allem zu viel und überall das Gleiche«

»Die Legitimation wird darin bestehen«, umrissen die Autoren ihre Perspektive, »parallele Kulturen zur Blüte zu führen, eine Fülle kultureller Identifikationsangebote sich entfalten zu lassen, grundlegender vielleicht: die Systemkräfte anzutreiben und Hülle und Fülle jenseits sozialer Klassenbildung hervorzubringen.«²⁰⁹ Angesprochen wurde damit die kulturpolitische Tendenz einer »hebenden«, »sozialisierenden« Angebotskulisse, die einen Kulturbürger im Blick hat, der über bestimmte Qualitäten zu formen sei. Mit ihr in Verbindung steht ein Arsenal an Institutionen, Sammlungs-, Bewahrungs- und Erinnerungspraxen, Repertoire- und Rezeptionsgewissheiten, Trägerschafts- und Finanzierungsmodellen sowie ein bestimmtes Maß an kultureller Identität. Die Schrift wagte also den Generalangriff auf die Gewissheiten, vor allem das Sendungsbedürfnis des (Kultur-)Staates, und plädierte für mehr Aufmerksamkeit gegenüber dem Publikum. Sie nahm manches vorweg, was wir heute unter Vorzeichen wie Vielfalt, Diversität oder Transformation verhandeln.

207 Vgl. Czollek 2018, 2020, 2023.

208 Vgl. Zuckermann 2022.

209 Haselbach u.a. 2012, S. 191.

Die kritisch-vorwurfsvolle Diktion allerdings war ungewohnt, schonungslos und ein starker Affront. Allein Kapitelüberschriften wie »Die ›Adorno-Falle‹« oder »Der Mensch als Kulturkonsument« haben mir damals den wohlwollenden Zugriff auf die Kritik verdorben, wenngleich meine Anstreichungen und zahlreichen Randnotizen im Buch von einer gründlichen Auseinandersetzung zeugen. Ich gewann dennoch den Eindruck, hier greife eine ungeheuerliche Nivellierung und Vermarktlichung von Kultur, ein Abgesang auf ernsthafte gesellschaftliche Gestaltungsansprüche. Viele Kulturleute waren jedoch gar nicht so tief eingestiegen, sondern gerieten allein auf Basis eines in der Langzeitwirkung schädlichen »Spiegel«-Artikels ins Geifern. Dieser hatte die Zuspitzung der Polemik auf einige griffige Formeln gebracht und zeigte die Autoren – auch bildlich – als herausfordernde Opponenten. Es folgte eine erwartbare Brandung der Fundamentalablehnung, mit der jegliche differenzierte Auseinandersetzung mit dem Text unmöglich wurde. Der auf dem Buchcover stilisierte rote Theatervorhang wurde zum roten Tuch des Kulturbetriebs, wenngleich hinter vorgehaltener Hand nicht wenige Expertinnen und Experten eingestanden, dass vieles durchaus zutreffe, Herleitung und Argumentation jedoch nicht den Standards kulturwissenschaftlicher Forschung entsprächen. Dafür war es aber auch ganz klar eine Polemik – die jedoch so sehr polterte, dass sie als »Nestbeschmutzung« stigmatisiert wurde.

Was im Gedächtnis blieb, war die Forderung nach Halbierung der kulturellen Infrastruktur. Kaum thematisiert wurde hingegen, was die Autoren zum Einsatz der auf diese Weise eingesparten Mittel vorgeschlagen hatten: die angemessene finanzielle Ausstattung der verbleibenden Infrastruktur, die Stärkung der Laienkultur, die Stärkung der Kulturwirtschaft, den Ausbau der Kunsthochschulen zu Produktionszentren sowie die Etablierung einer gegenwartsbezogenen kulturellen Bildung.²¹⁰ Und sie argumentierten immer wieder für die Künste und deren Entfaltung.²¹¹

»Deutschland, beruhige dich – sie wird nicht kommen, die Revolution.«

»Es wird alles beim alten bleiben. Diese Seiten werden vergilben wie Manifeste und Pamphlete vor diesem.«²¹² Mit diesen Sätzen hatte Alexander Mitscherlich 1965 seine Streitschrift »Die Unwirtlichkeit der Städte« eingeleitet. Er sollte irren, wenngleich seine am weitesten reichenden Forderungen nach Neuordnung der Besitzverhältnisse an Grund und Boden nicht umgesetzt wurden und auch sein Pamphlet nicht die Ursache der folgenden gesellschaftlichen Umwälzungen war. Es könnte

210 Vgl. Haselbach u.a. 2012, S. 209ff.

211 Eine ausführliche Auseinandersetzung mit dem Text gab es auch seitens der Kulturpolitischen Gesellschaft. Vgl. Kulturpolitische Gesellschaft e.V. 2012.

212 Mitscherlich 1965, S. 7.

aber sein, dass bestimmte pointierte Schriften gleichsam als Vorböten anstehen der Veränderungen aufgefasst werden müssen, dass sie eine Stimmung oder Tendenz verkörpern und daher aus sich heraus von heuristischem Wert sind. Zweifels- ohne trifft dies aktuell auf das inzwischen vielfach adaptierte »Empört Euch!« von Stéphane Hessel²¹³, das zivilen Widerstand gegen den Finanzkapitalismus und die negative Spielart der Globalisierung stimuliert, genauso zu wie auf Bruno Latours »Das terrestrische Manifest«²¹⁴, das uns aus alten Links-Rechts-Schemata herausführt und eine neue Kartographie des Geo-Sozialen anregt.

Je nach Zielrichtung und gesellschaftlicher Stimmung kann eine Streitschrift unterschiedlich wirken. Sie kann eine Welle der Euphorie auslösen, aber genauso gut massive Abstoßungsreaktionen hervorrufen. Umverteilungsimpulse aus staatskritischer und kulturmanagerialer Perspektive dürften nicht zu jener Kategorie Streitschriften gehören, die eine Welle gesellschaftlicher Sympathie evozieren. Ihre Kritik trifft hart auf die Überzeugungsarbeit vieler Akteure, gefestigte berufliche Identitäten und einen starken Konsens über die Qualität eines Praxisbereichs, der sich einer strengen Erfolgskontrolle entzieht bzw. seine Legitimation aus einem umfassenden Autonomieanspruch ableitet.

Gleichwohl hat der »Kulturinfarkt« dazu beigetragen, das Diskursklima zu verändern und jene Themen zu verstärken, die bereits virulent waren, aber bei Weitem nicht die Aufmerksamkeit erhielten, die ihnen gebührte. Dies waren vor allem die Fragen nach den Publikumsinteressen (einschließlich Nicht-Besucherforschung), den zu erneuernden programmatischen und konzeptionellen Grundlagen von Kulturgestaltung, den Grenzen des Wohlfahrtsstaats oder der Evaluation kultureller Angebote. Nicht zuletzt war die Streitschrift – ohne Themen wie den medialen Wandel, Migration, zunehmende Individualisierung oder gar den Klimawandel überhaupt zu verhandeln – ein Vorbote dramatischer Transformationsprozesse. Allein aus dem herrschenden System von Kulturpolitik leitete sie eine selbstverschuldete »Immobilitätskrise« ab, die sicher mit einem stärkeren analytischen Blick auf schon seinerzeit signifikante gesellschaftliche Veränderungen besser hätte fundiert werden können. Die Mythisierung des Kulturstaats und das starke Vertrauen in die Kraft des Marktes erwiesen sich – gerade auch aus heutiger Sicht mit den Erfahrungen aus der Finanzmarktkrise und der Corona-Pandemie – als deutlich zu einseitige und unterkomplexe Pole der Argumentation.

Ein Unbehagen bleibt allerdings auch auf der Seite der Rezeption: Es gab die schnell zu Außenseitern stilisierten Kritiker auf der einen, die moralisch überlegenen Pächter unabänderlicher Wahrheit auf der anderen Seite. Diskurs in Fragen der Kultur besteht noch immer häufig darin, die uneingeschränkte Unterstützung

213 Hessel 2010.

214 Latour 2018.

und Vermehrung des gut Gemeinten zu umkreisen und ihm ganz selbstverständlich gesellschaftlich heilsame Kräfte zuzusprechen. Die Drift des Sozialstaats zur Usurpation der öffentlichen Haushalte ist auch eine Drift des Kulturstaats – freilich ohne die Kraft der Sozialgesetzgebung und die vielgliedrige Dringlichkeit der Ausweitung von Versorgungsstandards. Kulturpolitik versorgt nicht, sie gestaltet. Den Blick dafür haben wir, durchaus auch dank der Reibung am »Kulturinfarkt«, geschärft.

»Alles für jeden«

Nicht intendiert war es, exakt nach zehn Jahren »Kulturinfarkt« eine weitere Streitschrift zur Kulturpolitik vorzulegen, wie mir deren Autor Fabian Burstein bestätigte. »Eroberung des Elfenbeinturms« heißt sein Text, der durchaus anschließt, aber auch aktuelle Impulse setzt, stärker fokussiert allerdings auf Österreich. Abermals werden dem Kulturbetrieb erhebliche Defizite bescheinigt; die Diktion erinnert punktuell an den »Kulturinfarkt«, wenn es etwa heißt: »Können wir es uns weiterhin erlauben, die immer gleichen Inhalte neu verpackt zu reproduzieren oder müssen wir etwas Neues wagen?«²¹⁵ Auch geht es um die Bilder von Zukunft, die zu prägen aus dem Bestand nicht gelinge: Die politischen Protagonisten »haben keine Ideale, keine Träume, keinen Mut. [...] Sie vertreten das unmögliche Versprechen ›Alles für jeden‹, weil sie den politischen Apparat nicht mehr als Rahmen für Weltverbesserung gemäß einer bestimmten politischen Gesinnung verstehen. Im besten Fall wurde der Wille zur Ideologie durch den Willen zur Verwaltung ersetzt.«²¹⁶ Hier allerdings deutet sich eine Akzentverschiebung an: Es geht nicht nur um die Interessen der Menschen oder die Kräfte des Marktes, sondern »die Kultur« solle wieder um etwas »kämpfen«. ²¹⁷ Während die Autoren des »Kulturinfarkts« ein Zuviel an Erwartung und Sendung identifizierten, beklagt der »Elfenbeinturm« ein Zuwenig, beschreibt er etwa eine dramatische »Entideologisierung der Jugend«, die sich für die Belange des Gemeinwohls nicht interessiere, sowie eine Ideologiekrise der Politik, die sich auf die Kulturszene übertrage. ²¹⁸ Es geht dabei um die großen gesellschaftlichen Fragen der sozialen Verwerfungen, um Solidarität, integrative Erlebnisse oder auch die existenzielle Neuaufladung der Kunst – wenngleich

215 Burstein 2022, S. 24.

216 Burstein 2022, S. 37.

217 Burstein 2022, S. 127.

218 Vgl. Burstein 2022, S. 35ff. Folgt man der aktuellen Shell-Studie (2019) und praktischen Beobachtungen, hat sich die Lage bei den Jugendlichen bezogen auf politisches Interesse gebessert, insbesondere in Hinblick auf Klimafragen. Ob es dabei wirklich um kollektive oder eher singularistische Erwartungen geht, stelle ich einmal dahin. Das persönliche Engagement jedenfalls sinkt den Erhebungen zufolge weiter.

eine weitere aktuelle Streitschrift die Autonomie der Kunst durch außerkünstlerische Befrachtungen bedroht sieht und diese Freiheit vehement verteidigt.²¹⁹ Burstein stellt die Kunstautonomie nicht in Frage, aber dass Kunst gar nichts müsse, hält er für eines der hartnäckigsten Dogmen der Kulturpolitik. Einen sogar gesteigerten Rechtfertigungsdruck haben wir jüngst auf der *documenta fifteen* gespürt; die Frage wird sein, wie sich die Kunst künftig zwischen Freiheit und gesellschaftlicher Positionierung behaupten wird²²⁰ und wie – nach Burstein – dabei kulturstrategische Entscheidungen und ästhetische Zugänge differenziert werden.²²¹ Die Krise der Kulturpolitik, die Burstein für manifest hält, ist ebenso eine der Immobilität, aber nicht so vordergründig in infrastruktureller denn in geistiger Hinsicht. Der Ruf nach einem kulturpolitischen Überbau, nach einer »Renaissance der Neugier«, scheint mir wohltuend.

Die Ausrichtung der Schrift unterscheidet sich durch einen dezidiert neuen generationellen Blick, der die Machtstrukturen und Selbstreferenzialität des Kulturbetriebs thematisiert, die starke Reflexion von disruptiven Transformationen oder etwa die sehr kritische Auseinandersetzung mit politischen Prozessen, Personalfragen oder Stellenbesetzungsverfahren. Weitere Parallelen wären indes die starke Thematisierung von Fragen der Bildung oder die Kritik am öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Bei den abschließend formulierten 23 Denkanstößen rückt der Fokus auf Österreich erneut in den Blick, doch scheinen die meisten von ihnen auch für einen Impuls in Deutschland relevant, da sie sich auf Resonanz, Diversität, Transdisziplinarität, Haltung und Transformationsbereitschaft beziehen sowie das Thema Bildung zu Recht besonders gewichten. Dass die *Bundeszentrale für politische Bildung* und die *Kulturpolitische Gesellschaft* als wichtige Thinktanks hervorgehoben werden, verweist darauf, dass der Autor kulturpolitischen Wandel nicht ohne deren kommunikative, forschende und konzeptbasierte Begleitung denkt. In Österreich wird die Rezeption der Schrift mit hoher Wahrscheinlichkeit von einer eher brüskierten Attitüde geprägt sein, da der Autor an vielen Stellen angriffslustig sehr konkrete Missstände im Land anprangert. Für die Situation in Deutschland wäre ein entspannter und neugieriger Zugriff zu empfehlen – aus den Erfahrungen mit dem »Kulturinfarkt«.

219 Vgl. Zuckermann 2022.

220 Vgl. Kap. 2.1

221 Vgl. Burstein 2022, S. 143ff.